

Stenographischer Bericht

22. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 5. Februar 2002

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gödl, Abg. Wicher.

Nachruf.

1. Mitteilungen.

2. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Gemeindeverbandsorganisationsgesetzes (GVOG 1997).

Berichterstatter: Abg. Lafer.

Beschlussfassung).

3. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/1, Beilage Nr. 93, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Majcen.

Redner: Abg. Schleich, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Gennaro.

Beschlussfassung).

4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 660/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Querschnittsprüfung von Bauprojekten durch den Landesrechnungshof.

Berichterstatter: Abg. Kollegger.

Redner: Abg. Hagenauer.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 617/1, der Abgeordneten Prattes und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Rücknahme der Schließung der Holzverladestelle Mautern.

Berichterstatter: Abg. Prattes.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 615/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Stöhrmann und Schrittwieser, betreffend niveaufreie Eisenbahnkreuzung in der Gemeinde Wartberg im Mürztal.

Berichterstatter: Abg. Stöhrmann.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 745/1, betreffend die Auflassung der L 289, Sankt-Anna-Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,520 in einer Länge von 520 Meter.

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 7: Abg. Prattes, Abg. Kreisl, Abg. Hagenauer.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 742/1, Beilage Nr. 94, betreffend den Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001), die Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung in den Haushaltsjahren 2003 und 2004, die Neufassung des Steiermärkischen Landes-Förderungsverkaufs-Gesetzes 1992 und den Grundsatzbeschluss betreffend die Einführung von Naturnutzungsabgaben.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Abg. Ferstl, Abg. Gennaro, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Gennaro, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Prattes, Abg. Wiedner, Abg. Detlef Gruber, Abg. Wiedner, Abg. Mag. Drexler, Abg. Stöhrmann, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Hagenauer, Abg. Straßberger, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl.

Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 739/1, den Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mbH. von 25 Prozent an die Energie Steiermark AG. (ESTAG) sowie die Einräumung einer Option auf Erwerb der weiteren Landesanteile durch die Energie Steiermark AG. (ESTAG) nach Erwerb der 50-Prozent-Bundesanteile durch das Land Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Redner: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 743/1, die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (zehnter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 744/1, betreffend die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 343/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schleich und Stöhrmann, betreffend eine umfassende Reform des Agrarverwaltungssystems.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 192/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Stöhrmann und Halper, betreffend Konsequenzen hinsichtlich der Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 340/1, der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Böhmer und Schrittwieser, betreffend die Entwicklung eines Leitbildes „Biologische Landwirtschaft in der Steiermark“.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 350/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Prattes und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Öko-Netzwerk Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Gennaro.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 140/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpl, Halper und Detlef Gruber, betreffend höhere Strafen für Verstöße gegen Bestimmungen des Lebensmittel- sowie des Futtermittelgesetzes im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Bestandteilen.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 170/3, zum Beschluss Nr. 90 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2002 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Finanzierung der TSE-Schnelltests und SRM-Entsorgung.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 345/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Böhmer und Stöhrmann, betreffend die Neubewertung der Landschaftspflege und Neuausrichtung des Förderungssystems.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.

19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 346/1, der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend die offensive Förderung von Spezialkulturen im Obstbau (Beerenanbau).
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 281/2, zum Beschluss Nr. 89 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Kaufmann, Dietrich und Hagenauer, betreffend den Ausschank von Schnäpsen in Buschenschänken.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 560/1, der Abgeordneten Kaufmann, Detlef Gruber, Stöhrmann, Halper und Böhmer, betreffend Dürreschäden in der steirischen Landwirtschaft.
Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 579/2, zum Beschluss Nr. 276 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Dirnberger, Gangl, Kinsky, Kaufmann und Dietrich, betreffend Dürreschäden in der Landwirtschaft – finanzielle Entschädigung aus dem Katastrophenfonds.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 22: Abg. Köberl, Abg. Kaufmann, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Zitz, Abg. Riebenbauer, Abg. Stöhrmann, Abg. Gangl, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Graf, Abg. Halper, Abg. Kollegger, Abg. Rieser, Abg. Kaufmann, Abg. Böhmer, Abg. Dietrich, Landesrat Pöttl.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 22. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Anne Marie Wicher, Ernst Gödl und für die ersten beiden Stunden Wolfgang Kasic.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes des Steiermärkischen Landtages zu gedenken.

Hertgunde Kammlander, bekannt als Gundi Kammlander, die Mitglied des Steiermärkischen Landtages von 1986 bis 1991 war, ist am 31. Jänner 2002 nach langer, schwerer Krankheit verstorben.

Gundi Kammlander wurde am 10. Dezember 1943 als Tochter des Gendarmeriebeamten Johann und Josefine Haidl in Graz geboren. Sie besuchte die Volksschule in Maria Lankowitz bei Köflach und absolvierte danach die Hauptschule in Köflach und Sankt Marein im Mürztal. Gundi Kammlander verlor die Mutter im Alter von zwölf Jahren. Nach der Hauptschule besuchte sie die Lehranstalt für Hauswirtschaftliche Frauenberufe in Bad Ischl und von 1958 bis 1960 die Bürofachschule Krebs in Graz.

Von 1960 an arbeitete sie in einem Vermessungsbüro in Graz, legte 1964 die Prüfung zum Vermessungstechniker ab. Aus ihrer Ehe gingen zwei Kinder hervor. Die Tätigkeit als Vermessungstechniker beendete sie mit ihrer Wahl zum Mitglied des Steiermärkischen Landtages. Sie war Gemeinderat in der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und Vorstandsmitglied der steirischen Grünen.

1986 wurde Gundi Kammlander in den Landtag gewählt. Sie war die erste grüne Abgeordnete in einem österreichischen Landtag. Im Landtag übte sie die Funktion einer Obfrau des Kontroll-Ausschusses von 1986 bis 1991 aus. Ihr Wirken im Hohen Haus erstreckte sich überdies auf eine Reihe von Ausschüssen, denen sie als Mitglied oder Ersatzmitglied angehörte.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag im Oktober 1991 arbeitete sie beim Steirischen Verkehrsverbund. Mit ihrer Arbeit, die sie mit Freude und Engagement durchführte, trug sie wesentlich zum Konzept eines steirischen Verkehrsverbundes bei.

Durch eine schwere Krankheit bedingt, die auch zum Tode führen sollte, musste sie sich bereits vor dem geplanten Zeitpunkt aus diesem Beruf zurückziehen.

Namens des Steiermärkischen Landtages und in eigenem Namen danke ich Gundi Kammlander für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Auflagen und Zuweisungen:

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass sechs schriftliche Anfragen und neun Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, begrüße ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Sankt Marein-Sankt Lorenzen im Mürztal unter der Leitung von Herrn Obmann Adolf Kammerhofer und Herrn Ehrenobmann Brudnjak. Herzlich Willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe daher zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über und komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Gemeindeverbandsorganisationsgesetzes (GVOG 1997).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (10.10 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bringe den Antrag der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Gemeindeverbandsorganisationsgesetzes ein. Der Antrag liegt Ihnen vor. Der Landtag wolle beschließen: Landesgesetz vom, mit dem das Steiermärkische Gemeindeverbandsorganisationsgesetz geändert wird. Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen: Das Gesetz vom 1. Juli 1997 über das Steiermärkische Gemeindeverbandsorganisationsgesetz, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 65/2001 wird wie folgt geändert:

Erstens: Paragraph 13 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: „Jede im Gemeinderat einer verbandsangehörigen Gemeinde vertretene Wahlpartei, die in der Verbandsversammlung nicht vertreten ist, kann zu den Sitzungen der Verbandsversammlung einen Vertreter mit beratender Stimme entsenden.“

Zweitens: Paragraph 28 wird folgender Absatz 3 angefügt: „(3) Die Neufassung des Paragraphen 13 durch die Novelle LGBl. Nr. tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der, in Kraft.“ Ich ersuche um Annahme des Antrages. (10.11 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt mir dazu nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

3. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/1, Beilage Nr. 93, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (10.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt ein Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wohnbau vor, der in seiner Sitzung am 29. Jänner 2002 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/1, Beilage Nr. 93, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993, beraten hat und den Antrag stellt, der Landtag wolle beschließen: Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (10.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (10.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes wird ein Schritt in der Wohnbauförderung vollzogen, der den Schwächsten unserer Gemeinschaft nicht nur schadet, sondern auch den Bauarbeitern in der jetzigen Lage – wie wir heute der „Kleinen Zeitung“ auf der Titelseite entnehmen können, haben wir jetzt den höchsten

Stand an Arbeitslosen – nicht dient. Um was geht es hier? Es wird die Zweckbindung aufgehoben, mit der eigentlich der Bund schon vorausgegangen ist, der für den Wohnbau die Zweckbindung aufgehoben hat und dadurch natürlich auch im Wohnbau das Geld fehlt und, wie ich später erwähnen werde, natürlich ein Gesetz nach dem anderen novelliert und verändert wurde. So ist es auch hier, dass dieses Geld von den Verkäufen, wie Sie das schon vorher vom Kollegen Majcen gehört haben, dafür verwendet werden soll, nicht dem Wohnbau ausschließlich zuzuführen, sondern mit dem heutigen Beschluss auch zur Schuldentilgung verwendet wird. Was das heißt, brauche ich Ihnen nicht näher zu erklären. Damit fehlt natürlich wiederum das Geld für den Wohnbau und für jene Betroffenen, die es brauchen, vor allem für unsere Bauarbeiter. Was ist bis jetzt schon alles passiert? Die Direktförderung der kleinen Sanierung sowie die Fernwärmeanschlüsse wurden für rückzahlbares Landesdarlehen umgesetzt. Wir sehen, das war der erste Schritt. Bei der Fernwärme soll es nicht nur darum gehen, dass es auch umweltrelevant ist, sondern bei den Sanierungen geht es vor allem darum, dass die Leute auch investiert haben. Ein schwerer Brocken sind natürlich die Landesdarlehen im Geschoßbau. Diese sind vollständig abgeschafft jetzt mit Annuitätenzuschüssen. Sie alle wissen, was das heißt. Darüber wurde ja in letzter Zeit so wie auch bei dem „runden Tisch“ im Unterausschuss mit den Experten diskutiert und es kamen viele Vorschläge. Zur Berechnungsgrundlage der umfassenden Sanierung: Hier gibt es wieder einen neuen Vorschlag seitens des Kollegen Schützenhöfer. Auch hier soll um 5 Prozent gekürzt werden. Man kann damit schon errechnen, wie sich dadurch die Mieten erhöhen werden. Das trifft natürlich wiederum jene, die dort wohnen und diese bekommen natürlich noch zusätzlich – unverständlich zwar – weniger Mietbeihilfen. Die Wohnbeihilfe soll und das trifft die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft, um zirka 50 Prozent gekürzt werden. Auf Grund dieser Kürzung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollen in den nächsten Jahren um 50 Prozent weniger Wohneinheiten gebaut werden. Was das für die Bauwirtschaft heißt, ist kein Geheimnis und ist wohl jedem klar. Als Obmann des Wohnbau-Ausschusses und des Unterausschusses habe ich zu dem „runden Tisch“ eingeladen. Mit großer Freude konnten wir feststellen, dass viele Experten aus breitester Schicht gekommen sind und ihre Vorschläge eingebracht haben und dies in den nächsten zehn Tagen und das haben sie dort versichert, auch noch schriftlich tun werden. Ich glaube, ich kann von dieser Stelle aus auch sagen, dass alle Vertreter und Abgeordneten von allen Parteien dort zur Kenntnis gebracht haben, dass sie damit positiv einverstanden sind, was dort gekommen ist. Dies wurde auch den Experten übermittelt, und zwar nicht nur deshalb, weil dort natürlich auch alle Fronten gekommen sind seitens der Wirtschaftskammer, seitens der Mietervertretungen und natürlich auch seitens der Banken, welche Möglichkeiten es gäbe, um billiger bauen zu können. Ich glaube, man muss damit beginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass jene Kürzungen, die von Landesrat Hirschmann bei der Wohnbeihilfe vorgegeben wurden, auch zurückgenommen werden sollen. Ich glaube, das ist eine Forderung nicht nur der Sozialdemokraten, sondern jener Menschen, die davon betroffen sind. Man wird versuchen, im Raumordnungsgesetz und wir sind ja gerade bei einer Novellierung, auch Bodenpolitik zu machen, dass wir auf jene Grundstücke, die bereits erschlossen sind, einen Zugriff haben, um den Wohnbau dort verwirklichen zu können. Weiters sind natürlich die Gemeinden mit einer guten Raumordnung gefordert, um mit Grundstücksvorsorge dem Wohnbau unter die Arme greifen zu können. Grund- und Aufschließungskosten im Geschoßbau sind ein sehr gezielter Bestandteil, der natürlich auch Senkungen möglich macht. Man wird sich mit den Banken unterhalten müssen. Sie haben dort ja auch ihre Meinung kundgetan, dass sie gerade dem Wohnbau entgegenkommen. Ich glaube, es wird sicher besser sein, nicht auf Anleihen zu sitzen und das Geld nicht zu wechseln, wie erwähnt wird, sondern dem Wohnbau zu helfen. Und das hilft auch der Wirtschaft und am Schluss den Banken, weil in vielen Bereichen sitzen wir alle in einem Boot. Es wird natürlich auch neue bautechnische Modelle geben, über die sich meine Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei erkundigt haben, wie zum Beispiel in Südtirol oder in Deutschland – mein Kollege Dipl.-Ing. Grabner wird noch näher darauf eingehen. Ein weiteres Beispiel gibt es in Hessen, und zwar das Frankfurter Modell. Ich glaube, ein großer Punkt wird mit Sicherheit sein, die Kostensenkung durchzubringen und sie kontrollierend zu begleiten mit allen Maßnahmen, vom Planer bis zur Bauaufsicht und natürlich die Begleitmaßnahme bis hin zur Bauausführung, um hier wirklich gezielt sparen zu können. Ein wichtiger Punkt von uns wäre, dass wir einmal das System umdrehen. Dass nicht die Architekten von der Summe der Planung das Geld bekommen, sondern die Architekten das Geld bekommen, wenn sie billiger bauen können, wenn wir das Bauvolumen wissen, dass es hier eine positive Prämie gibt für billiges, gutes, koordiniertes Bauen. Das wird sicher eine große Aufgabe sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verwunderlich ist es natürlich, wenn wir wissen, dass derzeit viele, viele Bauarbeiter zu Hause sind, dass wir das erste Mal miterleben müssen, dass weniger Menschen beschäftigt sind, dass es keine Steigerung mehr gibt, die Arbeitslosenzahlen sind ja bekannt, dass es vor allem der ÖVP und der FPÖ immer wieder gelingt anzukündigen, geht es um das Zusperrszenario der Post und andere Dinge, so auch im Wohnbau, so viel wird gekürzt, dann kürzen wir ein bisschen weniger, dann nehmen wir statt 50 Prozent nur 40 und dann schaut es zum Schluss noch so aus, das war ja positiv. Ich glaube, man muss den Leuten wirklich vor Augen führen, was hier in der Wohnbaupolitik passiert. Liebe Frau Landeshauptmann, Sie sprechen immer von den Menschen. Ich glaube, gerade in den Wohnungen, in den sozialen Wohnungen, wo jene Menschen wohnen, die auf den Vertrauensgrundsatz gehalten haben, vertraut haben, was wir hier beschlossen haben und gewusst haben, so viel kostet die Miete, so viel bekomme ich Wohnbeihilfe, damit ich mit meinen Kindern dort wohnen kann, jene können das Vertrauen nicht mehr haben, denn sie wissen nicht, wie sie sich in Zukunft das leisten können. Und das kann man sich damit ganz einfach vorrechnen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn eine Frau mit zwei Kindern aus einer Wohnung ausziehen muss und sie geht in eine kleinere Wohnung, wo sie vielleicht nur ein Kinderzimmer hat und dort in Stockbetten die zwei Kinder schlafen, dann wird sie sich das nicht leisten können und wird diesen Sozialfonds in Anspruch nehmen müssen, der für zwei Jahre eingerichtet wurde. Und nach diesen zwei Jahren wird sie das wieder zurückzahlen müssen, obwohl sie

sich vorher dazu entschieden hat, ihre Wohnqualität wesentlich zu mindern und auch jene ihrer Kinder. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Und deshalb, wenn man von den Menschen spricht, Frau Landeshauptmann, dann fordere ich Sie auch auf, reden Sie hier mit Ihren Landesräten, vorweg mit Landesrat Hirschmann, denn etwas verwundert war ich schon bei diesem positiven Unterausschuss des Wohnbaues, wo zwar alle Abgeordneten aller Parteien waren und alle Experten und die dort gerne mitgearbeitet haben, aber kein einziger Landesrat. Und Hirschmann hat uns über die Zeitung berichten lassen, er kommt nicht zu den Experten. Ich glaube, jeder Politiker eignet sich ein großes Wissen an, aber Experten sind eben spezialisiert und bleiben Experten und ich glaube, die soll man sich immer anhören und vor allem, wenn der Landtag sich die Aufgabe gibt in einem Unterausschuss.

Ich möchte zum Schluss an einen Punkt appellieren. Will man etwas erreichen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, dann kann es nur ein Punkt sein. Es muss der politische Wille vorhanden sein. Es kann nicht der politische Wille sein zu kürzen dort, wo es die Ärmsten trifft und zu sagen, da passiert nichts, zum Schluss bekommen sie ja noch mehr. Warum ändern Sie dann etwas? In Wirklichkeit wissen wir ganz genau, dass wir mit Mitte des Jahres viele Probleme haben werden mit jenen Menschen, die eigentlich dieser Regierung, diesem Landtag vertraut haben, in Wohnungen eingezogen sind, die sie sich nur unter diesen Umständen leisten können. Und wir alle wissen in der Steiermark, dass wir nicht die Einkommensstärksten sind, sondern die Schwächsten. Und man kann dies nicht vergleichen mit Burgenland und anderen Ländern. Man kann auch nicht die eine Frucht mit der anderen vergleichen, weil sie eine andere ist. Denn im Burgenland wissen wir ganz genau, da ist die Förderung der Wohnungen so hoch, dass ich die Wohnbeihilfe in der Form nicht brauche, weil dort bezahle ich für eine 70 Quadratmeter große Wohnung um die 3000 Schilling, bei uns sind es um die 6000 Schilling. Jetzt können Sie sich ausrechnen, warum brauchen Sie einen Wohnbeihilfe? Und darum bitte ich Sie wirklich das so zu sehen wie es ist. Ich könnte hier viele Beispiele bringen. Ich habe mich hier in dieser Sache wirklich beschäftigt und je mehr man sich darum annimmt und interessiert, desto betroffener ist man, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir sind aufgefordert in diesem Hause hier, alle, die hier verantwortlich sind und ganz vorweg nicht nur, dass die ÖVP die Mehrheit in dieser Regierung hat, sie hat auch mit der FPÖ diese Ressorts inne, für die Schwächsten in unserem Lande da zu sein und sich dafür einzusetzen, dass sie sich auch nach einem halben Jahr, im Juli, diese Wohnungen leisten können. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (10.24 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich muss mich ergänzend zu meinem Kollegen Franz Schleich, der als Vorsitzender des Wohnbau-Ausschusses berichtet hat, wie wir uns bemüht haben, am 31. Jänner gemeinsam vieles dazu beizutragen, dass der Wohnbau finanzierbar bleibt, indem man sich mit den Experten über mögliche Kostensenkungspotenziale sehr eingehend unterhalten hat, weil wir davon ausgehen mussten, dass dem Wohnbau auch weiterhin Gelder entzogen werden. Das ist für all diejenigen – und die Zahl wurde in dieser Sitzung genannt, etwa 60.000 Steirerinnen und Steirer befinden sich laufend auf Wohnungssuche, das sind nicht nur solche, die erstmals und neu Wohnungen suchen, sondern auch solche, die sich verbessern und verändern wollen. Die Zahl stammt nicht von irgendjemandem, sondern vom Vorsitzenden des Verbandes der Gemeinnützigen in der Steiermark. Die Zahl ist amtlich und sozusagen verifiziert. Dieses all jenen in das Stammbuch, die immer sagen, wir haben keinen Bedarf. Es ist eigentlich das Thema Wohnbau ein abgelutschtes Zuckerl. Hört doch auf damit zu lamentieren, wir brauchen hier kein Geld mehr, wir können dem Wohnbau ohne Bedenken Gelder entziehen. Das ist nicht so! Das ist eines der dramatischen Ergebnisse dieser klaren Enquete vom 31. Jänner, in der wieder einmal klargestellt wurde, dass es hier jedenfalls nicht ohne Qualitätsverlust für das Wohnen im Lande Steiermark einfach nicht statthaft ist, Gelder wegzunehmen und zu sagen, es ist eigentlich wurscht, weil da passiert eh nichts.

Meine Damen und Herren, allein wenn man sieht, wie die Formulierung dieses Gesetzestextes den Inhalt verschleiern soll, muss man wachsam werden. Es heißt hier schlicht und einfach, Forderungen aus gewährten Wohnbauförderungsdarlehen dürfen nur so wie bisher für die Wohnbauförderung – und das ist das Neue dann – sowie im Sinne des Paragraphen 6 des Steiermärkischen Landesforderungsverkaufes verwendet werden. Also wir haben nunmehr eine Gesetzesformulierung, die sich auf zwei andere Gesetze beruft und in diesen anderen Gesetzen heißt es jeweils, dass ausschließlich – heißt es in dem einen – nur die Wohnbauförderungsdarlehen für die Wohnbauförderung verwendet werden dürfen und in dem zitierten Gesetz, dem Paragraphen 6, Forderungsverkaufsgesetz 2002, das wir in Punkt 8 heute beschließen sollen, heißt es, dass ausschließlich im Sinne dieses Paragraphen, nämlich für die Budgetkosmetik, für das Stopfen der Budgetlöcher verwendet werden soll. Also eine Formulierung, die an sich schon legistisch ein großes Problem ist. Aber es geht mir nicht um die legistische Problematik, die ich daraus erkennen kann. Es geht mir schlicht und einfach darum, dass man sagen muss, seit dem 1. Februar, seit es allgemein bekannt geworden ist, dass am Donnerstag der vorigen Woche der EUROSTAT-Generaldirektor Yves Rocher bekannt gemacht hat, wie nunmehr die offizielle Lesart der Europäischen Union zu den Mogelversuchen der Bundesfinanzgewaltigen, aber auch unseres Landesfinanzreferenten in offizieller unleugbar so zu handhabender Version ausschauen wird, nämlich wir beschließen hier eine Verwendung von Geldern aus dem Verkauf von Landeswohnbaudarlehensforderungen unter dem Aspekt, dass das eine Lösung wäre, um das Budget zu sanieren. Und am 1. Februar dieses Jahres, also vor wenigen Tagen und das ist ja bekannt, das ist ja auch dem Landesfinanzreferenten natürlich bekannt und Ihnen auch allen, erreicht uns die Mitteilung, dass das mitnichten geht. Ich zitiere hier, weil wir das so in unseren Medien in der

Steiermark nicht vorgefunden haben und es einfach nicht opportun ist, darüber zu berichten, die „Salzburger Nachrichten“, die ganz deutlich schreiben: „Ähnliche Budgettricks in den Ländern, wie zum Beispiel der Verkauf von Wohnbadaarlehen, werden ebenfalls ungültig werden!“ Das heißt, Sie beschließen heute Maßnahmen, von denen man jetzt schon weiß, dass sie im Sinne der Maastricht-Konformität so einfach nicht umsetzbar sind. Das ist in Wahrheit der Skandal, weil ich an die intellektuelle Redlichkeit appellieren muss, dass man doch nicht etwas beschließen kann und darf, von dem man schon weiß, dass es contra legem ist und dass es gegen alles das ist (Beifall bei der SPÖ.), was die Europäische Union Ihnen nunmehr am 1. Februar der vorigen Woche mitgeteilt hat. Was passiert denn damit? Sie werden auf der einen Seite die Budgetlöcher nicht stopfen können, weil Sie so nicht dürfen und auf der anderen Seite haben Sie dem steirischen Wohnbau Milliarden entzogen. Das heißt, der steirische Wohnbau wird noch weiter stagnieren und der steirische Wohnbau wird weiterhin ohne Mittel dahintümpeln. Es wird nicht möglich sein, die vielen, die heute unter den hohen Wohnkosten stöhnen und denen Sie auch die Wohnbeihilfen entzogen haben, in für sie finanzierbare und angemessene Wohnungen umzusiedeln, weil sie sich auch die nicht leisten werden können und weil natürlich, wenn der Markt kleiner wird, wenn wir weniger bauen, auch die Kosten nicht automatisch kleiner werden. Das ist ja wohl selbstverständlich. Gerade Sie, die Sie immer von den Regeln des freien Marktes sprechen, werden wissen, dass der freie Markt besagt, nicht dann, wenn eine Ware weniger auf dem Markt ist, wird sie billiger, sondern dann, wenn eine Ware häufiger auf dem Markt ist, kann sie billiger werden. Das ist eine Milchmädchenrechnung, an der Sie blind vorbeischauchen. Meine Damen und Herren, das kann so nicht gehen, dass Sie auf der einen Seite dem Wohnbau Geld entziehen, auf der anderen Seite noch dazu etwas versuchen, was Sie nicht können, nämlich das Budgetloch stopfen und den Steirern und Steirerinnen noch dazu weis machen wollen, das ist eh alles paletti. Das ist für euch alle wurscht, weil es betrifft angeblich eh nur einige wenige oder fast niemanden. Diese Rösselsprünge in der Wohnbaupolitik werden auch von Ihren eigenen Freunden heftigst kritisiert. Ich denke, das hat die Wirtschaftskammer in ihrem Zehn-Punkte-Papier ganz eindeutig formuliert und das sollten Sie sich auf der Zunge zergehen lassen und das sollten Sie sich vor allem hinter die Ohren schreiben, bevor Sie so etwas beschließen, wie das heutige Gesetz. Die Wirtschaftskammer hat sich die Mühe gemacht, ein sehr konstruktives Papier mit zehn Punkten bei diesem runden Tisch vorzulegen. Einer der wichtigsten Punkte ist und ich zitiere Herrn Dr. Jaklitsch wörtlich: Vertrauen schaffen durch Berechenbarkeit, keine abrupten Förderungsänderungen, keine rückwirkenden Eingriffe und das ist dasselbe, was die Arbeiterkammer gefordert hat, vor allem gehört Rechtssicherheit sichergestellt. Meine Damen und Herren, das, was Sie hier mit der Wohnbauförderung machen, ist das genaue Gegenteil, was alle Experten Ihnen empfehlen, nämlich Sie schaffen Rechtsunsicherheit. Keiner der Mieter kann sich darauf verlassen, dass er unter jenen Prämissen auch weiterhin in Mietwohnungen wohnen kann, wie er vorher einbezogen ist. Die Wohnbauwirtschaft kann sich nicht darauf verlassen, dass sie auch in Zukunft Geld bekommen wird. Der steirische Wohnbau geht tristen Zeiten entgegen. Mit diesem Gesetz tragen Sie ihn zu Grabe. (Beifall bei der SPÖ. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro: (Abg. Tasch: „Das ist typisch für euch, Schulden machen!“) Lieber Kurt Tasch, gehe in deine Gemeinde und schaue, ob du nicht auch Schulden machst. Mir sind Schulden, die man zurückzahlen kann, lieber als eine hohe Arbeitslosigkeit und verschiedene andere Dinge. Aber das ist eine andere Geschichte. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nur kurz zu Wort melden, weil meine Vorredner haben bereits alles gesagt. Ich würde Sie ersuchen, denn es gibt viele hier im Haus, die ihren Laptop vor sich haben, ins Internet hineinzugehen. Du hast ihn schon weggeräumt, Kurt Tasch, weil du dich offenbar nicht auskennst. Ich habe mir bereits die Mühe gemacht. Allein in Graz sind auf sechs Seiten 90 Wohnungen angeboten. Ich rede jetzt nicht von einer Wohnung, die 140 Quadratmeter groß ist und 14.000 Schilling kostet. Wenn für zirka 60 Quadratmeter billigest 2900 Schilling an Kosten für die Wohnung zu zahlen sind, dann frage ich Sie, wie Alleinverdienerinnen mit Kindern, wie Personen mit unterem Einkommen, weil es gibt wenige, die in höheren Einkommenssphären sind, sich diese Wohnungen ohne Wohnbeihilfe leisten können, meine Damen und Herren. Ihre Präpotenz schlägt dem Fass den Boden aus. Sie sind hergegangen mit Mehrheit und haben gesagt, die Leute können sich ohnehin bis zum Juni noch um eine billigere Wohnung umschauchen, wenn sie sich die Wohnung nicht leisten können, weil die Wohnbeihilfe gibt es nicht mehr. Schauen Sie bitte hinein, damit Sie sehen, über was Sie sprechen und welche soziale Kälte Sie auch beim Wohnbau und bei den Wohnungen an den Tag legen. (Beifall bei der SPÖ. – 10.35 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Somit komme ich zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 660/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Querschnittsprüfung von Bauprojekten durch den Landesrechnungshof.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (10.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Antrag der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz, betreffend Querschnittsprüfung von Bauprojekten durch den Landesrechnungshof. Den Grünen sind im Jahr 1999 Informationen zugegangen, nach denen es illegale Preisabsprachen in der Steiermark in einem Ausmaß gibt, dass von einem Baukartell gesprochen werden muss. Die Grünen haben diesbezüglich neun Fälle dokumentiert und der Staatsanwaltschaft übermittelt. Mittlerweile ist im so genannten „steirischen Baukartellprozess“ ein Urteil ergangen, in dem führende Manager von steirischen Baufirmen wegen Bildung eines Kartells und Betrug verurteilt worden sind. Dieses Urteil wurde vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Das Land Steiermark hat als Auftraggeber große Bedeutung für die Bauwirtschaft. Im Baukartellprozess hat es sich gezeigt, dass Projekte betroffen sind, die das Land abgewickelt hat. Daher sollte der Landesrechnungshof mit einer Querschnittsprüfung beauftragt werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, eine Querschnittsprüfung der Vergabe von Bauprojekten durchzuführen. (10.37 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (10.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, geschätzte Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen und ZuhörerInnen!

Ich kann direkt bei der kleinen Wohnbaudebatte anschließen, die wir jetzt gehört haben. Wenn es so ist, dass die öffentliche Hand und das Land Steiermark sich nicht scheuen, im Wohnbaubereich genau das zu kürzen, was nämlich das Soziale anbelangt, in einer Situation, wo man viele Jahre lang in Wirklichkeit nicht unbedingt sozialen Wohnbau betrieben hat im Sinne einer Wohnraumbeschaffung für sozial Schwache, sondern im Wesentlichen eine Wohnbauförderung gemacht hat, das heißt, die Förderung, auf dem Wort Bau liegt der Schwerpunkt und immer gelegen ist und jetzt nicht zuletzt infolge dessen mit dem Rücken an der Wand steht und das ist das Zynische dabei und jetzt hergeht und auf einmal auch der zuständige Landesrat hergeht und sagt, das war ja nix, das war ja eine Mittelstandsförderung, wir müssen jetzt schauen, dass wir die wirklich Bedürftigen fördern. Das haben wir ihm seit Jahrzehnten gesagt. Nur was macht er denn jetzt? Jetzt schlägt er erst recht die sozial Schwachen – die beiden Vorredner von der Sozialdemokratischen Partei haben das gerade ausgeführt. Ich sage das einleitend deshalb, weil wir gerade im Wohnbausektor in Rechnungshofberichten immer wieder haarsträubende Vorgänge aufgezeigt bekommen im Vergabesektor. Jetzt ist der Wohnbausektor aber nur einer, wo das Land fördert, wo das Land Geld ausgibt im Bauwesen. Insgesamt sind es zweistellige Milliardenbeträge, die das Land Jahr für Jahr für Spitäler noch in mittelbarer Bundesverwaltung für Bundesstraßen, für Landesstraßen, für Hochbau und Ähnliches ausgibt. Das heißt, es geht um sehr, sehr viel Geld und man sollte meinen, wenn die Verantwortlichen im Lande sich nicht scheuen, auf die sozial Schwächsten, ob das jetzt Wohnbeihilfenbezieher sind oder Studenten oder die Bezieher von Behindertenrenten, ganz egal, wenn das Land sich nicht scheut, dort hinzugreifen, sollte man glauben, dass sie natürlich mit umso mehr Begeisterung dort hingreifen, wo es eigentlich gar nicht die Schwächsten trifft. Und wo außerdem ein riesiges Einsparpotenzial da wäre, wenn das das Problem ist in Wirklichkeit im Lande, dass wir zu wenig Geld haben. Wenn es das ist! Und in dem Sinne ist dieser Antrag, der vom Kollegen von vorhin begründet wurde, eigentlich nur der Rest dessen, was wir im steirischen Bauskandal erlebt haben, die letzte Maßnahme, die einzige Maßnahme, die jetzt wirklich umgesetzt wird. Wir werden uns das anschauen und hoffen, dass dabei auch etwas herauskommt, nämlich dass der Rechnungshof eine Querschnittsprüfung im Vergabewesen macht. Einen Untersuchungs-Ausschuss hat man nicht eingesetzt, dazu hat sich der Landtag nicht aufrufen können. Aus gutem Grund hat er das nicht getan. Das ist ja das Problem. Die Verfilzung zwischen den politischen Parteien mit Ausnahme der Grünen und dem Bauwesen im Lande ist nach Jahrzehnten derartig eng, dass man sich das eigentlich nicht vorstellen kann, diesen Firmen, die als Sponsoren von den kleinsten Förderungen für irgendeinen Fußballverein bis hin zu maßgeblichen Spenden auftreten. Jetzt ist die Finanzierung einer politischen Partei eine ehrenwerte Sache, habe ich einmal dem Betreiber der Mülldeponie Halbenrain erklärt, nachdem er mir gesagt hat, er wird mich klagen, nachdem ich verbreitet hatte, dass es pro Jahr nach meinen Informationen 3 Millionen Schilling Spenden gibt an die beiden damals größten Parteien im Lande. Ich habe gesagt, das ist gar nichts Schändliches, einer Partei ein Geld zukommen zu lassen, überhaupt nicht. Aber was hat Helmut Kohl, was Waltraud Klasnic nicht hat? Helmut Kohl muss riskieren, dass er in den „Tschumpus“ wandert, wenn er nicht bekannt gibt, woher er seine Parteispenden hat. Das ist der Unterschied. Da braucht man gar nicht nach Nordamerika schauen und dortige ferne Gebräuche – andere Länder, andere Sitten – anschauen. Da braucht man nur zu unseren Spezies nach München schauen und die einmal fragen, wie sie damit umgehen. Jetzt sind das auch keine Waserln, wie zuletzt die lieben Kollegen aus Bayern, wie wir alle wissen, wenn wir auch nur dann und wann einmal in die Zeitungen schauen. Aber besser das als gar nichts. Glauben Sie mir, da kann man lange reden von Sparmaßnahmen und Nulldefizit und Demokratiereform und Verfassungsreform und Wahlrechtsänderung und warum die jungen Leute und überhaupt die Menschen sich so wenig für die Politik interessieren. Wenn man das alles ernst nimmt, eine unverzichtbare, blitzgescheite Maßnahme und vor allem eine, wo die Stunde der Wahrheit schlägt, ist das und eine wahrhaft hygienische Maßnahme ist das, dass man einfach offen legt, woher man sein Geld hat. Dann ist auch für das Publikum im Lande manches einfach leichter zu verstehen, warum manches so entschieden wird und anderes so. Die Grünen haben im Nationalrat öfter solche Anträge gestellt. Ich sage es nur einmal an der Stelle auch dazu, damit auch das klar ist. Der Obersaubermacher und damals noch Parlamentsmitglied und jetziger Landeshauptmann von Kärnten hat sich damals nie aufrufen können, einem derartigen Antrag zuzustimmen. Es ist auch kein

Wunder, wenn man mit dem Hubschrauber der Bauindustrie dauernd durch die Gegend fliegt. Aber das ist der Punkt. Hier könnte man einiges tun, um hier etwas weiterzubringen, worüber wir an dieser Stelle und noch später heute im Landtag öfter reden werden, nämlich wie wir Geld einsparen können im Lande.

Das Zweite, auf das ich noch ganz kurz eingehen möchte, ist, dass es sich hier um einen Antrag handelt auf eine Querschnittsprüfung in einem Bereich, wo es nicht um viel Geld geht, sondern auch – das muss man auch sagen an der Stelle – wo seit vielen Jahren nicht geprüft wurde. Wir haben alles Mögliche schon geprüft, wir haben schon viele Landesrechnungshofberichte gehabt in den letzten Jahren und ich habe die jetzt verfolgt seit vielen Jahren. Aber in dem Bereich Vergabewesen im Tiefbau und Straßenbau, überhaupt Vergabewesen im Bausektor hat man kaum, ganz selten und nur in Randbereichen hingegriffen. Auch das war überfällig und das war höchste Zeit, dass sich der Landesrechnungshof jetzt mit dieser Materie beschäftigt. Wir haben, wenn Sie sich erinnern, anlässlich der Leiterbestellung des Landesrechnungshofes auch diesen Punkt diskutiert. Und es hat damals ein Bewerber, der dann leider nicht zum Zug gekommen ist, das – und das hat uns, den Grünen, imponiert – gleich vornweg ganz deutlich gesagt, für ihn ist es wichtig, dass er nicht irgendetwas prüft, dass er nicht im gewohnten Radl sich irgendwelche Institutionen alle ein, zwei, drei Jahre wieder vornimmt, sondern dass er sich zuerst einmal anschaut, wo geht es um das meiste Geld und wo geht es um einen Bereich, wo traditionellerweise man annehmen kann, dass dort auch sehr viel Geld verschwindet, dass dort die Sitten so sind, wie sie sind. Jetzt hat der Landtag diesen Beschluss in einem Ausschuss gefasst. Ich gehe davon aus, dass er hier im Plenum auch die Zustimmung finden wird und es ist, wie gesagt, ein positiver Schritt getan.

Und zum Abschluss noch eine Anmerkung: Wir stehen vor der Verlängerung der Bundesstraßen. Auch da wird es wieder um Milliarden gehen. Und auch hier wird es wieder um die Frage gehen, wie kann das Land, wenn der Hut an allen Ecken und Enden brennt, wenn es so ist, dass das Bundesministerium sagt, die Koralmbahn in Graz bauen wir nicht, wenn ihr nicht mehr bezahlt, wenn das so ist, dass die Stadt Graz überhaupt und generell von der Messe bis zu anderen Projekten nicht mehr – wie es aussieht – weiß, woher sie das Geld nehmen sollen, wenn das so ist, dann wird man genau in dem Bereich gut daran tun, schon von allem Anfang an für eine Verbesserung der Sitten, das heißt für einen wirklich sparsamen Einsatz von öffentlichen Geldern zu sorgen. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 10.49 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren, liegt mir nicht vor. Deshalb komme ich nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu den Tagesordnungspunkt 5, 6 und 7.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 617/1, der Abgeordneten Prattes und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Rücknahme der Schließung der Holzverladestelle Mautern.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (10.50 Uhr): Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 617/1, betreffend Rücknahme der Schließung der Holzverladestelle Mautern. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 4. Dezember 2001 und am 29. Jänner 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag der Abgeordneten Prattes und Dipl.-Ing. Grabner liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes ausgeführt: Die Sperre der Güterverkehrsstelle am Frachtenbahnhof in Mautern, der bisher hauptsächlich für den Umschlag von Rundholz genutzt wurde, wird von ÖBB-Güterverkehr, Cargo-Süd-Graz bestätigt. Diese Maßnahme ist eine ÖBB-firmeninterne Angelegenheit und wird mit der geringen Auslastung dieser Güterverkehrsstelle begründet. Die Sperre der Güterverkehrsstelle bedeutet jedoch lediglich, dass die Güterverkehrsstelle nicht planmäßig mit Personal besetzt ist. Auf Grund eines Übereinkommens der ÖBB mit den drei potenziellen Firmen im Bereich Mautern und in Abstimmung mit der Gemeinde Mautern ist die Güterabfertigung am Frachtenbahnhof Mautern nach wie vor möglich. Demnach werden Wagengruppen ab drei Waggons von den ÖBB wie bisher abgefertigt, bei Einzelwagenzustellung oder -abholung sind Sondertarife ausverhandelt. Diese Vorgangsweise entspricht durchaus den betriebswirtschaftlichen Intentionen der ÖBB und den verkehrspolitischen Grundsätzen des Landes Steiermark. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 617/1, der Abgeordneten Prattes und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Rücknahme der Schließung der Holzverladestelle Mautern, wird zur Kenntnis genommen. (10.52 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 615/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Stöhrmann und Schrittwieser, betreffend niveaufreie Eisenbahnkreuzung in der Gemeinde Wartberg im Mürztal.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (10.52 Uhr): Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 615/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa und Schrittwieser, betreffend niveaufreie Eisenbahnkreuzung in der Gemeinde Wartberg im Mürztal. Es liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes ausgeführt: Die angesprochene Eisenbahnkreuzung bei Streckenkilometer 135.042 der Eisenbahnstrecke Wien-Süd-Spielfeld/Straß im Gemeindegebiet von Wartberg im Mürztal ist nach Auskunft der ÖBB eine von insgesamt drei beschränkten Eisenbahnkreuzungen im Mürztal. Die beiden anderen befinden sich, wie in der Karte bezeichnet, in Kindberg und Kapfenberg, wobei jede dieser drei Eisenbahnkreuzungen im Verlauf einer Gemeindestraße liegt. Die Sperrzeiten der Schrankenanlage der Eisenbahnkreuzung in Wartberg werden bestimmt durch den Fahrplan der Südbahn sowie durch die Verscharbeiten, die im Bahnhof Wartberg im Mürztal stattfinden. Nach Angaben der ÖBB umfasst der Fahrplan in diesem Abschnitt insgesamt 180 Zugfahrten pro 24 Stunden. Durch die Verscharfahrten im Bahnhof ist die Schrankenanlage etwa zehn- bis 15-mal pro Tag zum Teil bis zu zehn Minuten geschlossen. Betroffen durch diese Sperrzeiten sind vor allem die Bewohner des Scheibgrabens (KG. Scheibgraben der Gemeinde Wartberg: 119 Haushalte mit insgesamt 301 Einwohnern, entspricht etwa einem Achtel der Gemeindebevölkerung) sowie die Zufahrt zu Teilen der Firma Veitsch-Radex (nach Auskunft der Firma zirka 20 Lkw-Zu- und Abfahrten pro Tag). Da es sich bei dem Straßenzug, in dem sich die angesprochene Eisenbahnkreuzung befindet, um eine Gemeindestraße handelt, ist ein Antrag auf Niveaufreimachung grundsätzlich von der Gemeinde Wartberg im Mürztal an die ÖBB zu stellen. Diese prüfen auf diesen Antrag hin die interne Notwendigkeit, erstellen eine überschlagsmäßige Kostenaufstellung einer niveaufreien Eisenbahnkreuzung und treten dann mit der Gemeinde in Finanzierungsverhandlungen. Die Interessen des Landes in Bezug auf Landes- und Bundesstraßen werden nicht berührt. Darüber hinaus ist eine Niveaufreimachung dieser Eisenbahnkreuzung auch aus der Sicht des öffentlichen Verkehrs nicht notwendig. Eine finanzielle Beteiligung des Landes Steiermark an der Niveaufreimachung der gegenständlichen Eisenbahnkreuzung ist daher weder aus der Sicht des öffentlichen Verkehrs noch seitens der Landes- und Bundesstraßenverwaltung auf Grund regionalverkehrlicher Aspekte begründbar. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 615/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa und Schrittwieser, betreffend niveaufreie Eisenbahnkreuzung in der Gemeinde Wartberg im Mürztal, wird zur Kenntnis genommen. (10.55 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 745/1, betreffend die Auflassung der L 289, Sankt-Anna-Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,520 in einer Länge von 520 Meter.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über das Geschäftsstück, Einl.-Zahl 745/1, der Steiermärkischen Landesregierung über die Auflassung der L 289, Sankt-Anna-Straße von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,520 in einer Länge von 520 Meter. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße Nr. 289, Sankt-Anna-Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,520 in einer Gesamtlänge von 520 Meter aufgelassen und der Marktgemeinde Sankt Anna am Aigen übergeben. Die gegenständliche Landesstraßenauflassung tritt mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft. Ich ersuche um Annahme. (10.56 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (10.57 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein Gleisanschluss mit Verlademöglichkeit stellt, und das wird jeder wirtschaftlich Denkende bestätigen, sozusagen ein Triple-A für die wirtschaftliche Infrastruktur dar. Diesen Standortvorteil will man nun einer Gemeinde nehmen, die ohnehin damit zu kämpfen hat, Arbeitsplätze zu sichern oder überhaupt neue zu bekommen. Nahezu überfallsartig hat die ÖBB im Vorjahr mitgeteilt, dass die Bedienung der Abfertigungsstelle Mautern für den Güterverkehr geschlossen wird, außer die Gemeinde trägt die entstehenden Kosten oder die dort angesiedelten Forstbetriebe nehmen eine Erhöhung der Abfertigungskosten in Kauf. Jetzt weiß aber jeder, der sich mit dem Rohstoff Holz befasst, dass die Holzpreise schon seit längerer Zeit im Keller sind, so dass eine zusätzliche Belastung von den Holzlieferanten nicht mehr verkraftbar ist. Ich habe gemeinsam mit den Beteiligten und dem Bürgermeister versucht, diese Schließung abzuwenden beziehungsweise einen Zeitaufschub zu erwirken. Dies wurde seitens der ÖBB abgelehnt. Daraufhin habe ich mit Schreiben, mit vielen Unterlagen begründet, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl und Herrn Landesrat Paierl um Unter-

stützung zur Abwendung dieser Schließung ersucht. Der Gemeinderat von Mautern hat sich auch in einer einstimmig gefassten Resolution gegen die Schließung gewandt. Da dies – ich zitiere wörtlich – für die Region Mautern eine enorme wirtschaftliche Verschlechterung darstellt, lehnt die Marktgemeinde Mautern diese Maßnahme in aller Entschiedenheit ab. In einem Antwortschreiben vom 20. September haben Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, mir Ihr volles Verständnis für den Wunsch, die Holzverladestelle Mautern aufrechtzuerhalten, mitgeteilt, zieht doch, und hier möchte ich Sie zitieren, eine Schließung sicherlich wirtschaftliche Nachteile für die Standortentwicklung in diesem Bereich nach sich. Sie schrieben mir weiters, dass es richtig war, mich mit meiner Bitte grundsätzlich auch an den zuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Paierl zu wenden. Die nun vorliegende Stellungnahme der Landesregierung ist in dieser Form zurückzuweisen und entspricht nicht den Tatsachen, denn sie lässt maßgebliche Umstände unter den Tisch fallen. Mit Schreiben vom 23. November 2001 teilt nämlich Rail Cargo Austria Folgendes mit: „Die Schließung der Abfertigungsstelle Mautern wurde nach einer Besprechung mit den beteiligten Firmen und dem Bürgermeister von Mautern für einen Betrachtungszeitraum, der mit Ende 31. Mai 2002 festgelegt wurde, ausgesetzt. Mit Ende der oben angeführten Frist wird es zu einer endgültigen Schließung kommen, ausgenommen das Aufkommen würde sich wider alle Erwartung ganz drastisch erhöhen. Laut Mitteilung des Bürgermeisters von Mautern ist nicht erkennbar, ob die Abfertigungsstelle nur für Holz oder auch für die Firmen Durisol und Vogtrans geschlossen werden soll. Ein weiterer Aspekt: Der Hauptkunde der ÖBB, die Firma Scherer & Hußauf, wird sich auf Grund dieser Tatsache mit 31. Mai von Mautern zurückziehen und in einen anderen Ort abwandern. Damit geht ein Betrieb für Mautern verloren. (Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist der Herr Abgeordnete Prattes. Ich ersuche Sie um erhöhte Aufmerksamkeit!“) Ich danke Ihnen und würde Sie wirklich bitten zuzuhören, es ist ein dringendes Problem für den Bezirk Leoben.

Ein nächster Punkt: Für die in der Region Mautern ansässigen Forstbetriebe ist eine Einzelwagenzustellung mit Sondertarifen aus wirtschaftlichen Gründen nicht machbar. Wenn nunmehr in der Stellungnahme der Landesregierung angeführt wird, diese Vorgangsweise entspricht durchaus den verkehrspolitischen Grundsätzen des Landes Steiermark, dann wird damit endlich der Beweis erbracht, dass ÖVP und FPÖ mit ihrer Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik im Land keinerlei Rücksicht auf regionale Notwendigkeiten nehmen. Hier reiht sich nahtlos die Diskussion des letzten Sonderlandtages über den Generalverkehrsplan oder besser gesagt, wie in einer Tageszeitung zu lesen war, des Generalverzögerungsplanes. Anstatt sich in Lohhudelei gegenüber dieser Bundesregierung zu ergehen, sollten die Interessen der Regionen und der dort ansässigen Wirtschaft und Bevölkerung wahrnehmen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich fordere die zuständigen Referenten der Landesregierung auf, umgehend den Bestand der Abfertigungsstelle Mautern über den Betrachtungszeitraum 31. Mai hinaus durch Verhandlungen mit der ÖBB sicherzustellen. Wenn Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, wahrscheinlich damit argumentieren werden, dass gespart werden muss, hätte ich schon einen Einsparungsvorschlag. Ersparen Sie sich in Hinkunft die Zusendung von Briefen, die nichts anderes sind als eine Aneinanderfügung von Allgemeinplätzen, die sich später als das entpuppen, was sie sind, nämlich Seifenblasen. Ihr Regierungskollege Landesrat Paierl ist Ihnen in dieser Hinsicht bereits voraus. Er hat mir nämlich auf mein Schreiben vom 14. August erst überhaupt nicht geantwortet. (Beifall bei der SPÖ. – 11.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich nun der Herr Abgeordnete Kreisl. Meine Damen und Herren, ich stelle mangelnde Präsenz der Klubs fest. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es Wichtigeres gibt als das Plenum am heutigen Tag. Herr Abgeordneter Kreisl ist am Wort.

Abg. Kreisl (11.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Antrag der SPÖ betreffend Holzverladestelle Mautern darf ich erwähnen, dass der Herr Abgeordnete Wöhry und ich im vorigen Jahr, und zwar vor dem Antrag der SPÖ, eine schriftliche Anfrage im Landtag bezüglich Frachtbahnhof Mautern gestellt haben. Die Fragen lauteten:

Erstens: Welche Gründe haben zu einer Schließung des Frachtbahnhofes Mautern geführt? Zweitens: Haben Sie als Verkehrsreferent des Landes Steiermark versucht, etwas gegen die Schließung zu unternehmen? Drittens: Wenn ja, welche konkrete Maßnahmen haben Sie ergriffen und viertens: Wenn nein, warum haben Sie sich gegen die Schließung des Frachtbahnhofes Mautern, welcher für die Region von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung war, eingesetzt?

Die Antwort lautet, einen Teil haben wir heute bereits gehört: Die Sperre der Güterverkehrsstelle am Frachtbahnhof in Mautern, der bisher hauptsächlich für den Umschlag von Rundholz genutzt wurde, wird von ÖBB-Güterverkehr Cargo Süd-Graz bestätigt. Diese Maßnahme ist eine ÖBB-firmeninterne Angelegenheit und wird mit der geringen Auslastung dieser Güterverkehrsstelle begründet. Die Sperre der Güterverkehrsstelle bedeutet jedoch lediglich, dass die Güterverkehrsstelle nicht planmäßig mit Personal besetzt ist. Auf Grund eines Übereinkommens der ÖBB mit den drei potenziellen Firmen im Bereich Mautern und in Abstimmung mit der Gemeinde Mautern ist die Güterabfertigung am Frachtenbahnhof Mautern nach wie vor möglich.

Demnach werden Waggongruppen ab drei Waggons von der ÖBB wie bisher abgefertigt. Bei Einzelwagenzustellung oder Abholung sind Sondertarife ausverhandelt.

Diese Vorgangsweise entspricht den betriebswirtschaftlichen Intentionen der ÖBB. Und die ÖBB – Herr Kollege Prattes, wie du ja weißt – ist sicherlich nicht in schwarzen Händen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.05 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort. Herr Hagenauer, Sie sind am Wort, bitte. Ich wäre sonst in der Zwischenzeit schon zur Abstimmung gekommen.

Abg. Hagenauer (11.05 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Die Schließung der Holzverladestelle Mautern ist nicht die erste. Das ist eine in einer ganzen Serie. Im Ennstal sind mehrere geschlossen worden, im Mürztal, in Neuberg und in der ganzen Steiermark. Und was hat das zur Folge? Das hat einmal auf jeden Fall zur Folge, dass die schweren Holzlastwägen über die Straße fahren in der Steiermark und die Steiermark ist nicht irgendein Bundesland. Wir haben hier die größten Zellulose- und Papierwerke ganz Europas stehen, Gratkorn zum Beispiel, dass also riesige Mengen Holz, sofern das Holz ein inländisches ist und das hoffen wir doch auch, dass einmal unsere großen Industrien nicht nur die Flüsse belasten, sondern etwa auch die Holzzeuger entlasten, indem sie das Schleifholz bei ihnen kaufen, dass also riesige Mengen Holz auf der Straße transportiert werden, wenn diese Holzverladestellen geschlossen werden. Das ist die erste Konsequenz, die unmittelbare. Und dann gibt es natürlich mittelbare. Und ich habe es vorhin schon gesagt, zum Beispiel schauen wir uns jetzt an an einem Tag wie dem heutigen, wo wir sehr viel über das Landesbudget reden werden und über das Geld, das wir eigentlich nicht mehr haben in Zukunft und über unsere Rolle als Straßenerhalter, wenn also Bundesstraßen noch verläändert werden, dann reden wir da drüber, wer eigentlich diese unsere Straßen, deren Erhaltung und Errichtung wahnsinnig viel Geld kostet, wer eigentlich dazu beiträgt, dass die Straßen so teuer sind in der Herstellung und in der Erhaltung. Und das ist natürlich der Lkw-Verkehr und vor allem der Schwerlastwagenverkehr. In einem gigantischen Ausmaß wird hier quersubventioniert, vom Pkw, von den Autofahrern, da kann sich sogar der ÖAMTC manchmal nicht zurückhalten und klagt und natürlich von allen, die gar kein Auto haben erst recht wird hier quersubventioniert und wird hier der Lkw-Verkehr auf eine Art und Weise gestützt, dass es einfach nicht zu verantworten ist. Das ist der finanzielle Aspekt. Und dann kommt natürlich der verkehrspolitische dazu. Man geht dann her, Stichwort Generalverkehrsplan, man geht dann her und sagt, wir müssen unbedingt die Straßen ausbauen, das sagt man übrigens schon seit 1945 und seit 1945 haben wir dasselbe Ergebnis, dass der Verkehr immer zunimmt und dass die Forderungen, man müsse daher die Straßen ausbauen, immer lauter werden. Ich bin zwar kein geschulter Philosoph und auch sonst nicht Logistiker und eine ähnliche Disziplin betreibe ich auch nicht wissenschaftlich, aber ich mute mir trotzdem das Urteil zu, da stimmt irgendetwas nicht. Und es wäre Zeit und angebracht, einmal darüber nachzudenken, ob diese These, der Verkehr nimmt zu, wir müssen Straßen bauen, ob das wirklich das Gelbe vom Ei ist, wie man sagt in der Steiermark. Und wenn man dann hergeht und eben solche Maßnahmen setzt und wenn man sich das als Land gefallen lässt und zuschaut, wie hier diese Entwicklung sogar noch verstärkt wird, dann darf man sich eben nicht wundern. Man darf sich auch nicht wundern, wenn einem das Geld, zum Beispiel für die Straße, an allen Ecken und Enden fehlt und man nicht einmal mehr für die Erhaltung das nötige Geld im Budget hat. Das kann ja gar kein Wunder sein. Wenn man sich das noch wie das Land Steiermark gefallen lässt oder sogar, welchen Verdacht man ja durchaus hegen darf, sich freudig damit von Wien verabschiedet hat, dass im Generalverkehrsplan für die Straße doch einiges drinnen war und dafür in Kauf genommen hat, dass für die Schiene eben nichts drinnen ist, weil Euro ist Euro und die Steirer haben ihr Geld bekommen, dann verschärft man das Problem natürlich noch einmal. Ich komme am Schluss auf einen Aspekt in dem Zusammenhang ganz bewusst, der heute auch noch im Rahmen der Agrardebate diskutiert werden wird. Ich bin ganz überzeugt, dass heute noch das Hohe Lied der gesicherten Wasserversorgung gesungen werden wird vor dem Hintergrund der Dürreschäden. Ich sage es an der Stelle als Grüner einmal mehr, diese Dinge sind natürlich schwankend. Da gibt es Ausreißer. Heuer haben wir ein trockenes Jahr – keine Frage. Ein anderes Mal wird vielleicht ein Jahr sein, wo uns die halbe Steiermark wieder wegschwimmt. Eines steht aber fest hier und heute: Wir brauchen nur beim Fenster hinauszuschauen – von wegen Weltmeisterschaft im Eisschnitzen. Das wievielte Jahr schwimmen uns denn jetzt die Eisskulpturen draußen weg vor unseren eigenen Augen hier im Landhaushof? Wieso wird denn wieder hier und heute ein neuer Weltrekord aufgestellt, was jene Temperaturen anbelangt? Noch nie hat es das gegeben. Man misst seit 150 Jahren. Wahrscheinlich könnte es auch hunderte Jahre her sein, aber es war noch nie der Fall eines derartig extremen Ausreißers. Solche Ausreißer haben wir jedes Jahr in alle Richtungen und das ist der Punkt, am laufenden Band – jedes Monat einen, zwei. Woher kommt denn das? Wieso ist denn das so? Was macht das Land Steiermark in der Situation einmal mehr: Pörtl denkt und Paieryl lenkt – hätte ich jetzt fast gesagt, wobei, wenn ich sage, Pörtl denkt, ich nicht meine, dass er, was ich Herrn Landesrat – er ist jetzt nicht da – nicht absprechen will, ganz im Gegenteil, dass er nachdenkt über diese Sachen, er denkt, er sei für den Umweltschutz zuständig und er denkt, er könne in diesem Land in dieser Richtung in den zentralen Fragen etwas bewegen, zum Beispiel was das Verhältnis von Schiene und Straße anbelangt. Das denkt er. In Wirklichkeit darf er auftreten. Wenn ich sage, Paieryl lenkt, dann denke ich jetzt etwa an die zentralen Weichenstellungen, was die Energiepolitik anbelangt. Das macht nämlich Herr Landesrat Paieryl, und nicht Herr Landesrat Pörtl. Wo steht hier die Steiermark? Das war heute in den Medien wieder nachzulesen. Sie stellt sich hinten an, während in Wien immerhin Debatten stattfinden, ob man jetzt wirklich die E.ON hereinlassen soll in diese Wasserkraftehe mit dem Verbund. Es kracht im Gefüge und in der Steiermark ist das alles eine „g'mahte Wiesen“. Die Steiermark ist der Pionier und der Vorreiter, was das Hereinholen von Atomkraftkonzernen in Österreich anbelangt und hat nicht zuletzt eine Schlüsselrolle neben dem Kollegen in der Planungsachse Süd jenseits der Koralm, wohlverstanden, der den Mund noch weiter aufmacht und noch viel stärker das Gegenteil macht von dem, was er dauernd daherredet. Die Steiermark hat sich hier eine Vorreiterrolle eingehandelt. Das muss man dazusagen, wenn es um solche lokalen Probleme geht, wie die Wasserknappheit in der Oststeiermark und wenn es um solche Entscheidungen geht, die

scheinbar kleine sind, weil sie ein Mosaikstein einer Gesinnung, eines Weges sind, der in dem Land gegangen wird, wie die Schließung von Holzverladestellen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 11.14 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Ich komme nun zum Abstimmungsvorgang für die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 617/1, Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 615/1, Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 745/1, Tagesordnungspunkt 7: Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 742/1, Beilage Nr. 94, betreffend den Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001), die Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung in den Haushaltsjahren 2003 und 2004, die Neufassung des Steiermärkischen Landes-Förderungsverkaufs-Gesetzes 1992 und den Grundsatzbeschluss betreffend die Einführung von Naturnutzungsabgaben.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (11.16 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 742/1, Beilage Nr. 94, betreffend den Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001), die Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung in den Haushaltsjahren 2003 und 2004, die Neufassung des Steiermärkischen Landes-Förderungsverkaufs-Gesetzes 1992 und den Grundsatzbeschluss betreffend die Einführung von Naturnutzungsabgaben. Verehrte Damen und Herren! Die umfassende Vorlage liegt Ihnen vor. Ich darf daher aus zeitökonomischen Gründen den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

I. Die beiliegende Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001) wird genehmigt.

II. Erstens: Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH. (KAGES) wird ermächtigt, in Ergänzung zu den in den Voranschlägen 2001 und 2002 veranschlagten Gesellschafterzuschüssen von je 1000 Millionen Schilling Fremdmittel von insgesamt maximal 6 Milliarden Schilling (hievon im Jahre 2001 maximal 3,2 Milliarden Schilling) zu beschaffen.

Zweitens: Das Land Steiermark übernimmt für diese Fremdmittel die Haftung und verpflichtet sich, ab dem Jahre 2005 gesonderte Gesellschafterzuschüsse für die Annuitäten auf Basis einer zehnjährigen Tilgungsdauer bereitzustellen.

Drittens: Der KAGES wird für die aus den oben genannten Darlehen im Zeitraum 2001 bis 2004 anfallende Zinsen eine buchungsfähige Forderung eingeräumt, soweit diese Kosten nicht aus der Veräußerung nicht betriebsnotwendigen Vermögens der KAGES getragen werden können. Die restliche Forderung wird vom Land Steiermark aus dem Erlös zu veräußernder nicht betriebsnotwendiger, im Eigentum des Landes stehender Vermögensteile der KAGES finanziert, welche verpflichtet ist, die an das Land zurückzustellenden Vermögensteile bis längstens 30. April 2001 bekannt zu geben.

Viertens: Der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH. werden in den Jahren 2003 und 2004 jeweils Landesdarlehen zu den für die Landesdarlehen 2001 und 2002 mit Beschluss Nr. 281 des Landtages vom 25. September 2001 festgelegten Konditionen im Ausmaß von 218,02 Millionen Euro, das sind 3000 Millionen Schilling, und Gesellschafterzuschüsse von jeweils 109,01 Millionen Euro, das sind 1500 Millionen Schilling, bereitgestellt.

Fünftens: Nachdem es sich bei den in den Jahren 2001 bis 2004 bereitzustellenden Landesmitteln um Maximalbeträge handelt, die eine Extrembelastung des Landeshaushaltes verursachen, wird bei Mehreinnahmen oder Minderausgaben der KAGES auf Grund der Änderung von Gesetzen oder der Artikel 15 a-B-VG-Vereinbarung eine Anpassung der Gesellschafterzuschüsse angestrebt.

Sechstens: Die KAGES wird den nach Inanspruchnahme der Gesellschafterzuschüsse und der Darlehen gemäß Punkt eins und vier in den Jahren 2001 bis 2004 verbleibenden Liquiditätsbedarf durch Aufnahme eines Kontokorrentkredites sicherstellen, der nur in jenem Ausmaß in Anspruch genommen werden kann, wie dies bei

sorgfältigsten Bewirtschaftungsmaßnahmen unbedingt erforderlich ist. Für die aus der Aufnahme eines Kontokorrentkredites von maximal einer Milliarde Schilling entstehenden Zinsen wird durch das Land Steiermark der KAGES eine um die Finanzerträge zu vermindernde buchungsfähige Forderung eingeräumt.

Siebentens: Die KAGES ist verpflichtet, die Rechtsabteilung 12 laufend und rechtzeitig über alle im Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdmitteln erfolgenden Maßnahmen zu informieren und die Bezug habenden Unterlagen vollständig und unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.

III. Der nachstehende Gesetzesvorschlag betreffend das Steiermärkische Landes-Forderungsverkaufsgesetz 2002 wird zum Beschluss erhoben.

IV. Die Steiermärkische Landesregierung wird beauftragt, auf Basis des vom Steiermärkischen Landtag am 23. April 1996 beschlossenen, jedoch von der Bundesregierung beanspruchten Gesetzes über die Erhebung von Abgaben für die über den Gemeingebrauch hinausgehende Nutzung der Natur (Steiermärkisches Naturnutzungsabgabengesetz 1996) nach dessen Überarbeitung neuerlich dem Steiermärkischen Landtag so rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen, dass dieses am 1. Jänner 2003 in Kraft treten kann. Ich bitte um Annahme. (11.22 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (11.22 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Liebe Mitglieder der Landesregierung, Damen und Herren des Hohen Hauses!

Kollege Hagenauer hat vorhin so locker geplaudert, so durch den grünen Gemüsegarten, so dass ich ihn darum beneide, ohne Konzept hier so draufzureden. Ich möchte über diese Vorlage mit der Einl.-Zahl 142/1 – quer durch den Gemüsegarten – ein paar Einblicke bringen. Zwei Drittel der Österreicher haben vor Jahren für den Beitritt zur EU gestimmt. (Abg. Gennaro: „Hast du dich zu spät zu Wort gemeldet? Wir sind beim Stabilitätspakt!“) Damit hat die Privatisierung der Post unsere Zustimmung gefunden, damit hat der Schuldenabbau unsere Zustimmung gefunden, damit hat die Verwaltungsabschlankung unsere Zustimmung gefunden und der Stabilitätspakt braucht wie in allen anderen Bundesländern unbedingt seine Zustimmung. Die Schulden, die wir zu entsorgen haben, ist trotz Nulldefizit eine unerbittliche Aufforderung der EU. Und wenn einige von Ihnen mit diesem Schuldenberg sehr unbedeutend umgehen und ihn bagatellisieren, darf ich Ihnen vielleicht in plakativer Form sagen, wie viel Schulden hier in den letzten Jahrzehnten angehäuft worden sind, damit man das einmal ein bisschen begreifen kann. Ich weiß schon, das ist ein alter Schuh, aber ich möchte es trotzdem noch einmal sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Also alle Häuslbauer sind Betrüger, oder wie sehe ich das?“) Eine Million Schilling in 1000-Schilling-Scheinen, das ist ein Paket von 17 Zentimeter Höhe, was sich jeder vorstellen kann, weil es kein unübersichtlicher Betrag ist. Wenn man diese Million Schilling wie zehn Tafeln Schokolade verpackt, kann man die ohne weiteres einstecken und man hat nicht das Gefühl, dass man eine Million Schilling bei sich hat. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Was soll das?“) Eine Milliarde Schilling, das klingt fast so ähnlich, ist aber ein Stapel von 170 Meter in 1000-Schilling-Scheinen, ich nehme die alten Tausender noch einmal her, weil die 17 Zentimeter von einer Million zu den 170 Metern von der Höhe, höher als der Stefansdom, die haben auf einem kleinen Lkw schon gar nicht mehr Platz. Aber jetzt kommt der große Vergleich: Eine Billion oder 1000 Milliarden Schilling ist ein Berg von 170 Kilometer Höhe, meine Damen und Herren. Der Mount Everest, das ist unser höchster Berg auf der Erde, hat ungefähr 8,5 Kilometer Höhe, zwei dieser Berge hätten 17 Kilometer und 20 Mount Everests wären erst eine Billion. Wir brauchen aber für die 2,2 Billionen Schulden, die wir angehäuft haben für 2200 Milliarden Schilling die Höhe von 45 Mount Everests, damit wir das Geld aufstapeln könnten. Diese Menge ist gar nicht in Umlauf. Und noch etwas: Wenn wir den 100-Euro-Schein, der jetzt aufgelegt wurde, mit dem Tausender vergleichen, denn das ist ungefähr die identische Summe. Es gibt für ganz Europa im Umlauf, in den Banken und in den Depots 1,25 Milliarden 100-Euro-Scheine. Das bedeutet, dass diese 125 Milliarden Euro eine Billion und 700 Milliarden Schilling ausmachen, also immerhin noch viel weniger als unser Schuldenberg.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie sich das jetzt vorstellen können. 45 Mount Everests mit 1000-Schilling-Scheinen aufgestapelt und die Zinsen machen auch noch immerhin drei Mount Everesterln dazu aus. Die Rückzahlung dieses Schuldenberges muss aber erst angegangen werden. Und wenn jemand sagt, dass der Schuldenberg eh nicht so weh tut, dann muss man sagen, er ist nur nicht größer geworden. Er ist immer noch da. Und ich will sagen, jetzt müssen wir den Mut und die Kraft haben, diesen Schuldenbergabbau anzugehen. Es wird nicht leicht sein, es wird auch weh tun und alles, was ein bisschen weh tut, merkt man halt. Wenn es nicht weh tun würde, dann könnten wir den Schuldenberg ja locker wieder machen. (Abg. Gennaro: „Die Frage ist nur, wem es weh tut!“) Ich bitte daher, dass dieser Sanierung, diesem Stabilitätspakt wirklich unterstützend zugestimmt wird, damit wir in Österreich wieder atmen können und die soziale Treffsicherheit für die Menschen in unserem Land mit Beihilfen und anderen Förderungen weiterhin erreicht werden kann. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (11.27 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Freund Wiedner, ich werde sehr langsam sprechen, damit du in Blockschrift mitschreiben kannst. (Abg. Wiedner: „Blockschrift muss nicht sein!“)

Meine Damen und Herren, wenn wir heute zum Stabilitätspakt hier im Landtag diskutieren, dann glaube ich, möchte ich auf meinen Vorredner nur insofern eingehen, es ist Fasching und die Rede war sicher faszinierend. Vergegenwärtigen Sie sich diese Situation, 300.000 Arbeitslose verschärfen die Situation in Österreich und es wird mir niemand unterstellen, dass der Herr Dr. Zankl ein Sozialdemokrat ist, aber ich lese sehr aufmerksam die Zeitungen. Und wenn er heute in einer Glosse, in einem Kommentar schreibt, dass die derzeitige Bundesregierung einem Lungenkranken außer Hustenzuckerltn nichts verabreicht hat, dann spricht das Bände.

Ich halte diese Diskussion heute über diesen Stabilitätspakt dem Grundsatz nach, weil es so dramatisch ist, für eine reine Provokation. Die Frau Landeshauptmann, sie ist jetzt nicht da, wie immer bei entscheidenden Dingen, war die Erste – (Unruhe bei der ÖVP.) Ich weiß schon, dass ihr euch aufregt. Herr Präsident, du tust mit-schreiben, wie viele Unterbrechungen ich habe, damit ich das bei der Zeit dann gutmachen kann.

Die Frau Landeshauptmann war die Erste, die ohne Diskussion im Landtag gegenüber dem Bund – wie schon so oft – in die Knie gegangen ist und dem Stabilitätspakt ihre Zustimmung gegeben hat bis auf dann, wo der Herr Finanzminister Grasser so genannten Drohgebärden gestartet hat, weil wir jetzt die Letzten sind, die diesen „glorreichen“ Stabilitätspakt noch nicht abgesegnet haben. Die heutige Landtagsvorlage beinhaltet aber noch zusätzliche Beschlusspunkte, die weit über den zwischen Bund und Land zu vereinbarenden Stabilitätspakt hinausgehen. Die Vorlage umfasst für die Jahre 2003 und 2004 eine weitere Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung, das heißt eine weitere Kürzung um eine Milliarde Schilling. 72,6 Millionen Euro bedeuten, dass für 2001 und 2002 bereits schon 6 Milliarden Schilling vorhanden waren. Weiters umfasst die Vorlage ein neues Wohnbauförderungsverkaufsgesetz sowie ein neues Gesetz, betreffend die Einführung von Naturschutzabgaben, wo Sie wissen, dass die Wirtschaft bereits lauthals aufgeschrien hat. Wir steirischen Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, werden diesem Stabilitätspakt, wie er uns heute vorliegt, sicherlich nicht zustimmen, weil wir die Politik, die im und unter dem Stabilitätspakt steckt, das so genannte Nulldefizit, ablehnen. Dies angesichts einer Erkenntnis, wie ich bereits eingangs gesagt habe, dass auch von Seiten Eurostat die so genannten Budgettricks – Bundesimmobiliengesellschaft, Landesimmobiliengesellschaft – keine Zustimmung finden. Wir werden uns noch anhalten, was sich aus dieser Situation ergibt. Die ÖVP- und FPÖ-Regierung betreibt mit dem Fetisch Nulldefizit, keine Schulden zu machen, nachweislich eine Wende zum Schlechten. Laut Bundeskanzler Schüssel gibt es ja keine Rezession, sondern nur eine Krise auf hohem Niveau. Das kann man deuten wie man will. Ich habe mir die Mühe gemacht im Lexikon nachzulesen, was das Wort Fetisch überhaupt bedeutet. Ein Fetisch ist ein mit magischen Kräften versehener Gegenstand. Viele Religionen glauben an diesen. Offensichtlich hat sich die Politik auch dem bedient. Denn eines ist für die Politiker ein gewaltiger Vorteil: Die Wirksamkeit muss nicht erklärt werden, es genügt nur daran zu glauben. Einer dieser vielen politischen Fetische ist der Glaube, dass ein zu jeder Zeit und in jeder Situation ausgeglichenes Budget stets im Interesse des Landes und seiner Volkswirtschaft liegt. Wenn wir das auf die Betriebe umlegen, meine Damen und Herren, wenn alle nur investieren, ohne Schulden zu machen, dann würde die Wirtschaft in der Form nicht so dastehen. Ohne Zweifel spricht alles dafür, das Budget mittelfristig im Wesentlichen auszugleichen, und zwar mit langfristig haltbaren und verträglichen Maßnahmen. Defizite müssen finanziert werden – das ist uns auch bewusst. Der Staat soll daher bestrebt sein, den Stand seiner Schulden so gering wie möglich zu halten. Defizite sollen eher die Ausnahme sein und jetzt werden Sie sich wundern, wenn es die Konjunktursituation erfordert. Wenn es gut geht, kann ich leicht einsparen. Wenn aber alles den Bach hinuntergeht, dann muss man sich etwas überlegen. Wenn die Gefahr einer Rezession droht, dann wird der Staat rechtzeitig handeln müssen, um die Nachfragen wieder zu beleben. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Stabilitätspakt, wie er beschlossen wurde, verlangt lediglich das Nulldefizit als allgemeines Ziel und damit einen mittelfristig, also über mehrere Jahre ausgeglichenen Staatshaushalt. Maastricht, meine Damen und Herren, gestattet durchaus im Einzeljahr Defizite bis zu 3 Prozent des Bruttonationalprodukts. Im eher unwahrscheinlichen Fall einer sehr starken Rezession darf es sogar etwas mehr sein. Die SPÖ hat bereits 1997 vereinbart, die Budgetkonsolidierung, die begonnen wurde, fortzusetzen durch einen weiteren Schuldenabbau einerseits und andererseits den finanziellen Spielraum bis zu 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bei wirtschaftlichen Krisen aufrechtzuerhalten. Jetzt ist Österreich in einer Krise, aber die Regierung nutzt den Spielraum im Gegensatz zu anderen Ländern nicht und schadet damit dem Wachstum und der Beschäftigung. Die schwarz-blaue Regierung setzt ihren Ehrgeiz in die Erreichung eines Nulldefizits. Keine neue Schulden zu machen wird als Heilslehre zur Lösung aller Probleme versprochen. Das, worauf es ankommt, meine Damen und Herren, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Einkommen der Menschen, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Inflation und Steuerbelastung, freier Zugang zu Bildung und so weiter wurden zweitrangig. Statt Zukunft ohne Schulden hat Österreich nun Schulden ohne Zukunft. Eine selbst auferlegte Nulldefizit-Politik schadet dem Wachstum. Meine Damen und Herren, während die meisten EU-Länder durch öffentliche Investitionen, Sozialausgaben und Steuererleichterungen schon 2001 der Wirtschaftskrise erfolgreich entgegenwirken, blieb Österreichs Regierung untätig und stur an ihrem Nulldefizit hängen. In 13 Ländern der EU wird das Wirtschaftswachstum 2002 höher sein als in Österreich, das heißt, die anderen meistern die Krise besser. In allen EU-Ländern wachsen die Einkommen der Menschen 2002 stärker als in Österreich, das heißt, die anderen tun mehr für Einkommen und Kaufkraft der Menschen. In zehn Ländern der EU steigt die Arbeitslosigkeit 2002 weniger als in Österreich. Auch hier ist klar, dass die Krise großteils hausgemacht ist. Und während immer mehr Länder einen Budgetüberschuss haben, weil durch Wachstum und Beschäftigung auch die Steuern sprudeln, um das so salopp zu sagen, wird die österreichische Regierung auch weiterhin Budgetprobleme haben. Wenn Sie sich die Mühe machen, den „Kurier“ vom 10. Jänner 2002 anzuschauen, dann werden Sie anhand von Grafiken Folgendes sehen: Österreich ist beim Wirtschaftswachstum an vorletzter Stelle, beim Einkommenszuwachs an letzter Stelle, bei der Arbeits-

losenquote an zwölfter Stelle und bei den Steuern sind wir an erster Stelle, meine Damen und Herren. Die EU senkte 2001 die Steuern, Österreich erhöhte sie. Österreich war das einzige Land, das die Steuern in der Stärke erhöht hat, wobei alle anderen Länder auf die Wirtschaftskrise mit Steuerensenkungen reagiert haben. Das Einzige, was der Bundeskanzler gesagt hat, war, wir werden für die Arbeitgeber Erleichterungen schaffen und das natürlich auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit 1999 wurden in Österreich die Steuern um ein Fünftel erhöht. Das heißt daher, die Steuerlast wird im Jahr 2002 zwischen 8 und 9 Milliarden Euro höher sein als 1999. Die Österreicher, meine Damen und Herren, bezahlen die Wende sehr teuer. Wir haben die höchste Steuer- und Belastungsquote der Geschichte, nämlich 45,6 Prozent, meine Damen und Herren. Wir bezahlen mehr, obwohl wir weniger Leistungen als bisher vom Staat bekommen. Diese Steuererhöhungen treffen überwiegend die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenn ich mir das anschau, dann ist die Lohnsteuer im Jahr 2002 um rund 2,6 Milliarden Euro höher als im Jahr 2000 – das sind um 18 Prozent mehr. Viele Beispiele beweisen, dass die schwarz-blaue Regierung eine Politik der sozialen Kälte, der sozialen Ungerechtigkeiten gegenüber den kleinen Leuten macht und Umverteilungen von Arm zu Reich vorgenommen werden. Einige Beispiele möchte ich dazu geben: Belastung der Unfallrenten – ein Drittel gekürzt durch Besteuerung – von 145 Millionen Euro. Den Anteil haben die Dienstgeber als Ausgleich für die Unfallversicherung bekommen; Selbstbehalte für Kranke, Rezeptgebühr erhöht, Kassenleistungen für die Patienten gekürzt; Kürzung des Arbeitslosengeldes – Minister Bartenstein stellt sich hin und sagt, wörtlich im „Kurier“ nachlesbar, wir stellen 807 Millionen Euro für den Arbeitsmarkt zur Verfügung. Das, meine Damen und Herren, stellt nicht die Regierung zur Verfügung, das sind Gelder, die aus der Arbeitslosenversicherung, aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber kommen, aber nicht von der Regierung – damit das auch klargestellt ist; Streichung des Postensuchtages, Urlaubskürzungen und Kürzung der Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen; Sozialabbau unter dem Titel „Soziale Treffsicherheit“ – die Sozialleistungen wurden im Werte von 430 Millionen Euro, das sind fast 6 Milliarden Schilling, weggenommen. Gleichzeitig wurde der Arbeitgeberseite, wie das bereits von Bundeskanzler Schüssel am Sonntag hörbar, eine Senkung der Lohnnebenkosten von 730 Millionen bis 1,1 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Unter dem Strich werden die mittleren und großen Unternehmen sowie die Vermögenden entlastet und durch die Politik von ÖVP und FPÖ etwas reicher, auf der Strecke bleiben die Klein- und Mittelbetriebe, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die sozial Schwächsten. Meine Damen und Herren, moralisch besonders verwerflich ist, dass die Regierung nicht nur die Belastungen ungerecht verteilt, sondern sogar an schwierigen oder sogar an Notsituationen von Menschen verdient – auch dazu einige Beispiele: Die Regierung verdient an Kündigungen und der Arbeitslosigkeit von Menschen, und zwar durch höhere Besteuerung der Kündigungs- und Urlaubsentschädigungen. Die Regierung verdient an den Kranken und Schwerstkranken durch höhere Ambulanzgebühren, Selbstbehalte, Erhöhung der Rezeptgebühr und Kürzung des Krankengeldes. Man hat sich gerühmt, dass man das Krankengeld für die Leute kürzen muss, die eineinhalb Jahre im Krankenstand bleiben können. Das musste auf ein Jahr zurückgenommen werden. Wem es gelingt, dass er ohne Krankheit eineinhalb Jahre im Krankenstand sein kann, dem gehört dann ein Nobelpreis als besten Filmschauspieler verliehen und dem Arzt muss man die Ordination zusperrern, weil er diesem Schauspiel zugeschaut hat – Herr Primarius lacht bereits. Die Regierung verdient an den Einkommenslosen und die Regierung verdient an den Unfallrentnern durch Streichung der Mitversicherung, Studiengebühren und so weiter – auch hierzu ließe sich die Liste sehr weit fortsetzen. Die Regierung verdient auch ganz kräftig an den hohen Energiepreisen.

Meine Damen und Herren! Es werden immer mehr Zweifel am Nulldefizit laut und am Europäischen Stabilitätspakt, der das durchsetzen soll. Jetzt glaube ich aber, ist es nicht mehr an der Zeit und es macht keinen Sinn, an diesem Nulldefizit so festzuhalten, wenn man die von mir bereits aufgezeigten Problematiken kennt. Und das Machtwort, das Eurostat gesprochen hat, auf das bin ich eingegangen, wird uns noch in große Schwierigkeiten bringen und wir werden bedauerlicherweise das miterleben. Wir haben bei den Budgetdiskussionen bei der Budgeterstellung bereits darauf hingewiesen und gesagt, diese Tricks, die angewendet werden, die werden nicht halten und wir werden in Schwierigkeiten kommen. Wir haben in den ersten sechs Monaten im Budget bereits 72,7 Millionen Euro nachbedecken müssen und wir werden auch weiterhin wahrscheinlich ein Nachtragsbudget brauchen, dass wir dementsprechend über die Runden kommen. Und das alles, weil damit die Landesverschuldung in die Höhe schnell und weil Herr Landesrat Paierl, weil widersprochen hat er nicht, obwohl ich mich in manchen Dingen mit ihm gut verstehe, aber Paierl, Klasnic und Co. haben im Zuge des vorliegenden Stabilitätspaktes im Finanzausgleich widerstandslos dieser 3,5-Milliarden-Ablieferung an den Bund zugestimmt.

Herr Landesrat Paierl, haben Sie den Mut, den Steirerinnen und Steirern die Wahrheit zu sagen über diesen Schmä, über das Mogelbudget. Es ist höchst an der Zeit, endlich wieder zu einer ehrlichen Finanzpolitik zurückzukehren. Nehmen Sie auch Abstand von einer Politik des Ausverkaufs und Verscherbelns von Landeseigentum.

Meine Damen und Herren, wir haben bereits mit Mehrheit beschlossen:

Amtsgebäude in Graz verkauft, die Berufsschulen sollen der nächste Schritt sein, die steirischen Amtsgebäude sollen auch wieder verkauft werden. Einspruch Eurostat, setzt man sich darüber hinweg, Herr Landesrat, was passiert nun?

Veräußerung aller Landesbeteiligungen im Tourismusbereich, Schilifte, Thermen und so weiter.

Flughafenverkauf Graz, meine Damen und Herren, im Wissen, dass der Grazer Flughafen eine gute Entwicklung in den letzten Jahren hatte. Das Verkehrsaufkommen hat sich mehr als verdoppelt und wird auch weiterhin ansteigen. Daher ist es wichtig, dass bei so einem Flughafen die öffentliche Hand den politischen Einfluss mit 51 Prozent behält, gegen Beteiligungen hat niemand etwas. Aber noch dazu, wo dieser Flughafen eine wesentliche Funktion als Nahverkehrsdrehscheibe nicht nur für Graz, sondern für den Wirtschaftsstandort und

für die Steiermark hat. Für uns stellt sich ja die Frage, ob bei einer Privatisierung auch weiterhin investiert wird – jetzt kann man sagen, das ist Kaffeesudlesen – oder ob man nur das Geld herausholt, weil zurzeit gibt es eine positive Entwicklung des Grazer Flughafens. Und wenn dann nichts mehr herauszuholen ist von den Privaten, meine Damen und Herren, dann wird sicher wieder die Öffentlichkeit herangezogen werden, man wird es sich nicht leisten können, eine derartige Einrichtung einfach den Bach hinunterschwimmen zu lassen.

Die Bandbreite der Bewertung für diesen Flughafen geht von 560 bis 750 Millionen Schilling. (Abg. Wiedner: „Das ist der nächste Tagesordnungspunkt!“) Ich nehme das gleich mit rein, dann brauche ich nachher nicht mehr gehen, aber ich gratuliere dir zum Verstand. Du hast sehr aufmerksam zugehört.

Es ist volkswirtschaftlich, meine Damen und Herren, unverantwortlich, positive Einnahmequellen herzugeben. Verkaufen kann man nur alles einmal und daher werden wir auch gleich – um das vorweg zu sagen, lieber Kollege Wiedner – diesem Verkauf des Flughafens keine Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Zinsen aus rückfließenden Wohnbadauleihen kommen nicht mehr dem Wohnbau, sondern dem Landeshaushalt zugute, wir haben heute diskutiert, bis hin zum Versuch, eigene Landesstraßen-Finanzierungsgesellschaften zu gründen.

Die Krankenanstalten nur mit einem Satz erwähnt: Die ursprünglich geplante Auslagerung von Schulden in der Höhe von 6 Milliarden konnte nicht durchgesetzt werden. Probleme am Kapitalmarkt haben das Land gezwungen, das selbst in die Hand zu nehmen. Und unterm Strich bedeutet das, dass der Schuldenstand der KAGES, meine Damen und Herren – und hören Sie jetzt genau zu, denn das wird die KAGES zahlen müssen – erhöht sich bis Ende 2004 auf 872 Millionen Euro, das sind 12 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Steigende Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Probleme verlangen ein politisches Eingreifen und ein Gegensteuern. Wenn nicht jetzt, wann dann, meine Damen und Herren? (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich soll man dennoch auch weiterhin, wo es sinnvoll und sozial verträglich ist, sparen. Das ist der feine Unterschied – sozial verträglich. Es geht nicht darum, Geld um jeden Preis beim Fenster hinaus zu werfen. Es fragt sich beispielsweise in dem Zusammenhang, ob wir wirklich Abfangjäger in dieser Größenordnung brauchen. Und zugleich soll man aber sinnvolle zusätzliche Aufgaben auch dann tätigen, wenn das Defizit ein bisschen höher wird. Die mit aller Gewalt unter dem Titel „Strukturmaßnahmen“ betriebenen Schließungen von Bezirksgerichten, Gendarmerieposten, Finanzämtern und, und, und werden wir sicher nicht mittragen. Einem großspurig angekündigten Nulldefizit – auf Kosten der Steuerzahler –, meine Damen und Herren, zum Leidwesen unserer Bevölkerung werden wir nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.) Schon dann nicht, wenn ein Nulldefizit, das tausende – das ist nachweislich – Österreicher und Österreicherinnen und Steierinnen und Steirer um ihren Arbeitsplatz bringt und unser Land in eine unnötige stärkere Rezession steuert.

Erzeugen wir gemeinsam den Widerstand gegenüber dem Bund. Und ich habe ein bisschen aus der Zeitung herausgelesen, dass es bei den Freiheitlichen auch nicht alles so Liebe und Washtag ist, dass sie bereits auch beginnen nachzudenken, ob das alles in Ordnung ist. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel der ÖVP, das ist in der „Kronenzeitung“ heute zu lesen. Ich erwarte mir, meine Damen und Herren, dass auch diese aufgezählten Punkte, die ich vorgetragen habe, hier dieses Land, auch wenn Sie unterstellen, dass in Wien Sozialdemokraten im Parlament den Stabilitätspakt mit beschlossen haben, wir sind steirische Abgeordnete, wir sind für die Steiermark verantwortlich und ich ersuche und appelliere an Sie, dass Sie diesem vorliegenden Stabilitätspakt aus Gründen der Rezession und der Problematik, die ich aufgezählt habe, heute Ihre Zustimmung verweigern. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.46 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Klubobmann Lopatka, dann Lechner-Sonnek.

Abg. Dr. Lopatka (11.46 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach meinen beiden Vorrednern möchte ich kurze Anmerkungen zu beiden machen. Ich bin Abgeordnetem Ferstl sehr dankbar, dass er sehr eindrucksvoll und plastisch dargestellt hat, in welchem Zustand von der Regierung Schüssel I diese Republik übernommen worden ist, denn wir waren Schlusslicht europaweit. Wir waren Schlusslicht europaweit, was den budgetären Zustand unserer Republik betrifft. Und ich darf auch eines deutlich sagen zum Kollegen Gennaro, wir hätten viel weniger Probleme jetzt beim Stabilitätspakt, hätten wir nicht diese Republik nach 30 Jahren mit SPÖ-Bundeskanzlern und 30 Jahren mit SPÖ-Finanzministern mit einem Schuldenstand übernommen, dass wir 100 Milliarden nur an Zinsen zu zahlen haben. (Beifall bei der ÖVP.) 100 Milliarden, das ist der Zinsendienst allein! Das war das Ergebnis von 30 Jahren SPÖ-Bundeskanzlern und 30 Jahren Finanzministern. (Abg. Gennaro: „Der Schuldenberg mit ÖVP-Beteiligung. Das ist Kindesweglegung!“) Und weil heute die 300.000 Arbeitslosen vom Kollegen Gennaro angesprochen worden sind. Kollege Gennaro, Gott sei Dank sind es nicht ganz 300.000. Aber 1997 – und du hast dieses Jahr angesprochen – unter einem SPÖ-Bundeskanzler hatten wir eine höhere Arbeitslosenzahl. (Abg. Schrittwieser: „Wir werden dir das alles widerlegen, lieber Freund!“) Damals hielt sich die Aufregung der Sozialdemokraten hier in Grenzen. Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel. Aber tun wir nicht so, als ob wir jetzt eine Krise hätten, die es vorher nie gegeben hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Gott sei Dank – und hören Sie auf den steirischen Wirtschafts- und Arbeitsminister – Gott sei Dank ist es so, dass wir hier die Talsohle durchschritten haben und dass die Konjunktur – und alle Indikatoren deuten darauf hin – wieder anspringen wird. Und der Stabilitätspakt ist hier ein wesentlicher Beitrag, dass durch geordnete Finanzen und durch langsam sinkende Zinsendienste endlich wieder mehr Geld für Investitionen, und nicht für Zinsen seitens der Republik bereitgestellt werden muss. Das möchte ich Ihnen sehr deutlich in Ihr Stammbuch schreiben! (Beifall bei der ÖVP.)

Der Nationalrat hat also am 22. November 2001 diesen Stabilitätspakt beschlossen. Und wenn wir heute hier im Steiermärkischen Landtag hoffentlich mit einer breiten Mehrheit dem Stabilitätspakt unsere Zustimmung geben, dann ist österreichweit (Abg. Schrittwieser: „Es wird eine schwarze Stunde für dieses Land sein, lieber Freund!“) ein Hauptpunkt der Regierung Schüssel I auf die Schiene gebracht, nämlich „Keine neuen Schulden machen – Schwarze Zahlen statt roter Ziffern“. Und dieser Beschluss setzt hier bei den Bundesländern einmal einen Abschluss. Denn alle anderen Bundesländer haben auch mit Zustimmung von Sozialdemokraten ihr Ja zum Stabilitätspakt gegeben, um den Zielsetzungen der Europäischen Union, hier europaweit zu einem stabilen europäischen Arbeits- und Wirtschaftsmarkt zu kommen, auch von österreichischer Seite hier ein klares Ja zu geben und auch von unserer Seite einen Beitrag zu leisten. Daher haben alle Bundesländer und auch Städte- und Gemeindebund und der Städtebund ist ja bei Gott nicht ÖVP-nahe, diesem Stabilitätspakt deutlich ihre Zustimmung gegeben. Alle Bundesländer leisten ihren Beitrag und so auch wir, nicht mehr und nicht weniger als die anderen. Die Steiermark hat einen Anteil von 241 Millionen Euro oder 3,3 Milliarden Schilling zu leisten. Das sind 14 Prozent und entspricht unserer Größe und unserer Finanzstärke. Wir sehen uns als Teil des Ganzen, und da unterscheiden wir uns schon von der SPÖ im Haus, die seit dem 15. Oktober 2000 nur mehr in einer reinen Oppositionspolitik ihre Rolle sieht. (Abg. Schrittwieser: „Herr Kollege Lopatka, das ist nicht Opposition, das ist Schadensbegrenzung!“) Wir melden uns von unserer Verantwortung sicherlich nicht ab, auch dann nicht, wenn es schwierig wird. Sie machen es sich hier sehr einfach, meines Erachtens zu einfach. Sie sitzen zwar in der Regierung und das ganz gerne mit drei Vertretern, zwar alle mit einem baldigen Ablaufdatum versehen, aber Sie tun seit eineinhalb Jahren nichts anderes mehr als Nein zu sagen, Nein zu sagen und noch einmal Nein zu sagen. Sie spielen Opposition. Würden wir das auch machen, dann würde es dem Land wirklich schlecht gehen. Aber wir machen das Gegenteil: Wir nehmen auch dann unsere Verantwortung wahr, wenn es schwierig ist und zweifelsohne ist die Steiermark in keiner leichten Situation. Als Herbert Paieryl in der Regierung Klasnic II das Finanzressort übernommen hat, hatte er kein leichtes Erbe anzutreten. Vergessen Sie nicht, dass Sie von 1945 bis 2000 das Finanzressort inne hatten. Wie war das auf dem Taferl, Kollege Gennaro? „Mein Name ist Hase oder so!“ Von 1945 bis 2000 hatten Sie das Finanzressort. (Abg. Schrittwieser: „Kein einziges Budget wurde ohne ÖVP beschlossen!“) Nochmals: Als Herbert Paieryl erster Finanzreferent seitens der steirischen Volkspartei wurde, hatte er ein schweres Erbe anzutreten. Da haben Sie Recht. Die Steiermark war das einzige Bundesland, welches ein Maastricht-Defizit 2000 ausgewiesen hat, während alle anderen Bundesländer einen Überschuss ausweisen konnten. Ressel, der kurze Zeit wieder geglaubt hat, dass er auch im Nachfolgespiel eine wesentliche Rolle hat, der jetzt aber wieder von der politischen Bühne verschwunden ist, hat hier einerseits ein Budget und einen Finanzzustand hinterlassen, der Herbert Paieryl nicht in die Poleposition gebracht hat, sondern er musste vom letzten Startplatz aus in das Rennen gehen. (Abg. Wiedner: „Aus der Box!“) Er musste beinahe aus der Box starten. Danke. Zwei Punkte kommen noch dazu: Das Wirtschaftsforschungsinstitut, meine Damen und Herren, hat im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes eine Studie in Auftrag gegeben – und das möchte ich auch der SPÖ sagen. Diese Studie hat ergeben, dass die Steiermark österreichweit das einzige Bundesland ist, wo die Gemeinden vom Land mehr Geld erhalten als umgekehrt die Gemeinden an das Land abführen. Das gibt es in keinem zweiten Bundesland. Wir sind das einzige Bundesland, Kollege Dörflinger, wo die Gemeinden keinen Groschen zu unserer Spitalsfinanzierung beitragen müssen. Das müssen wir auch deutlich sagen. Wir sind auch solidarisch unseren Gemeinden gegenüber in einem Ausmaß, wie es in einem anderen Bundesland nicht der Fall. Ein zweiter Punkt kommt dazu:

Diese Studie, Kollege Prattes, weil du kennst dich bei Stadtfinanzen aus, umfasst alle Bereiche. Die Kindergärten sind aber ein kleiner Bereich im Vergleich zu den Spitälern. Das müsstest du eigentlich wissen. (Abg. Prattes: „40.000 Schilling pro Kind!“) Wir brauchen Milliardenbeträge für die Spitäler. Seit Landeshauptmann Waltraud Klasnic im Amt ist, geben wir erstmals mehr als eine halbe Milliarde für Kinderbetreuung insgesamt aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Kindergärten mit Spitälern zu vergleichen ist immer ein gutes Geschäft, wenn ich sage, die Gemeinden haben für die Finanzierung der Spitäler Sorge zu tragen und umgekehrt wir vom Land übernehmen die Kinderbetreuung, um das ganz deutlich zu sagen. Ein zweiter Punkt: Kollege Schrittwieser, es freut mich, dass du wieder da bist. (Abg. Schrittwieser: „Es entgleitet euch alles. 2003/2004 wird der Kollege Paieryl sehen, dass das alles nicht klappt!“) Dieser Punkt müsste gerade dir als Obersteierer ein ernster Punkt sein. (Abg. Schrittwieser: „Wir würden ihm gerne helfen, aber er nimmt es ja nicht an!“) Leider ist es so, dass dort, wo die Hochburgen der SPÖ sind, wir einen besonderen Bevölkerungsrückgang haben. Die östliche Obersteiermark ist leider österreichweit jene Region, wo wir auch schon in den letzten Jahren den größten Bevölkerungsrückgang hatten. Das führt natürlich zu Einnahmenverlusten. Wir haben zuletzt schon 29 Millionen Euro verloren und werden leider auch in Hinkunft weitere Einnahmenverluste haben. Daher auch die Aktion, die Gott sei Dank von der Landesregierung mitgetragen wird, um mit „KINDERLEBEN“ eine Gegenbewegung einzusetzen. Hoffentlich sind wir erfolgreich, denn – ich wiederhole mich – wir sind in keiner einfachen Situation. Landesrat Paieryl als Finanzreferent hat hier ein schwieriges Erbe anzutreten gehabt. Wir versuchen aber, in allen Bereichen Maßnahmen zu setzen und es gibt dabei für uns keine Denkverbote, Maßnahmen, die zur Sicherstellung der Erfüllung unserer Verpflichtungen im Stabilitätspakt erforderlich sind. Das sind schwierige Herausforderungen – das möchte ich nicht in Abrede stellen: In der Krankenanstaltenfinanzierung, bei den Liegenschaftsverkäufen oder auch beim Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen. Hier gehen wir sehr verantwortungsbewusst vor. Heute um 9 Uhr hat Landesrat Gerhard Hirschmann mit den Fürstenfelder Vertretern einen Schritt setzen können, der – und ich bin schon gespannt, ob er auch bei den Sozialdemokraten die Zustimmung findet – natürlich die Region stärkt, aber auch dem Land jene Mittel bringt, die wir brauchen, um auch in Zukunft in Infrastrukturprojekte, in Tourismus-

projekte investieren zu können. Wenn Sie hier, das entspricht aber Ihrem allgemeinen Zustand, zu allem Nein zu sagen, einfach vom Verscherbeln reden, vom Nullenschmäh und so weiter und keinerlei konstruktive Vorschläge machen, dann müssen wir eben allein diese Arbeit bewältigen. Wir denken aber natürlich auch darüber nach, wie wir zu Einnahmverbesserungen kommen können, um so jene Verluste auszugleichen, die wir natürlich durch den Finanzausgleich auch haben. Das erfolgt bei uns schon aus unserer Grundeinstellung heraus, dass wir Verantwortung für dieses Land haben. Dabei ist aber unsere oberste Maxime, dass die Steiermark keinen Standortnachteil haben darf. Daher ist es für uns überhaupt kein Problem, dem Entschließungsantrag der FPÖ in diesem Zusammenhang unsere Zustimmung zu geben, weil dieser Entschließungsantrag genau das sagt, was Landesrat Herbert Paiert in seinem Regierungssitzungsstück auch festgehalten hat. Wenn wir dabei über neue Einnahmelmöglichkeiten nachdenken, Stichwort Naturnutzungsabgabe, dann und nur dann, und ich wiederhole mich, wenn die Steiermark keinen Standortnachteil hat. Wir stehen zu diesem Stabilitätspakt, der vorsieht, dass die Mitgliedsstaaten entweder einen ausgeglichenen Haushalt haben oder sogar einen Überschuss erzielen sollen. Ich darf jedoch deutlich darauf hinweisen, dass die Grundanlage dieser Politik auf europäischer Ebene zu einer Zeit erfolgt und unterzeichnet worden ist, als ein SPÖ-Kanzler in Österreich unsere Bundesregierung dort präsentiert hat. Zwölf der 15 Regierungschefs, die diese Politik eingeleitet haben, waren Sozialdemokraten oder Sozialisten und das waren keine bösen Konservativen. Daher sage ich Ihnen, die Politiker in der SPÖ, die ihre Verantwortung ernst nehmen, wie der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Dr. Häupl, bekennen sich zu diesem Stabilitätspakt. Ich darf Häupl zitieren: Wien wird darstellen, dass man die angestrebten Stabilitätskriterien erfüllen und trotzdem alle wichtigen Politikbereiche finanzieren kann. Wir bekennen uns zu den eingegangenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere auf Grund des EU-Beitritts. Da gibt es kein Herumreden. Das sagt Häupl. (Beifall bei der ÖVP.) Ich könnte jetzt auch unseren Nachbarn aus dem Burgenland zitieren, den Burgenländischen Landeshauptmann. Selbstverständlich hat auch er sich zum Stabilitätspakt bekannt. Sie suchen aber Ihr Heil in der Fundamentalopposition. Es fällt Ihnen nichts anderes ein. Wollen Sie wirklich, dass Österreich so endet wie Deutschland oder Portugal? Wir wollen in Europa nicht an den Pranger gestellt werden, wie Schröder zurzeit am Pranger steht. (Abg. Schrittwieser: „Deutschland hatte 16 Jahre CDU, das war zu lange!“) „Rüffel für Budgetsünder Deutschland“, hieß es letzte Woche. EU-Finanz- und Wirtschaftskommissär Pedro Solpes empfahl dem Finanzministerrat, Deutschland und Portugal wegen ihrer hohen Budgetdefizite zu warnen. Die deutsche Wirtschaft ist im abgelaufenen Jahr nur um 0,75 Prozent gewachsen. Ein Nulldefizit will Deutschland erst 2006 erreichen. Nun kam also der „Blaue Brief“. Ja, wollen Sie, dass auch nach Österreich der „Blaue Brief“ kommt? Wir wollen das sicher nicht. Und ich sage Ihnen eines, die Ära Schröder zeigt wieder eines sehr deutlich: Sozialdemokraten mögen vieles können, nur wirtschaften können sie ganz sicher nicht. Das sage ich Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wollen, dass Österreich diese peinliche Rüge erspart bleibt. Und daher ist es unabdingbar, zu dieser dauerhaften Budgetkonsolidierung auch unseren Beitrag zu leisten. Ich sage Ihnen eines, mir ist schon klar, wenn ich nur in Personalstreitereien hängen bleibe, habe ich keine Zeit für konstruktive Politik, Kollege Schrittwieser. Denn es vergeht ja keine Woche, wo ihr eurer Hauptbeschäftigung nachkommt, nämlich eigene Personaldebatten zu führen. (Abg. Gennaro: „Was würdest du uns erzählen, wenn das nicht stattfinden würde? Du wärst wortlos!“) Begonnen hat das, Kollege Gennaro, du warst ja auch immer gerne mit beteiligt, hast ja auch dich einmal ins Gespräch bringen wollen. Nur, es ist leider nie so weit gekommen, dass du ernsthaft in die Ziehung gekommen wärest. Aber wir haben dich ja lieber hier auf der Abgeordnetenriege und ich hoffe, dass du einer jener Charismatiker bist – (Abg. Stöhrmann: „Typisch Lopatka, wenn ihm nichts anderes einfällt, dann greift er in die unterste Schublade!“) Nicht aus der Schublade! Warum werdet ihr so nervös? (Unruhe bei der SPÖ.) Freunde, Faktum ist es, Kollege Stöhrmann, Faktum ist es, dass euer Noch-Vorsitzender (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Lopatka!“) sich selbst mit einem Ablaufdatum versehen hat und dass er seit dem 15. Oktober 2000 die Arbeit verweigert. Nur, er hat einen Vorteil: Er befindet sich im Vorruhestand bei vollen Bezügen, denn bitte vom 15. Oktober bis Anfang Juli, da hatten wir mehr als 100 Stunden Debatten hier im Haus, hat er ganze fünf Minuten und 13 Sekunden gesprochen. In den Ausschüssen – Schachner-Blazizek – (Abg. Wiedner: „Mich hat er immer gestört!“) erst in der letzten Sitzung – in den Ausschüssen, wo die Arbeit passiert, hat er sich überhaupt verschwiegen. So lange beleidigt zu sein bei einer derartigen Gage, das ist eine Zumutung für die Bevölkerung. Dass danach auch noch Günter Dörflinger sich verabschiedet hat, ohne Vorruhestand, muss ich sagen, passt genau in Ihr Bild. (Abg. Schrittwieser: „Ist das der Stabilitätspakt?“) Genau, das ist die Stabilität, die euch fehlt. Das hat sehr viel mit dem Stabilitätspakt zu tun. Wir sind die einzig stabile Kraft hier. Diese Stabilität fehlt euch eben. (Beifall bei der ÖVP.)

Und daher, da ihr ja – ich will nicht sagen – in Auflösung begriffen seid, aber viele von euch Vorruhestand als Lieblingswort mittlerweile haben, Pöschl, letztes Wochenende, hat gesagt, mit 53, es ist Zeit für den Vorruhestand und Kurt Flecker wollte nicht den Vorruhestand. Aber Franz Voves war schneller zur Stelle als es ihm lieb war und hat ihm auch vorgerechnet, dass er ab 2004, eigentlich schon ab 2003 reif ist für den Vorruhestand. Nun sage ich Ihnen das sehr deutlich, weil Sie durch Ihre ständigen Personalquerelen keinen Beitrag zur sachlicher Arbeit mehr im Lande leisten. Und daher sage ich Ihnen, sind wir sehr froh, dass dieser Zustand hoffentlich bald ein Ende findet! Mit Ihrem neuen Vorsitzenden dann, Mag. Franz Voves, wird hoffentlich die SPÖ nach einer langen Phase, wo Sie zwar in der Regierung mit einem Drittel der Regierungsmitglieder waren, aber außer Njet nichts über die Lippen gebracht haben, keinen konstruktiven Beitrag geleistet haben, sondern nur mit sich selbst und mit Ihrer eigenen Nabelschau beschäftigt waren, dass Sie hoffentlich wieder zur Arbeit zurückfinden, nämlich als Regierungsfraktion. Kollege Schrittwieser, ich spreche von der Regierungsfraktion, denn Sie sind ein Teil der Regierung. Sie haben eine andere Rolle vom Wähler zugewiesen bekommen als die Grünen. Die sind nur in

die Opposition gewählt worden. (Abg. Schrittwieser: „Gott sei Dank!“) Sie sind aber auf Grund unserer Verfassung auch in die Regierung gewählt worden. Vergessen Sie das nicht! Das ist der Unterschied. Die Steirer und Steirerinnen wollten, dass Sie auch Regierungsverantwortung tragen. Sie verweigern das bis zum heutigen Tag. Daher hoffen wir, dass ab März auch bei Ihnen wieder einmal ein Frühling einzieht und Sie dann auch wieder verantwortungsvolle Regierungspolitik machen und dann werden Sie ja auch, wenn wir das heute auch nur mit unseren Stimmen und den Stimmen der freiheitlichen Fraktion beschließen werden, insgeheim durch Ihre Politik im Interesse des Landes diesen Stabilitätspakt unterstützen. Heute hat es den Anschein, dass wir mit Ihren Stimmen nicht rechnen können. Wir sagen aber Ja zu diesem Stabilitätspakt. Es wird schwierig sein, alles auf die Schienen zu bringen. Leichter wird es, wenn Sie wieder zur Arbeit zurückkehren. Darum ersuche ich Sie! (Beifall bei der ÖVP. – 12.05 Uhr.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro gemeldet. Herr Abgeordneter Gennaro, bitte zur tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Gennaro (12.05 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn der Herr Klubobmann Lopatka in seiner bekannten Art und Weise unter dem Motto – das muss ich wiederholen – „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!“ – 14 Jahre Regierungsbeteiligung, der Schuldenberg der Regierungsbeteiligung der ÖVP, wo ihr nicht zaghaft gewesen seid, ist so gestiegen in der gemeinsamen Situation, das ist eine Statistik, die kann man nachlesen. (Abg. Tasch: „Wer war Finanzminister?“ – Allgemeine Unruhe.) Alle Regierungsbeschlüsse, ihr könnt schreien, wie ihr wollt, eure Platte geht nicht rein, alle Regierungsbeschlüsse sind einstimmig gefasst worden, auch was die Schuldenpolitik betrifft. (Präsident: „Herr Abgeordneter, es war die Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung!“) Ja, er hat behauptet, Herr Präsident, wenn Sie das mitverfolgt haben, dass durch die SPÖ der Schuldenberg entstanden ist und Sie werden mir zugestehen, dass ich das erläutere und berichtige, noch dazu weil er auch gemeint hat, Herr Präsident – der zweite Punkt – im Land, wir hätten so quasi das Maskottchen „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“ unter der Zeit, wo Landesrat Ressel und wo die Sozialdemokratie für das Budget verantwortlich waren. Meine Damen und Herren, das dürftet ihr schon vergessen haben, dass wir bereits das Absenken der Schulden eingeleitet haben, dass vom Bundesrechnungshof im Bericht bereits das anerkannt wurde, dass bitte das Wirtschaftsförderungsinstitut Prof. Lehner bestätigt hat, dass wir diesen Weg fortgehen sollen. Also sagt bitte nicht, wir wollen das verschleiern, wir haben das vergessen. Meine Damen und Herren, die Stunde der Wahrheit wird noch kommen. Und auch im Land, lieber Herr Lopatka, was Schulden betrifft, ich bekenne mich dazu, die Schulden sind einstimmig beschlossen worden. Die Budgets sind einstimmig beschlossen worden, immer zum Wohle der Steirerinnen und Steirer und daher ist es unverfroren, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen, sich da laufend herauszustellen, den Unwissenden zu spielen. Jugend – du bist noch relativ jung – Jugend ist eine Krankheit. (Abg. Dr. Lopatka: „Danke!“) Relativ jung habe ich gesagt – Jugend ist eine Krankheit, die von Tag zu Tag besser wird. Vielleicht wirst du auch besser in deinen Aussagen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich nun die Frau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort. Frau Abgeordnete, bitte!

Abg. Lechner Sonnek (12.08 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mir ist entgangen, dass auf der Tagesordnung gestanden ist, „Kommentar zur SPÖ-Personalpolitik“ oder dass der Tagesordnungspunkt heißt: „Wer ist mehr schuld, Schwarz oder Rot?“ Was werden Sie, Herr Kollege Lopatka, tun, wenn Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner nicht mehr im Landtag ist? Das frage ich mich wirklich. (Abg. Dr. Lopatka: „Da fällt mir schon etwas ein!“) Ja, ich hoffe! Und ich hoffe, es fällt Ihnen dann mehr ein als heute zu dieser Sache, wo Sie eigentlich außer Emotionen zu schüren vorwiegend gegen die SPÖ nichts eingebracht haben, keine Sachargumente. (Abg. Tasch: „Sind Sie die Generalsekretärin von der SPÖ, Frau Kollegin?“) Eine gute Anregung haben Sie mir geliefert. Sie haben gesagt, Schüssel I. Ist das ein Hinweis auf eine Bewusstseinspaltung? Gibt es auch Schüssel II, der sich gelegentlich daran erinnert, dass er, bevor er Kanzler war, Vizekanzler war? Dass er mitverantworten hat die Situation, in der sich Österreich befindet? (Beifall bei der SPÖ.)

Andreas Khol hat gestern, ich habe es im Fernsehen gesehen, gesagt, die Wende hat sich durchgesetzt. 70 Prozent der Vorhaben dieser Regierung sind ausgeführt. Und ich sehe da einen ganz engen Zusammenhang zu unserer Diskussion hier. Denn der Begriff „Stabilitätspakt“ ist in diesem Zusammenhang ein unglaublich aussagekräftiger Begriff. Es geht nämlich um einen Pakt, in dem die Steiermark der Bundesregierung die Stange halten soll. Die Steiermark soll mittragen eine Budgetpolitik, die sich das Geld von den kleinen und mittleren Einkommen holt, die noch nie so belastet waren wie heute, die Pensionistinnen und kranke Menschen auch nicht schont. Das ist eine Budgetpolitik, die sich ungeniert aus Töpfen bedient, zum Beispiel aus dem Topf der Arbeitslosenversicherung, und das in einer Zeit, wo wir, Herr Kollege Gennaro hat es vorher schon erwähnt, Arbeitslosenzahlen haben wie schon seit Jahren nicht mehr. Es ist kein Ende, keine Verbesserung in Sicht. Die 300.000-Schwelle ist fast erreicht. Wir sehen uns in dieser Situation – zum Beispiel Abschöpfung des Arbeitslosenfonds oder der Arbeitslosenversicherung – in der Lage, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgehöhlt wird und dass Projekte, die in diesem Bereich tätig sind, zusperrt werden müssen. Die Steiermark soll eine Budgetpolitik unterstützen, die ganz unverfroren mit Tricks versucht, Konsolidierung vorzutauschen, wo in Wirklichkeit neue Verbindlich-

keiten in unabsehbarer Höhe und mit wirklich unabsehbaren Konsequenzen eingegangen werden. Länderüberschüsse und Gemeindefullverschuldung müssen helfen, das Budget insgesamt abzusichern, in Wirklichkeit aber das Bundesbudget zu stützen. Herr Kollege Gennaro hat vorhin von einem Fetisch in Bezug auf den Begriff Nulldefizit gesprochen. Ich habe den Begriff Ersatzreligion in diesem Zusammenhang recht gerne. Der Begriff Nulldefizit ist zum obersten politischen Ziel erklärt worden. Und diese Politik wird mit dem Begriff Sparen umschrieben und begründet damit, dass es lange eine soziale Misswirtschaft gegeben habe und der Schuldenberg der vergangenen Jahre abzubauen ist. Ich darf Sie nochmals daran erinnern, Kollege Wiedner, dass auch die ÖVP in den letzten Jahren in der Regierung war. Es kann sich also nicht nur um einen sozialistischen Schuldenberg handeln. Auf diese Argumentation wird aufgebaut die Annahme, dass Staat und Länder nur mit der Sanierungsvariante Nulldefizit in der Lage sind, den finanziellen Bankrott und damit den gegen Null gehenden politischen Gestaltungsspielraum abzuwenden. Es wird also jetzt alles so dargestellt, dass es zum Kurs der Bundesregierung keine Alternative gibt, dass alle gleichermaßen betroffen seien und dass mit der Steuerreform 2003 alles ganz anders werden wird. Die Steiermark ist drauf und dran, der Bundesregierung in dieser Weise die Stange zu halten, auch diesmal wieder, wenn es um das Ausbügeln bundespolitischer schwerer Budgetfehler geht. Die Bundesregierung hat offensichtlich kein Problem damit, sich aus den Taschen der Arbeitnehmerinnen, der Pensionistinnen, der kranken Menschen zu bedienen, um einnahmenseitig das Budget zu stabilisieren und aufzufrischen. Sie hat jedoch, und das ist sehr erstaunlich und ganz interessant, große Hemmungen, wenn es um große Einkommen geht. Impulse, über Stiftungen und ihre Besteuerung nachzudenken, sind im Keim erstickt worden. Sie alle können sich erinnern, es war Bundesminister Grasser selbst, der das einmal zur Diskussion gestellt hat. Er ist aber erstaunlich schnell zurückgepiffen worden. Vermögensbesteuerung in Österreich ist EU-weit so niedrig wie kaum eine andere. Herr Flick dankt es uns, indem er nach Österreich gezogen ist und in Kärnten lebt. Er kann es sich aussuchen, wo er lebt, viele andere nicht und viele andere sollen auch nicht gezwungen werden, woanders hinzugehen, weil hier Politik so verantwortungslos gemacht wird. Die Bundesregierung gibt aber an anderer Stelle gerne Geld aus, zum Beispiel im Bereich Kindergeld und im Bereich Abfangjäger. Gerade in Bezug auf die Abfangjäger ist die Sinnhaftigkeit dieser Anschaffung von vielen Institutionen und vielen Seiten in Frage gestellt worden. Gerade für die Steiermark ist im Übrigen nicht nur ein großes Maß an Belastung in Bezug auf Lärm und Abgase zu erwarten, sondern es ist auch ein neues Bedrohungsszenario im Entstehen. Sie alle wissen, dass Angriffe, wenn sie erfolgen, besonders dort erfolgen, wo es militärische Stützpunkte gibt. Das alles wird mitgetragen bei einem Stabilitätspakt, den die Steiermark unterschreibt, bei einem Ja zu diesem Stabilitätspakt. Nun zur Steiermark: Herr Klubobmann Lopatka, Sie haben vorhin gesagt, es hat einen Bevölkerungsrückgang in der östlichen Obersteiermark gegeben. Das stimmt und wir haben auch schon öfters darauf hingewiesen. Ich frage mich nur, wer hat denn hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik gemacht? Ist das ganz ohne die ÖVP passiert? Sie sagen auch, die Steiermark ist das einzige Bundesland, das in den letzten Jahren ein Maastricht-Defizit eingefahren hat. Wir haben schon bei der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass das eine Sache war, die nicht nur Landesrat Ressel in einem unglaublichen Alleingang gemacht hat, auch er hat seinen Anteil daran, auf jeden Fall und das will ich überhaupt nicht vom Tisch wischen, sondern auch die ÖVP hat hier noch jedes Budget mitgestaltet und mitbeschlossen. Die ÖVP muss sich selber fragen, inwieweit sie mit Großprojekten, mit großen Mitteln, die sie in das Selbstabfeiern gesteckt hat, zu dieser Situation beigetragen hat. Die budgetäre Situation in der Steiermark, die Gegenstand dieses Stabilitätspaktes ist, steht auf sehr tönernen Füßen. Wir alle wissen das. Gerade in den letzten Tagen ist überall in allen Medien zu lesen gewesen, dass Eurostat diese Konstruktion Bundesimmobilien-gesellschaft nicht anerkennt. Sie erkennt nicht an, dass die Verkaufserlöse defizitminimierend nach Maastricht gesehen werden können. (Abg. Wiedner: „Das war ja nie geplant!“) Herr Kollege Wiedner sagt, das war nie geplant. Das finde ich unheimlich erheiternd. Das war sehr wohl geplant. Denn das ist die eigentliche Sinnhaftigkeit der Errichtung der Bundesimmobilien-gesellschaft und der Landesimmobilien-gesellschaft. Herr Kollege Wiedner, Sie können sicher sein, ich kenne mich in diesem Bereich aus.

Diese Transaktionen sind, sagt Eurostat, nicht als Verkauf am Markt zu werten, sondern als Neuordnung staatlicher Immobilien, ein Trick sozusagen. Und dieser Trick wird uns in Brüssel nicht abgenommen. Österreich muss sogar die vorgelegten Budgetzahlen für das Budgetjahr 2000 revidieren, sagt der Generaldirektor von Eurostat. „Beim Schwindeln ertappt“, haben die „Salzburger Nachrichten“ in den letzten Tagen getitelt – das ist sehr treffend. Es macht auch keine Freude und das will ich Ihnen auch nicht verhehlen, so Recht zu behalten. Wir haben bei der Budgetdebatte vor einem dreiviertel Jahr schon deutlich darauf hingewiesen, dass das eine sehr unsichere Sache ist, ganz abgesehen davon, dass es noch andere Aspekte gibt, wenn man an die Landesimmobilien-gesellschaft und ihre Gründung denkt. Das Land Steiermark hat beinahe ein Drittel des Konsolidierungsbeitrages an den Bund als Erlöse in dieser Hinsicht aus der Landesimmobilien-gesellschaftsgründung geplant. Was wird nun, und das ist eine ehrlich gemeinte Frage an Sie, Herr Landesrat, sein, wenn es dabei bleibt und es wirklich dazu kommt, dass die Landesimmobilien-gesellschaft in dieser Hinsicht nicht als maastrichtwirksam angesehen wird? Ich hoffe stark, dass Sie ein guter Wirtschaftler sein werden – Herr Lopatka hat das vorhin bei den SPÖlern in Abrede gestellt. Wir werden sehen, wie gut unser Finanzlandesrat beim Wirtschaften ist. Was werden Sie tun, und das ist eine ernst gemeinte und keine zynische Frage, wenn das nicht aufgeht? Was ist das andere Szenario? Ich will Ihnen sehr wohl positiv unterstellen, dass Sie sich mehrere Szenarien erarbeitet haben, denn alles andere wäre verantwortungslos gewesen. Die Landesimmobilien-gesellschaft ist nicht die einzige Gesellschaft, die Sie gerne gründen wollen. Es gibt ein gewisses Gründungsfieber zu konstatieren: das Landesstraßenprojekt VIG – Verkehrsimmobiliengesellschaft oder wie auch immer das Ding heißen soll, wo Ausgaben für Landesstraßen offensichtlich mit Darlehensaufnahmen bedeckt werden sollen, die allerdings über die Mittel zur Erhaltung der Bundesstraßen zurückgezahlt werden sollen. Da stellt sich schon die Frage, wie ist das mit

solchen Mitteln? Sind sie zweckgebunden? Wie ist das mit Gesellschaften und inwieweit sind sie demokratiepolitisch überhaupt noch beeinflussbar? In Wirklichkeit sind all diese Dinge, all diese Immobilien und die Verfügung darüber der demokratiepolitischen Kontrolle vollständig entzogen. Und das ist ein ganz gravierender Punkt, warum die Grünen diese Konstruktion ablehnen. Nicht nur, dass Eurostat dagegen ist, sondern das ist ein Minimieren der demokratischen Möglichkeiten in diesem Land. Dem werden die Grünen nie zustimmen. (Abg. Wiedner: „Bei Ihrer Rede steht der alte Karl Marx auf!“) Wer wird in den nächsten Jahren entscheiden, was zum Beispiel mit den Landesimmobilien geschehen wird? Wer wird entscheiden, ob verkauft oder gekauft wird, ob die Immobilien mehr werden oder weniger werden, was verkauft wird und was gekauft wird? Solche Dinge sind doch sehr bedeutend für die Steiermark. Üblicherweise werden solche Dinge demokratiepolitisch diskutiert und entschieden. Das wird nicht mehr passieren. Da wird es einen Geschäftsführer, einen Aufsichtsrat geben und diese werden nach Kriterien entscheiden, die uns nicht einmal mitgeteilt werden und wenn, wir könnten es nicht überprüfen, ob es so ist. Ich habe einen guten Freund, der in der Kärntner Landesregierung beschäftigt ist und sich kenzieren hat lassen, um in einer ausgelagerten Gesellschaft zu arbeiten. Er wird seine Karezierung beenden, er wird wieder in den Landesdienst zurückkehren. Wissen Sie, mit welcher Begründung? Die politische Einflussnahme in diesen ausgegliederten Gesellschaften ist noch um ein Unendliches mehr und größer und stärker als im Landesdienst. Und ich denke, das ist aussagekräftig genug.

Ein Wort zur SPÖ: Ich freue mich, dass heute der Herr Kollege Gennaro nicht diesen alten Sager wieder produziert hat, dass soundso viele 1000 Schilling täglich nach Wien zu überweisen sind. Aber dass es nach Wien zu zahlen ist, das finde ich einfach eine sachlich falsche Darstellung und ich wundere mich, dass man so lange bei so einer Argumentation bleibt. Es sind im Wesentlichen strukturelle Maßnahmen, über die man – wie Sie ja gehört haben – sehr geteilter Meinung sein kann. Aber was ich auch noch etwas vermisse bei der SPÖ sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene, das sind eigene kreative Ansätze, wie man mit dieser Situation, wie man mit diesem großen Defizit, das die Steiermark hat, ob Maastricht oder nicht, sie hat ein großes Defizit gehabt in den letzten Jahren, umgehen könnte. Was sind Ihre Vorschläge? Und ich sehe auch, dass Vorschläge auch deshalb von Ihnen zu erwarten wären, weil es eine gewisse Mitverantwortung für die Vergangenheit gibt. Ich will jetzt diesen Fehler natürlich nicht machen und werde etwas tun, was ich immer in diesen Situationen mache, ich möchte Ihnen zur Kenntnis bringen und in Erinnerung rufen, was grüne Vorschläge zur Budgetkonsolidierung sind:

Erstens den Faktor Arbeit günstiger machen für beide Seiten. Das ist nicht nur wichtig für Arbeitnehmerinnen, für ihre persönlichen Lebenschancen und Möglichkeiten, sondern auch für die Wirtschaft. Es wird die Kaufkraft steigern. Und zur gleichen Zeit und nicht irgendwann dann den Energieverbrauch vermehrt zu besteuern. Das Ganze heißt ökologische Steuerreform, würde mit Sicherheit besonders in der Steiermark zu einem Innovationsschub führen, hier zu neuen Arbeitsplätzen führen, würde das bekannt große steirische Know-how in diesen Bereichen brauchen, würde Nachfrage schaffen und auch einem Export von Dienstleistungen förderlich sein. Weiters eine angemessene Besteuerung von Kapitalerträgen, Stiftungen zum Beispiel, aus Stiftungen und Einkommen aus dem Besitz von Immobilien. Österreich ist, wie ich schon gesagt habe, Zuzugsland für sehr reiche Menschen, die Vermögensbesteuerung ist weit unter dem EU-Niveau. Ich weiß nicht, warum man es sich bei den Kleinen holt und die Großen so unglaublich verschont. Ich will es auch nicht wissen in Wirklichkeit, ich will, dass diese Situation sich ändert. Ich erwarte mir auch von einer österreichischen Bundesregierung eine Initiative für EU-weite Aktivitäten in Richtung Besteuerung von Kapitaltransfers. Hier ist unheimlich viel Geld rund um den Globus unterwegs und hier können sich Personen entscheiden, wo sie agieren, wo es für sie am günstigsten ist. Da erwarte ich mir einen Vorstoß Österreichs innerhalb der EU. Und eine Sache, die mir besonders am Herzen liegt, verstärkte aktive Arbeitsmarktpolitik. Es kann nicht gut sein, das wissen wir alle und ich glaube, das behauptet auch niemand, dass Österreich so viele Arbeitslose hat. Es ist aber hausgemacht zu einem Teil, wenn ich sehe, dass die Arbeitslosenversicherung rücksichtslos abgeschöpft wird. Das ist Geld, das die Berufstätigen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angespart haben für Zeiten wie diese. Das ist das Geld, das sie angespart haben dafür, dass man ihnen dann wieder in den Job hinein helfen kann. Dass man ihnen Schulungen anbieten kann, dass man ihnen Qualifizierungen anbieten kann und das besonders in einer Zeit, wo wir alle wissen, dass man heute nicht einen Job für das ganze Leben hat, sondern dass man sich immer wieder auf neue Herausforderungen im beruflichen Bereich einstellen muss. (Beifall bei den Grünen.)

In dieser Zeit das Geld für diese Maßnahmen abzuschöpfen, um Budgetkosmetik zu betreiben, ist schlicht und ergreifend unverantwortlich. Und eine eindeutige grüne Forderung, ersparen wir uns doch bitte solche Ausgaben wie die neuen Abfangjäger. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Frau Abgeordnete, Sie wissen schon, ...!“) Herr Landesrat Paierl, Sie sind ziemlich bald nach mir am Wort, ich werde Ihnen dann aufmerksam folgen, ich bin schon fast fertig, ich möchte meine Rede nur gerne noch abschließen.

Ersparen wir uns die Abfangjäger. Sie werden 30 Millionen ungefähr kosten, sie werden Österreich nicht wirklich sichern. Milliarden, ich korrigiere mich! Ich gebe Fehler zu, wenn ich sie mache, zum Unterschied zu vielen anderen. Sie werden das Land nicht sicherer machen. Sie sind nicht in der Lage, den Luftraum wirklich so abzudecken, dass man verhindern kann, dass jemand eindringt. Es ist ja in Wirklichkeit auch – (Abg. Wiedner: „Sind Sie Experte?“) Peter Pilz! (Abg. Wiedner: „Ich habe gefragt, ob Sie ein Experte sind!“) Herr Kollege Wiedner fragt mich – ich habe mir gedacht, Sie fragen mich, ob ich einen Experten kenne. Nein, aber ich habe einen regen Kontakt mit guten Experten.

Abfangjäger sind nicht in der Lage, unser Land sicherer zu machen, Abfangjäger sind in Wirklichkeit ein vollkommen alter Ansatz, wenn es darum geht, Frieden in der Welt zu schaffen. Und das wollen Sie doch immer alle. Ich denke, Österreich hat in diesem Zusammenhang andere Aufgaben und dort sollte man investieren, aber nicht 30 Milliarden, sondern Grips und die Tradition, die wir haben.

Zusammenfassend, wenn es einen Pakt gibt, der solidarisch ist mit Arbeitnehmerinnen, mit kleinen Einkommen, mit Sozialhilfeempfängerinnen, mit Alleinerzieherinnen und den künftigen Generationen im Sinne von Nachhaltigkeit, wenn es einen Pakt gibt, der ökologisch ist im Sinne einer entsprechenden Steuerreform, im Sinne von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation, zur Erreichung der Kyoto-Ziele, zur Intensivierung einer Ökologisierung der Landwirtschaft, wenn es einen Pakt gibt, der auf Gewaltfreiheit setzt, keine Abfangjäger und der gegen neue Aufrüstung auftritt, der die Rolle Österreichs als Friedensstifter sieht, wenn es einen Pakt gibt, der demokratisch einwandfrei ist, der Angriffe auf den ORF, auf den Verwaltungsgerichtshof und so weiter nicht beinhaltet, sondern ihnen ganz deutlich die Schranken zeigt, dann ist es ein Pakt, dann ist es ein Stabilitätspakt, für den Sie uns auf Ihrer Seite haben. Da würden wir mitgehen. Das sind Kriterien, nach denen wir glauben, dass Budgetpolitik und Politik überhaupt erfolgen sollte. Das sehe ich und das sehen wir bei diesem Stabilitätspakt in keiner Weise gegeben. Es wird Sie nicht überraschen, dass wir ihn ablehnen. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.26 Uhr.)

Präsident: Ich stelle fest, Redezeit exakt eingehalten von der Frau Abgeordneten. Die nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes. Er ist am Wort, bitte. Für alle Redner gelten nun zehn Minuten.

Abg. Prattes (12.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte eingangs dem Kollegen Lopatka schon erwidern, wenn er hier moniert, dass erst heute der Stabilitätspakt in den Landtag kommt, dann muss man wahrscheinlich sagen, das sage ich hier, die anderen Bundesländer haben wahrscheinlich viel besser verhandelt als die Steiermark. Wir kommen auch hier wieder einmal unter die Räder. Das zeigt ja auch der österreichische Generalverkehrsplan, wo die Steiermark ebenfalls krass benachteiligt wird.

Das Zweite ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Lopatka, wenn du sagst, im Land hat die SPÖ die Verantwortung bei den Finanzen gehabt, das stimmt. Da waren sie aber auch noch in Ordnung. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Absurder geht es nicht mehr!“) Und ich kann mich erinnern, dass die ÖVP immer diese Budgets mitbeschlossen hat. Es hat bekanntlich eine Ausnahme einmal gegeben unter Krainer I., aber sonst hat die ÖVP immer mitbeschlossen. Ich glaube, das wird stimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein nächster Punkt: Ich muss sagen, das hat mich schon sehr irritiert, wenn du wieder ansprichst die Mitfinanzierung der Spitäler durch die Gemeinden. Ich habe gedacht, das ist endgültig vom Tisch. Und wenn man dann nämlich sagt, woanders ist das der Fall, dann möchte ich schon sagen, du vergleichst Äpfel mit Birnen. Denn in anderen Bundesländern – ich habe einen Zwischenruf gemacht – sind die Kindergärten nicht zu bezahlen, du hast gesagt, es ist ein kleiner Teil, aber nur als Beispiel, in Niederösterreich zahlt man keine Landesumlage. Und das entlastet, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gemeinden ungemein. Das muss man auch der Ordnung halber sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend zum Bund noch: Wenn der Herr Bundeskanzler Schüssel sagt, er möchte Österreich unter die Top drei bringen, dann möchte ich erwähnen, wir waren schon dort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen ist ein wesentlicher Bestandteil für die Erreichung des von der Bundesregierung vorgegebenen so genannten Stabilitätsbeitrages der Länder. Dieser Stabilitätsbeitrag beträgt jährlich fast 3,5 Milliarden Schilling oder – wir leben jetzt schon im Eurozeitalter – 240 Millionen Euro. 240 Millionen Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren, die dem Land für wichtige Vorhaben fehlen, die der Steiermark und unserer Bevölkerung vorenthalten werden. Hier ist jedes Mittel recht, ohne Rücksicht auf Verluste. Mit dem Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen sollen jährlich 500 Millionen Schilling oder 36,3 Millionen Euro lukriert werden, die vor allem zur Tilgung der Darlehen der KAGES dienen. Ich weiß schon, dass es auch früher Verkäufe von Wohnbauförderungsdarlehen gegeben hat. Der große Unterschied zur Vergangenheit ist aber, dass die Erlöse damals zur Füllung beziehungsweise Dotierung der Wohnbautöpfe gedient haben, die nach dem damaligen Wohnbaureferenten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller völlig leer waren. Mit den Landesräten Ressel und Schmid wurde dann die Wohnbauförderung wieder auf gesunde Füße gestellt. Mit diesem Geld wurde die Basis geschaffen, um die extrem kostspielige Wohnbauförderung auf ein langfristig selbsttragendes Fördersystem umzustellen. Die in den Jahren 1998, 1999 und 2000 mit Zustimmung der SPÖ vorgenommene Umwidmung der Zinsrückflüsse auf die Wohnbauförderungsdarlehen in der Höhe von jeweils 230 Millionen Schilling ist damit nicht vergleichbar. Mit diesen Maßnahmen wurden zwar die Zinserträge aus den Darlehen anderweitig, also nicht für Wohnbaumaßnahmen genutzt, die Rückflüsse des für Wohnbauförderungszwecke eingesetzten Kapitals wurden aber nicht angetastet. Jetzt aber dient dieser Förderungsverkauf lediglich zur Schuldentilgung – ich habe es bereits erwähnt – und gehen diese Mittel somit für den Wohnbau verloren. Dadurch fehlen dem Wohnbau jährlich rund 600 Millionen Schilling. Das Geld für den Wohnbau fehlt dadurch an allen Ecken und Enden, welches man der Bauwirtschaft und vor allem unzähligen Familien, unzähligen Steirerinnen und Steirern wegnimmt beziehungsweise vorenthält. Um das alles über die Bühne zu bringen, meine Damen und Herren, ändern Sie sogar ein Gesetz, nämlich das Gesetz über den Verkauf von Forderungen des Landes Steiermark. Sie ändern den für Sie sehr störenden Paragraph 6, der in der derzeit gültigen Form vorsieht, dass die Nettoerlöse aus den Forderungsverkäufen ausschließlich zur Finanzierung der vom Land Steiermark bereitzustellenden Mittel zu verwenden sind und allfällig verbleibende Mehreinnahmen einer für die Wohnbauförderungsmaßnahmen zweckgewidmeten Rücklage zuzuführen sind. Was machen Sie aus diesem Paragraphen 6? Die Nettoerlöse können zur Rückzahlung von zur Finanzierung des Landeshaushaltes aufgenommenen Fremdmittel verwendet werden. Ach ja, damit ich es nicht vergesse: Zum

Schluss dieses Paragraphen steht dann noch, dass sie auch für die Wohnbauförderung verwendet werden können. Damit schaden Sie der Bauwirtschaft und schicken tausende Bauarbeiter in die Arbeitslosigkeit – die 9000 steirischen Bauarbeitslosen machen über 20 Prozent der gesamten Arbeitslosigkeit aus. Meine sehr verehrten Damen und Herren von ÖVP und FPÖ, Sie verabschieden sich damit auch vom sozialen Wohnbau. Wie hat doch der Wohnbaulandesrat festgestellt: „Es wohnen Leute in Wohnungen, wo sie nicht hineingehören. 80 Prozent beziehen Wohnbeihilfe zu Unrecht. Keine Angst, ihr Steirer. Ihr habt ja Zeit bis zum 1. Juli 2002, um euch billige Wohnungen zu suchen!“ Es kümmert Sie nicht, dass laut Umfrage über 60 Prozent von den Wohnbeihilfenbeziehern meinen, dass sie sich eine Wohnung nach den beschlossenen Kürzungen nicht mehr leisten können. Rund 50 Prozent der Befragten ist bewusst, dass die neue Wohnbeihilfe einen Systembruch darstellt, weil entsprechend leistbare billige Wohnungen in der Steiermark bisher einfach nicht gebaut worden sind. Fast 60 Prozent glauben, dass das Land besser in anderen Bereichen sparen soll als im Bereich der Wohnbeihilfe. Für mich nicht nachvollziehbar ist die Haltung der FPÖ, die eine Reform der ÖVP unterstützt, die ein System beseitigt, welches von ihrem damaligen Wohnbaulandesrat Schmid eingeführt wurde und bestens funktioniert hat. Sie haben in ihren eigenen Reihen die schärfsten Kritiker gehabt. So zeigte sich der Ex-Parteiboss Schmid in der „Kleinen Zeitung“ vom 22. September 2001 entsetzt: „Wenn die FPÖ das unterstützt, ist sie für mich nicht mehr wählbar!“ Die freiheitlichen Nachrichten „Wartberg“ stimmten im Herbst 2001 eine Lobeshymne auf Michael Schmid an und schreiben über die Frau Landeshauptmann: „Jetzt geht vielen enttäuschten beziehungsweise getäuschten Wählern ein Licht auf und Landesmutter Klasnic hat sich selbst zweifelsfrei als Rabenmutter entlarvt!“ – Ende des Zitates. Inzwischen wurde die FPÖ offensichtlich wieder auf Linie gebracht. Der Bezirksobmann der Leobener FPÖ schreibt in seiner jüngsten Aussendung: „Landtagsabgeordneter Prattes erhebt im Landtag unverschämte Forderungen nach Wohnbeihilfe!“ Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie diese Unverschämtheiten von mir immer wieder zu hören bekommen, wenn es darum geht, mit sozialem Augenmaß unseren Steirerinnen und Steirern zu helfen und für lebens- und leistungswerte Wohnmöglichkeiten zu sorgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPÖ in der Steiermark geht im Interesse der Steirerinnen und Steirer einen eigenständigen Weg. Wir lehnen diesen Stabilitätspakt, der unser Land knebelt und ihm jeden Spielraum für eine gute und zukunftsweisende Politik für unsere Menschen nimmt, aus tiefster Überzeugung ab. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 12.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (12.36 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf gleich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Prattes antworten, der den Tagesordnungspunkt verwechselt hat und zur Wohnbaudebatte, die im Tagesordnungspunkt 3 behandelt wurde, jetzt beim Tagesordnungspunkt „Stabilitätspakt“ gesprochen hat. Herr Kollege Prattes, Sie waren am Mittwoch auch beim runden Tisch. (Abg. Prattes: „Nein, ich war nicht dort!“) Ich habe es dort schon erwähnt, sage es Ihnen aber nochmals, damit Sie es auch wissen. Wenn es den Antrag der FPÖ bei der damaligen Diskussion zum Wohnbau nicht gegeben hätte, einen Unterausschuss einzurichten und über die Wohnbaumittel zu diskutieren und in einigen Punkten neu zu ordnen, dann hätte es die Diskussion gar nie gegeben. Noch etwas dazu: Diesen Antrag haben die ÖVP und die FPÖ beschlossen, nicht beigetreten sind die SPÖ und die Grünen. (Abg. Prattes: „Das ist vollkommen richtig, das war uns zu wenig. Das ist der Unterschied!“) Lieber Kollege Prattes, jetzt kannst du dich an der Nase nehmen und einmal darüber nachdenken, was du gesagt hast. (Abg. Prattes: „Ich brauche mich nicht an der Nase zu nehmen, denkt ihr einmal nach!“) Ich komme jetzt zum Stabilitätspakt, der ein wichtiges Thema ist. Es geht hier um die Finanzen und das Budget. (Abg. Gennaro: „Pass auf, was du sagst, denn sonst bekommst du einen Anruf aus Wien!“) Kollege Gennaro, du weißt, dass ich dich schätze und ich dir immer sehr genau zuhöre. Ich habe gehofft, dass ich daraus etwas lerne. Ich stelle aber fest, ich kann daraus nichts lernen. Die Sache ist folgendermaßen (Abg. Stöhrmann: „Weil du nicht aufnahmefest genug bist, darum lernst du nichts daraus!“): Wir haben heute schon gesagt: „Stöhr-nicht-Mann!“ Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was gesagt wird und zwischen dem, was gemacht wird. Es gilt hier zu unterscheiden, ob wir Sachen verkaufen oder ausgliedern. (Abg. Schleich: „Verscherbeln heißt das!“) Wirf nicht immer alles in einen Topf, Kollege Schleich. Schränke deine Zwischenrufe daher etwas ein. Es geht hier nicht ums Verscherbeln, sondern es geht hier speziell bei der LIG darum, dass Gebäude ausgegliedert werden. Es wird versucht, durch Aufnahme von Fremdmitteln diese ins Budget zu bringen und damit zu investieren. Genau das, was ihr wollt. Ihr wollt investieren und auch wir wollen investieren. Wir wollen die Wirtschaft ankurbeln und es geht gemäß den Maastricht-Richtlinien nur über diesen Weg. Und der Kollege Lopatka hat es gesagt, die Maastricht-Richtlinien, den Stabilitätspakt haben nicht wir Freiheitlichen erfunden, sondern das waren sozialistische Bundeskanzler, die das in Brüssel unterschrieben haben, und nicht wir. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun zum Stabilitätspakt: Alle Bundesländer, im Burgenland sogar einstimmig, in Wien haben auch natürlich die Sozialisten mitgestimmt, außer Kärnten haben in allen Bundesländern die Sozialisten, Sozialdemokraten dem zugestimmt und haben hier das mitgetragen. Nur hier in der Steiermark scheinbar geht das nicht, die SPÖ will Opposition betreiben. (Abg. Gennaro: „Wir haben eine eigene Meinung. Wir haben keine Riess-Passer, die uns sagt, was wir tun sollen!“) Seit wann hast du eine eigene Meinung? Du redest vom Fetisch und du redest vom Fetisch Nulldefizit, das ist eine der großen Leistungen dieser Regierung unter vielen anderen auch, dass man es endlich geschafft hat, die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Nachdem jahrelang und jahrzehntelang hier

nur Schulden aufgebaut wurden, hat man es geschafft, nun endgültig die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Die Arbeitslosen danken es dir!“) Das ist keine Politik der sozialen Kälte, es wurde auch sehr viel geschaffen. Lieber Kollege Kurt Gennaro! Wenn du sprichst von der Unfallrentenbesteuerung, dann musst du auch davon sprechen, dass dafür eine Behindertenmilliarde ins Leben gerufen wurde. Das hat es bis dato nicht gegeben. (Abg. Gennaro: „Aber denen wurde die Unfallrente weggenommen!“) Das hat es bis dato nicht gegeben, dass hier erstmalig für die Behinderten auch etwas getan wird und eine Milliarde für die Behinderten eingesetzt wird. (Abg. Gennaro: „Schämst du dich nicht, zuerst was wegnehmen und dann was geben!“) Erstmals, was sozialistische Bundeskanzler nie geschafft haben, die Restitution, die Entschädigung der Kriegsgefangenen und weiß Gott noch alles, ich hätte zu wenig Zeit, das alles aufzuzählen, was alles neu geschaffen wurde. Ich bitte nochmals zu unterscheiden zwischen Ausgliederung und zwischen Verkäufen. Und das Land ist auch keine Bank – bitte – die Bankgeschäfte macht, sondern es hat andere Aufgaben. Ich würde wirklich bitten, Kurt Gennaro, dass ihr einmal aufhört, diese abgedroschene Platte hier zu produzieren und immer zu sagen, 3,3 Milliarden nach Wien. Ich danke ihr, eurer Pflichtverteidigerin, der Kollegin Lechner-Sonnek, dass sie es endlich auch klargestellt hat, dass das falsch ist, dass das unrichtig ist. Es geht hier rein um eine maastrichtkonforme Darstellung. Es geht hier nicht um ein Abliefern von Geld. Niemand – bitte – liefert nach Wien ein Geld ab. Und, Kurtl, jetzt bitte hört mit dem auf und kehrt zur Sachlichkeit zurück.

Zur nächsten Sache: Zur Sachlichkeit, es ist traurig, dass wir nun einen Rekord von 300.000 Arbeitslosen haben. Es ist traurig. Nur, bitte, 1996 hat es einen sozialistischen Bundeskanzler gegeben, da haben wir schon gleich viel gehabt. Und dann 1997 haben wir 301.000 Arbeitslose gehabt, 1998 haben wir auch 301.000 Arbeitslose gehabt und 1999 haben wir 300.000 gehabt. (Abg. Gennaro: „Nur weiterlesen, dann haben die Maßnahmen gegriffen!“) Dann haben die Maßnahmen der neuen Regierung gegriffen, da hast du Recht. Und dann sind sie abgesunken. Und jetzt sind sie leider wieder angestiegen, aber es gibt einiges und es werden Maßnahmen getroffen. Es werden neue Maßnahmen getroffen mit dem neuen Infrastrukturpaket und es werden Maßnahmen getroffen auch hier mit der Bauinitiative, es wird hier dagegengesteuert. Bitte, also so ist es nicht, dass ihr alles in den Schmutz redet, was wirklich nicht die Lage ist.

Frau Kollegin Lechner-Sonnek, habe ich schon gesagt, Pflichtverteidigung. Ich weiß nicht, wieso Sie das notwendig haben, zur Pflichtverteidigung der SPÖ hier auszurücken. Die Entlastung der Arbeit kann man unterschreiben, vollkommen richtig, da haben Sie Recht. Aber viele Ihrer Vorschläge, das erinnert an Uraltrezepte der Verstaatlichung. Also da sind wir sicherlich nicht dabei und da tun wir sicherlich nicht mit.

Von der Friedensbewegung, von den Abfangjägern, ich glaube, das ist auch schon vorbei. Der Joschka Fischer aus der Friedensbewegung hat auch schon die Turnpatschen ausgezogen und hat die Krawatte umgelegt. Und ihr seid noch immer in dieser Zeit drinnen, wo sie marschieren mit den Turnpatscherln, nicht einmal am Donnerstag bringt ihr mehr die Leute zusammen, um in Wien zu marschieren, die sind auch schon vernünftiger geworden. Bitte, tun wir eines nicht, tun wir nicht die Sicherheit des Landes und ich spreche die Abfangjäger an, tun wir nicht die Sicherheit des Landes auseinanderdividieren mit anderen Notwendigkeiten. Im Jahr 1991 waren alle, auch Herr Kollege Pilz, der so genannte Experte, zufrieden beim Slowenenkonflikt, wie die Abfangjäger in der Luft waren. (Abg. Detlef Gruber: „Weil keiner runtergefliegen ist, waren wir zufrieden!“) Da hat er auch gesagt, das ist gut, es ist notwendig. Und jetzt auf einmal wollen Sie das auseinanderdividieren. Das ist nicht fair, das ist nicht sachlich, das ist nicht gerecht. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Stabilitätspakt ist eine Kraftanstrengung des Bundes, er erfordert auch die Kraftanstrengung der Länder und auch der Gemeinden, um das zu schaffen, dass wir hier im Land und auch im Bund wieder Luft bekommen. 21 Milliarden Schilling Schulden, 700 Millionen Schilling Zinsen, die wir jährlich zurückzahlen, das bringt uns um die notwendige Luft zum Atmen beim Budget. (Abg. Gennaro: „Pass auf, dass du nicht erstickst dabei!“) Ich ersticke nur manchmal bei deinen Wortmeldungen, lieber Kurtl Gennaro, weil ich weiß, dass du es besser weißt und hier wider besseres Wissen agierst. Was aber eine Sache ist, wo wir sicherlich noch darüber diskutieren müssen, das ist die Sache mit dem Finanzausgleich. Da sehe ich auch Probleme, dass nur die Köpfe zählen und sonst nichts zählt, keine Größe des Landes und dergleichen. Da wird man sicher etwas machen müssen. Und die zweite Sache, die drinnen ist im Stabilitätspakt, das sind die Naturnutzungsabgaben. Auch das ist ein Problem, das sehr sensibel ist. Wir stimmen hier sicherlich nicht zu, wenn es darum geht, der steirischen Wirtschaft ihre Konkurrenzfähigkeit zu rauben. Darum bringen wir auch diesen unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Ich lese die Begründung nicht mehr vor, weil ich kaum mehr Zeit habe.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob die Einführung von den geplanten Naturnutzungsabgaben ohne Wettbewerbsnachteile für die steirische Wirtschaft möglich ist und dem Steiermärkischen Landtag bis spätestens 30. Juni 2002 darüber zu berichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Stabilitätspakt ist eine große Leistung. Das Nulldefizit ist eine große Leistung bei Mehrausgaben in allen Bereichen. Auch das, bitte, es wurde nirgends, auch im Land nicht, weniger ausgegeben, sondern mehr ausgegeben. Es wurde mehr getan, nur hat es nicht diese Steigerungsraten gegeben, wie sich manche wünschen würden. Aber im Großen und Ganzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine große Leistung und wir stimmen dem natürlich zu. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile es ihm.

Abg. Detlef Gruber (12.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem ich nicht annehme, dass allen Damen und Herren der ÖVP und FPÖ der Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bekannt ist, möchte ich kurz auf einige Inhalte aus diesem Artikel 104 eingehen, wo es heißt unter anderem, die Mitgliedsstaaten vermeiden übermäßige öffentliche Defizite. Die Kommission überwacht die Entwicklung der Haushaltslage, insbesondere prüft sie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin an Hand von zwei Kriterien: a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet und b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstandes zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet.

Auch beim aufmerksamsten Lesen kann ich beim besten Willen keine Stelle finden, die irgendwo auf ein Nulldefizit hinweist. Aber gerade das Gespenst Nulldefizit ist es, was die steirischen Probleme verursacht. Das Gespenst Nulldefizit verlangt von der Steiermark, einen Budgetüberschuss in der Höhe von 245 Millionen Euro zu erwirtschaften. Den haben wir nicht, Kollege Wiedner. Zu deiner Anmerkung über die Draken, über die wir im Jahr 1991 so froh waren, möchte ich Folgendes dazusagen: Wir waren schon froh darüber, und zwar deshalb, weil uns der Schrott nicht auf den Kopf gefallen ist. (Abg. List: „Schäm dich für diese Aussage!“) Wir haben aber jetzt den Stabilitätspakt. Was liegt den Sammlern und Eintreibern der ÖVP- und der FPÖ-Umverteilungsgesellschaft mit beschränkter Haftung näher? Ich denke mir, es sollte eigentlich heißen, Gesellschaft mit beschränkter Anteilnahme am Wohlergehen des steirischen Volkes. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist schon interessant, wie schnell man in dieser Umverteilungsgesellschaft fündig wurde und das alles hat im Rekordtempo funktioniert: Die Mieten in sanierten Wohnungen sind um durchschnittlich 700 Schilling gestiegen, im Geschoßbau haben wir Verschlechterungen hinnehmen, natürlich auch bei der Sanierung, Verschlechterung der Förderbeiträge für Solaranlagen, der Verlust von Lehrerdienstposten, Verschlechterung der Richtlinien der Pendlerbeihilfe und das trifft natürlich wieder die Einkommensschwachen, die Einführung der Studiengebühr an Fachhochschulen, die Elternbeiträge in den Musikschulen um 10 Prozent anzuheben und die Wohnbeihilfen zu kürzen. Das sind ein paar steirische Zutaten für den Nulldefizitschmarren aus der Bundesküche. (Beifall bei der SPÖ.)

Das reicht aber natürlich nicht aus, denn in das Bundesschüssel müssen noch mehr Zutaten hineingegeben werden. Also gründen wir mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ die LIPEG, so hat es ursprünglich geheißen, Landesimmobilienprojektentwicklungsgesellschaft. Aus dem wurde dann später die LIG, Landesimmobilien-gesellschaft, zum Zwecke, jetzt ans Eingemachte zu gehen, nämlich an den Ausverkauf der steirischen Werte zur Erfüllung des Stabilitätspaktes. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Glauben Sie das wirklich? Das ist schlichtweg ein Blödsinn!“) Ich gehöre allerdings, Herr Landesrat, nicht zu den Steirern, die sich über den Budgetschlussverkauf zu freuen haben. Ich freue mich darüber nicht. In der Regierungsvorlage heißt es unter anderem: Zum einen soll mit dem beabsichtigten Verkauf ein größtmögliches Ausmaß an Privatisierung erzielt werden, weshalb tunlichst immer der gesamte Landesteil der betreffenden Gesellschaft verkauft werden sollte und zum anderen liegt die Hauptzielrichtung dieses Privatisierungsvorhabens in der verstärkten Förderung (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „So ein Blödsinn!“) und Stärkung regionaler touristischer Interessen im Allgemeinen und regionaler touristischer Infrastruktur im Besonderen zum Zwecke einer nachhaltigen touristischen Entwicklung. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was hat das mit der LIG zu tun?“) Das hat mit dem Ausverkauf der steirischen Werte zu tun. Das hat mit den Privatisierungsmaßnahmen, die Sie vorhaben, zu tun. Gerade in diesen Ansätzen unterscheidet sich aber die sozialdemokratische Politik von der schwarz-blauen. Das muss man schon sagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Den Blödsinn höre ich nicht gerne!“) Sie haben die Privatisierung wahrscheinlich verfolgt, die es in England mit den Eisenbahnsystemen gegeben hat – ich möchte mich dazu aber nicht weiter auslassen – oder wie es dort mit der Trinkwasserversorgung vor sich gegangen ist, wo enorme Kostensteigerungen zu verzeichnen waren und das bei wesentlich schlechterer Qualität. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Jetzt fehlt nur noch Temelin!“) In der Steiermark, und das ist für uns interessant, wurden in den letzten Jahren Milliarden in Thermen und Schiberge investiert und damit hat das Land Steiermark sicherlich seine Aufgabe als Motor für Tourismus und Wirtschaft erfüllt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist noch immer zum Thema LIG – nehme ich an!“) Das Land setzte durch seine Beteiligungen Impulse für die Wirtschaft in den Regionen und ist somit auch ein Garant für die Arbeitsplätze. Nun werden aber im Budgetschlussverkauf Werte, deren Finanzierung die Steirerinnen und Steirer getragen haben, weit unter ihrem Wert verkauft. Beispiel: Kreischberg. Die Angaben bei allen Recherchen über die geflossenen Steuermittel sind unterschiedlich, auf jeden Fall zumindest 180 Millionen, im höchsten Fall – es kommt immer auf die Betrachtungsweise an – 330 Millionen. Der Erlös ist mit 41,7 Millionen – ich spreche von Schilling – natürlich interessant. Das ist nicht nur ein Budgetschlussverkauf, sondern das ist ein Verschleudern der steirischen Werte. Die Sozialdemokratie stellt sich nicht gegen Privatisierungen und Beteiligungen, solange die 51 Prozent für die öffentliche Hand gewährleistet sind. Für das Land genügt es an und für sich, kostendeckend zu wirtschaften. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Warum haben Sie bei Gleichenberg zugestimmt?“) Herr Landesrat, weil die Wirtschaftlichkeitsberechnungen andere sein sollen, wenn die Regionen gestärkt werden. Nicht Gewinnmaximierung hat im Vordergrund zu stehen, sondern die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Aspekte im Sinne der Menschen in den Regionen zu gewährleisten. (Beifall bei der SPÖ.)

Die SPÖ lehnt den Stabilitätspakt, der nur auf Kosten der Steirerinnen und Steirer geht, daher ab. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 12.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu einer Richtigstellung hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner zu Wort gemeldet.

Abg. Wiedner (12.56 Uhr): Herr Kollege Gruber und Bürgermeister der Gemeinde Retznei, einer Gemeinde, die auch hart an der Grenze zu Slowenien liegt. Ich bin betroffen über deine Aussage, dass die „Uralt-Draken“ den Leuten auf den Kopf geflogen wären. Du beleidigst damit tausende Soldaten, die damals dort unten im Einsatz waren. Du beleidigst damit tausende junge Menschen, die dort in der ersten Zeit alles gegeben haben. Es war nicht so lustig, wie du es hier darstellst. Ich war selbst mit dabei und habe es vom ersten Tag an miterlebt. Für diese Beleidigung, lieber Kollege, werden sich die Soldaten sehr bedanken. (Beifall bei der FPÖ. – 12.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Drexler. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Drexler (12.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute wieder viel Neues gehört. Kurt Gennaro, der jetzt leider nicht da ist, hat heute einen wesentlichen Beitrag abgeliefert. Er hat nämlich etwas gesagt, was ich aus seinem Munde so noch nicht gehört habe: Es geht nicht darum, Geld um jeden Preis hinauszuerwerfen. Das ist immerhin schon ein Fortschritt in der sozialdemokratischen Ökonomie, zu der man bei der Gelegenheit einmal gratulieren darf. Es ist auch vom Fetisch Nulldefizit gesprochen worden, der die Bundesregierung und in ihrem Gefolge die Landesregierung, die ÖVP, die FPÖ und alle bösen Kräfte und Diener der dunklen Macht, und so wird das wahrscheinlich seitens der Opposition gesehen, treibt. Diese huldigen allesamt Fetisch Nulldefizit. Und das aus dem Munde ganz besonderer Fetischisten. Es gibt auch einen sozialdemokratischen Fetisch. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Prof. Lehner, der übrigens den Bundeskanzler berät!“) Der heißt Schulden machen. Ihr fühlt euch ja überhaupt nicht wohl. Es wird euch ganz anders, wenn irgendwo einmal keine Schulden gemacht werden. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Fragen Sie den Prof. Lehner!“) Kollege Grabner hat einen bemerkenswerten Zwischenruf schon ganz zu Beginn dieser Debatte gemacht. Er hat gesagt, wir kriminalisieren jeden Häuslbauer, weil dieser macht auch Schulden. Ja, aber dieser muss wissen, wie viele Schulden er machen kann. Wenn er sein Haus gebaut hat, auch eine Wohnung reicht gelegentlich für einen ordentlichen Schuldenberg, wird er nicht bei nächster Gelegenheit sich einen Mercedes bestellen oder sonst irgendetwas, weil er weiß, dass er nicht mehr Schulden machen kann, als er dann wieder zurückzahlen kann. Diesen kriminalisieren wir nicht. Aber beim verantwortungslosen Schuldenmachen, das über Jahre der Fetisch der Sozialdemokratie war, können wir nicht mitmachen, und zwar im Sinne der Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher gibt es diese mangelnde Orientierung, insbesondere der Sozialdemokratie, seit dem 4. Februar 2000. Das hat auch dazu geführt, dass die Sozialdemokratie zur konservativsten Kraft in Österreich geworden ist, vielleicht noch ritternd mit Opus dei und anderen Obskuranten. Im Grunde genommen ist aber die SPÖ die konservativste Kraft in diesem Land. Warum? Jede Veränderung wird abgelehnt, boykottiert und mies und madig gemacht. Und das, obwohl es Veränderungen zum Besseren braucht, und nicht immer nur ein Beharren auf dem Status quo, denn wo immer alles gleich bleibt, wird am Ende alles schlechter. Und das scheint das Programm zu sein. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sagen wir es genauer. Jede Verschlechterung wird von uns abgelehnt!“) Gut, jede Verschlechterung – ich danke für die Klarstellung, nur, irgendwer muss feststellen, ob eine Veränderung eine Verschlechterung oder eine Verbesserung ist. Und da habt ihr ganz klar von vornherein festgelegt und mehrfach beschlossen und unter Beweis gestellt, jede Veränderung, die durch die derzeitige Regierung auf Bundes- oder Landesebene kommt, ist eine Verschlechterung. In diesem Rahmen ist dann doch wiederum jede Veränderung von euch abgelehnt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „300.000 Arbeitslose, keine Wohnbeihilfe sind eine Verschlechterung!“) Nun, sei es wie es sei! Es wird verkannt, dass hier an der Zukunft unseres Landes und insbesondere an der Zukunft kommender Generationen gebaut wird und nicht verantwortungslos heute sozusagen die Schulden für morgen aufgetürmt und dann sozusagen verabschiedet man sich möglicherweise nach Vorruhestandsmodell oder regelmäßiger Ruhestand, jeder nach seiner Fassung und dann ist in einem die ganze Geschichte wurscht. Hier wird die Basis gelegt, auch mit diesem heute zu beschließenden Stabilitätspakt für eine gute Zukunft in diesem Lande, in der auch kommende Generationen noch eine Zukunft vorfinden. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ja, die ganzen Prinzhörner!“) Und das führt mich zum nächsten Argument. Es ist ja zum Teil beinahe zum „Aus-der-Haut-Fahren“, wenn man sich die Argumente der Sozialdemokratie anhören muss.

Erstes eigentümliches Argument ist folgendes: Einerseits wird behauptet, alles ist furchtbar und grauslich. Es wird den Menschen das Letzte genommen durch diese furchtbaren Regierungen in Bund und Land. Zweitens wird aber behauptet, es ist alles eine Mogelpackung. Jetzt frage ich mich, entweder Mogelpackung oder es ist alles furchtbar und grauslich. Beide Argumente auf einmal, da hat man ein Argument zu viel gebraucht. Da müsst ihr auch entscheiden, Mogelpackung oder furchtbar. Beides geht nicht! Leider, das ist logisch unmöglich. Das ist nur in der sozialdemokratischen Logik möglich.

Zweites Argument, das nicht verstanden wird, was ich nicht verstehe beziehungsweise zweite Maßnahme, die von euch mit großer Beharrlichkeit missverstanden wird: der Ausverkauf der Werte, wie es der Kollege Gruber jetzt zuletzt gesagt hat – der Ausverkauf der Werte. Ja, bitte, warum werden jetzt Tourismuseinrichtungen privatisiert oder verkauft? Um damit Spielraum für neue Investitionen und neue Zukunftschancen in diesem Lande zu eröffnen. Und wer das noch immer nicht erkannt hat, dass man eben nicht kleben bleiben darf bei einer Geschichte, die jetzt erfolgreich war, wir wollen neue Erfolgsgeschichten in diesem Land schreiben, und nicht die alten Heldentaten noch besingen. Aber eine in die Vergangenheit gekehrte Bewegung wie die steirische Sozialdemokratie kann das offensichtlich nicht nachvollziehen.

Und jetzt ein Letztes: Wenn da immer wieder behauptet wird, wie furchtbar und grauslich alles ist und dann das Argument mit den Arbeitslosen kommt, und es ist jeder Arbeitslose einer zu viel, und 300.000 – hat sich über die Jahre bewährt – ist immer jene Grenze sozusagen, wo dann in Österreich alle Alarmglocken sozusagen läuten. Erstens haben wir die jetzt nicht zum ersten Mal, Kollege Wiedner hat schon die Statistik aus der heutigen „Kleinen Zeitung“ vorgetragen und ich glaube, es ist unfair den Betroffenen gegenüber, wenn die jetzt für diese billige Rhetorik gegenüber der schwarz-blauen Bundesregierung herhalten müssen, als wären sie die lebendigen Beweise für die Verderbnis, die die Regierung über uns bringt. Leider gibt es diese Arbeitslosigkeit und es sind Maßnahmen dagegengesetzt. Es braucht eine originelle, eine mutige aktive Arbeitsmarktpolitik, keine Frage, um strukturell diesem Phänomen begegnen zu können. Und nicht braucht es hier jetzt sozusagen das plakative Herzeigen der Betroffenen in einer solch billigen Art und Weise.

Und eines zum Abschluss: Wenn die 300.000, die nicht ganz – Gott sei Dank – erreichten schon schlimm sind, aber ich wünsche alle Betroffenen, dass sie nicht in ein rot-grünes Experiment bei nächster Gelegenheit hineingeraten. Denn wie wir wissen ist das absolute Problemkind am Arbeitsmarkt in Europa die Bundesrepublik Deutschland. Dieses Problemkind sind wir nicht, denn dort sehen wir, wohin diese rot-grünen Experimente geführt haben. Schlüssel II folgt wie das Amen im Gebet auf Schlüssel I, keine Frage. Ich sage nur, ich wünschte es niemandem, dass es irgendwann einmal so ist, weil in der Bundesrepublik Deutschland sieht man, wohin die Reise gehen kann. Und genau, weil dieses Schreckensszenario auch in Österreich gesehen wird, freuen wir uns schon auf das Kabinett Schlüssel II, damit die Erfolgsgeschichte weitergeschrieben werden kann. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 13.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Stöhrmann (13.05 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, Klubobmann Lopatka, ob er auch einen Beruf gelernt hat. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber wenn, dann muss das Uhrmacher gewesen sein, denn mit den Minuten hat er es ein bisschen. Ich habe mir seine letzte Rede ein bisschen zu Gemüte geführt, er hat als Hauptredner 20 Minuten Redezeit gehabt. 19 Minuten davon hat er ausgenutzt, sechs Minuten, wie es bei ihm möglich ist, hat er sich bemüht, relativ sachlich zu sein, und 13 Minuten davon hat er nur mit Untergriffen, Anwürfen und Ähnlichem hier verplempert, möchte ich sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt ja schon von der Geisteshaltung der Partei, wenn der Klubobmann bei so einem wichtigen Tagesordnungspunkt den Großteil seiner Redezeit dafür verwendet, um andere schlecht zu machen, um andere herunterzumachen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem gebe ich ihm Recht, er hat gesagt, dass uns Sozialdemokraten von Ihnen von der ÖVP und von der FPÖ doch Wesentliches unterscheidet. Da hast du Recht, lieber Reinhard, es unterscheidet uns wirklich Wesentliches. Denn zum Unterschied von euch, die ihr am Gängelband dieser blau-schwarzen Koalition hängt, vertreten wir das Land, vertreten wir die Steiermark und die Menschen in diesem Land. Und deswegen ist es auch logisch, dass wir zu diesem Stabilitätspakt, wie er jetzt vorliegt, nein sagen. Es ist auch vielleicht logisch, dass Häupl, den du jetzt so oft zitierst, oder dass Burgenland dazu ja gesagt haben. Die haben auch andere Voraussetzungen. In der Steiermark hat sich doch Wesentliches geändert. Allein das Volkszählungsergebnis für den Zeitraum 1991 bis 2001 zeigt, dass in der Steiermark der Bevölkerungszuwachs 0,1 Prozent war, also de facto null zum Unterschied von den anderen Bundesländern, die ein Bevölkerungswachstum von 3,5 Prozent aufweisen können. Und wenn ich da den Vergleich ziehe, 3,5 Prozent zu 3,5 Milliarden Schilling, die wir nach Wien abliefern müssen, ja, dann kommt man ja leicht zum Schluss, dass pro Bevölkerungsprozent an Wachstum die anderen Bundesländer von uns eine Milliarde Schilling bekommen. (Abg. Wiedner: „Jetzt musst du selber lachen!“) Und wenn ich vermerke, ich habe es in diesem Hause schon wiederholt gesagt, dass wir diese 3,5 Milliarden Schilling, diese 3.500 Millionen Schilling, diese unvorstellbare Summe, die wir den Steirerinnen und Steirern entziehen, natürlich auch ihre Auswirkung haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss doch klar sein. Das ist spätestens dann klar geworden, als eine Zusperrorgie sondergleichen über dieses Land hereingebrochen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Da hat man zum Beispiel das Bundessozialamt, die Außenstelle des Bundessozialamtes in Leoben gesperrt. All diejenigen, die es brauchen, die so schwierige Verhältnisse haben, weil sie behindert sind, weil sie kein Fahrzeug haben, die müssen nun aus dem gesamten obersteirischen Raum nach Graz pilgern, um ihre Angelegenheiten zu erledigen. Aber das war ja nicht alles, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich verweise auf die Zusperrorgie im Bereich der Gendarmerie, der Postämter und letzten Endes auch der Bezirksgerichte. Obwohl im vorigen Jahr – und es ist noch nicht so lange her – der Herr Klubobmann Lafer seinerzeit gesagt hat, ich zitiere ihn wörtlich, von Beruf ebenfalls Gendarm, sagt: „So darf man mit der Exekutive nicht umgehen. Vom Sperren und Zusammenlegen sind Dutzende Beamte betroffen!“ In der Zwischenzeit hat sich die Meinung ja wesentlich geändert. Man verkauft ja jetzt ein paar verhandelte Postämter, die nicht geschlossen werden, als Erfolg. Eigenartigerweise ist das gerade dort passiert, wo durchwegs ÖVP-Bürgermeister ihre Tätigkeit aufnehmen. Wenn Kollege Hamedl, der sich so gerne als Supercop bezeichnen lässt, am letzten Dienstag gesagt hat, dass das Zusperrn der Gendarmerieposten lediglich auf Veranlassung des Landesgendarmeriekommandos passiert ist, dann sagt er wissentlich die Unwahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich

sage Ihnen nur ein Beispiel: Der Gendarmerieposten in Mitterdorf im Mürztal, mit neun Personen besetzt, vor wenigen Jahren erst um einen Millionenaufwand ausgebaut, wurde, obwohl er auf keiner Vorschlagsliste stand, obwohl er nie zur Diskussion gestanden ist, kurzerhand über Nacht gesperrt. Ich spreche dabei gar nicht von der Vorgangsweise, die sehr ungewöhnlich war, denn man hat uns immer gesagt, man spricht vorher mit den Betroffenen. In Wirklichkeit haben wir diese Maßnahme aus der Zeitung erfahren. Wie war es denn wirklich mit dem Gendarmerieposten in Mitterdorf? Ich sage es Ihnen jetzt einmal in aller Öffentlichkeit: Im ÖVP-Landtagsklub hat man diese Schließung beschlossen. Letzten Endes, Frau Landeshauptmann, und das ist etwas, was ich Ihnen nie verzeihe, dass Sie Ihre Mannen so wenig im Griff haben, dass man Dinge, die eigentlich nicht auf der politischen Ebene diskutiert werden, im geschlossenen Klub der ÖVP bespricht. Als Strafe dafür und weil ich mir anmaße, als frei gewählter Abgeordneter hier meine Meinung zu sagen, bekomme ich den Gendarmerieposten geschlossen. Meine Damen und Herren, das stimmt. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ja eine Ungeheuerlichkeit!“) Nein, das ist keine Ungeheuerlichkeit. Denken Sie daran, warum ist Ihr Pressesprecher Joachim Ertl über Nacht weg gewesen? Die „Kronenzeitung“ hat über ihn einen Nachruf geschrieben. Dieser junge, sympathische Mann ist jetzt nicht mehr da. Wenn die ÖVP straft, dann straft sie ordentlich. Er war es letzten Endes, der diese Informationen hinausgegeben hat. Lieber Kollege Straßberger, du musst froh sein, dass von unserem Gespräch dein Klubobmann nichts erfahren hat, denn sonst wäre es dir vielleicht ähnlich ergangen. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ungeheuerlich, das ist menschenverachtend!“ – Abg. Bittmann: „Beschämend ist das, was du da redest!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Beste kommt ja noch. Es geht dabei um die Fragen zur Schließung der Bezirksgerichte. Man hat sich am Anfang wenigstens noch bemüht, zwar scheinheilig, aber doch bemüht, das Ganze unpolitisch darzustellen. Bei der Schließung der Bezirksgerichte ist es ja offenkundig geworden, wer sich in diesem Land durchsetzt und woher der Wind weht. Ich habe es am vorigen Dienstag in diesem Haus schon gesagt, das wirklich Beschämende, was sich am vorigen Dienstag ereignet hat, war diese Sonderregierungssitzung, die Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel einberufen hat lassen. Am nächsten Tag hat diese Sonder-sitzung stattgefunden und er hat einen Bauchfleck gelandet, der in Form eines Rückziehers sich sehen lassen kann. Auch die Presse hat darauf reagiert und ich darf aus der „Kleinen Zeitung“ zitieren: „Schwere Angriffe gegen seinen Landespartei- und Verkehrsverbund reitet der Murauer FPÖ-Bezirksobmann Georg Pranckh. Das verzeiht Georg Pranckh Schöggel nicht. Offenbar ist seine Position der Preis, dass wir keine eigene Meinung mehr haben dürfen. Die ÖVP hat uns mit einbezogen und uns sind die Hände gebunden!“ Letzten Endes ist es so, wie ich es das letzte Mal gesagt habe: Die FPÖ spielt ihr Beiwagerldasein, gibt sich da und dort mit einem Brocken zufrieden, um die Mehrheit in diesem Haus für die Frau Landeshauptmann zu erhalten.

Wenn Sie fragen, was das mit dem Stabilitätspakt zu tun hat, dann sage ich Ihnen schon, dass das natürlich mit dem Stabilitätspakt zu tun hat, weil es trifft ja die Menschen draußen am Land. Der ländliche Raum verliert an Bedeutung und das trifft die Menschen. Das wollen Sie aber nicht wahrhaben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Es geht aber nicht nur darum. Es geht ja nicht nur um die Bezirksgerichte, um die Gendarmerie und um die Postämter, sondern es geht auch um den Verkehr. Kollege Tasch hat gemeint, wir machen die Schulden. Das kommt bei euch nicht in Frage. Ich habe es, Herr Landesrat Paierl, erst vor kurzem in der Zeitung gelesen, dass man daran denkt, Kreditaufnahmen zu tätigen, Schulden zu machen, um das fehlende Geld, nämlich diese 3,5 Milliarden Schilling, die für den Landesstraßenbau fehlen, in irgendeiner Form hereinzubringen. Das Größte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ja erst heute in der Zeitung gestanden beziehungsweise haben die Gemeinden auf ihre Tische bekommen: Der Verkehrsverbund ist sicher eine gute Sache in der Steiermark, von dem Herr Landeshauptmannstellvertreter schon immer gemeint hat, die Landgemeinden sollen zahlen. Diese sind jetzt wieder im Gespräch, denn jetzt ist von der Fachabteilung 18B ein Schreiben an die Gemeinden ausgesandt worden, dass die Gemeinden überall in der Steiermark ihren Anteil leisten sollen und das zu einem Zeitpunkt, wo die Budgets in den Gemeinden beschlossen sind. Man sieht, wie viel Ahnung man eigentlich wirklich von diesen Dingen hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind alles Dinge, die mit diesem unseligen Stabilitätspakt zu tun haben. Abschließend, Frau Landeshauptmann, ich habe es schon vorige Woche getan und mache es heute wieder, erinnere ich Sie an Ihre Verantwortung für dieses Land. Der „Presse“ konnte man entnehmen, dass Sie ein Projekt ins Leben rufen, weil Greißler zusperrten, Postämter zusperrten, Gendarmerieposten zusperrten. Sie rufen ein Projekt ins Leben und tun so, als wären Sie für diese Dinge und gegen diese Dinge und wirken dem entgegen. (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Die Redezeit ist bereits überschritten!“) Sofort, Herr Präsident. Ich nehme Sie in die Verantwortung, Frau Landeshauptmann. Das ist nicht Verantwortung, diese Dinge wieder auf andere abzuschieben, nämlich auf die Gebietskörperschaften und da wieder auf die Schwächsten, nämlich auf die Gemeinden, die sowieso um das finanzielle Überleben kämpfen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Betreffend einer Richtigstellung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (13.16 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Es ist wirklich eine ungeheuerliche Unterstellung, was hier Kollege Stöhrmann gesagt hat, um nicht das Wort Lüge zu verwenden. Es ist völlig falsch und entspricht überhaupt nicht den Tatsachen, dass im ÖVP-Landtagsklub Gendarmeriepostenschließungen oder sonstige Schließungen besprochen oder gar beschlossen wurden. Das ist unrichtig und das möchte ich auf das Schärfste zurückweisen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Zweites: Erst letzten Freitag war Achim Ertl bei mir. Ich darf Sie jetzt um Aufmerksamkeit bitten. Das war auch wieder eine bodenlose Frechheit und eine Unterstellung, die überhaupt nichts mit den Fakten zu tun hat. Achim Ertl war letzte Woche bei mir. Er konnte sich beruflich verbessern. Das ist möglich, wenn man bei uns arbeitet und im ÖVP-Landtagsklub etwas lernt, dass man sich verbessert. Wenn sich jemand verbessern kann, ob er ins Büro der Frau Landeshauptmann oder in die Privatwirtschaft geht, dann freuen wir uns. Was dabei schlecht ist, möchte ich gerne von Ihnen wissen. Dafür wird niemand bestraft, sondern die Leute, die bei uns ordentlich arbeiten, werden belohnt! (Beifall bei der ÖVP. – 13.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (13.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, geschätzte Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen!

Ich möchte noch kurz auf die Wortmeldung des Herrn Kollegen Drexler eingehen. Herr Kollege Drexler, Sie haben nicht das erste Mal den Begriff der Verantwortung für die nächsten Generationen im Zusammenhang mit dem Nulldefizit verwendet. Dazu sind zwei Dinge festzuhalten. Das Erste und das hat meine Frau Kollegin Lechner-Sonnek schon ausgeführt, was die grüne Position zur budgetären Situation beziehungsweise zu den Maßnahmen betrifft, der Begriff Verantwortung für die nächsten Generationen ist ein bisschen zu allgemein. Genau diese Verantwortung hängt nämlich dann sehr davon ab, wo ich die Sparmaßnahmen ansetze, wo ich einspare, ob ich etwa bei den Bildungsmaßnahmen, bei den Studienbeihilfen ansetze. Das ist für mich nicht der Inbegriff einer Politik für die nächsten Generationen zum Beispiel. Worauf ich aber hinaus will einmal mehr von dieser Stelle ist das, dass Verantwortung für die nächsten Generationen nicht nur bedeutet, jetzt über Nacht, auch unter dem Druck des Maastricht-Abkommens, Sparmaßnahmen durchzuziehen, sondern Verantwortung für die nächsten Generationen, jetzt durchaus im wirtschaftlichen Sinn, bedeutet eine Nachhaltigkeit, ein Denken in die Zukunft, das heißt auch, die Betriebskosten zum Beispiel im Auge zu behalten für das, was ich heute mache. Und das sage ich Ihnen einmal mehr, schauen Sie sich den gültigen Generalverkehrsplan an. Das hat mit Nachhaltigkeit auch im betriebswirtschaftlich finanziellen Sinn nichts zu tun. Wenn Sie sich anschauen, was das System Straße an unmittelbaren Erhaltungskosten produziert, was es an mittelbaren Kosten produziert, was Sie den nächsten Generationen hier aufbürden, dann können Sie mir jedenfalls nicht unwidersprochen erklären, dass die ÖVP und auch die Freiheitliche Partei in diesem Lande nichts anderes im Sinn haben als die Verantwortung für die nächsten Generationen. Das Gegenteil ist, wenn ich mir etwa den Generalverkehrsplan anschau, der Fall. Und dasselbe gilt übrigens auch für die Energiepolitik in dem Lande. Ich kann nicht hergehen und kann der EdF Tür und Tor öffnen und dann sagen, ich bin derjenige, der die Verantwortung für die nächsten Generationen unbedingt zu tragen gewillt ist. Das sind Sie nicht.

Das Zweite: Wir tun hier im Landtag in letzter Zeit immer mehr an Forderungen diskutieren, die an die Bundesregierung gerichtet sind und spielen hier Reservenationalrat. Ich nehme zur Kenntnis, dass wir jetzt schon auch der deutsche Bundestag hier sind und also die deutsche Bundespolitik hereinnehmen. Aber wenn wir schon dabei sind, Sie selbst, Herr Kollege Drexler, haben hingewiesen, dass es konjunkturelle und weltwirtschaftliche Faktoren sind, die maßgeblich das Auf und Ab unserer Volkswirtschaft heute bestimmen. Das ist so, wie immer man dazu steht. Nur muss man sich dann entscheiden, wann man welches Argument zur Verteidigung oder zum Angriff verwendet und es nicht beliebig hernehmen, das ist das Erste. Und das Zweite, wenn Sie das schon anschneiden, dann kann ich nicht umhin, Ihrem Spezi Stoiber beziehungsweise dem Spezi der Frau Landeshauptfrau von der Stelle aus alles Gute auszurichten. Ich weiß nicht, ob Sie sich zu Ihrem Wahlkampfauftakt diesmal auch wieder einladen trauen? (Abg. Ing. Wöhrly: „Freilich, ja!“) Ich glaube nicht, Herr Kollege Wöhrly. Ich schätze die Frau Landeshauptfrau als taktisch klug und begabt ein, dass sie das nicht macht. Seien Sie vorsichtig, bevor Sie da freudig mit dem Kopf nicken. Glauben Sie mir das! Weil Sie wissen ganz genau, dass Ihr Spezi Stoiber als erstes was auf seine Fahnen geheftet hat und da ist es mucksmäuschenstill geworden in der Grazer Burg um diesen Punkt.

Dass er wieder zwei Dinge sofort abschaffen wird, als Erstes hat er das gesagt. Er wird die Stilllegung der Atomkraftwerke wieder aufheben und setzt wieder auf die Atomkraft. Äußern Sie sich dazu, wenn Sie sich trauen. Und er hat gesagt, er wird die Ökosteuer abschaffen. Und wenn Sie Lust haben, dann reden Sie einmal, dann nehmen Sie den Herrn Neobundesrat Grillitsch an der Hand und gehen Sie einmal mit ihm zu den Herstellern von steirischen Hackschnitzelheizungen. Gehen sie einmal zu denen und reden Sie mit ihnen, wo die heute ihr Geschäft machen, in welchen Märkten die heute expandieren. Wissen Sie wo? In dem von Ihnen so beschimpften rot-grünen Deutschland. Die Deutschen stützen nicht nur ihre Arbeitsplätze, die stützen auch die steirischen. Das sage ich Ihnen an der Stelle. Und deswegen würde ich hier meinen Mund nicht so weit aufmachen.

Zum Herrn Kollegen Wiedner und seiner Anmerkung über die Pflichtverteidiger. Wissen Sie, Herr Kollege Wiedner, ich habe den Eindruck, das ist der schiere Neid, wenn Sie den Grünen vorwerfen, dass sie noch überschüssige Kräfte haben, nichts für ungut, auch die Sozialdemokratie fallweise zu verteidigen – fallweise mag das der Fall sein. Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat – denke ich – eine differenzierte Wortmeldung zum Thema abgegeben und da ist nichts dazuzufügen. Aber Sie sollten nicht von Ihren eigenen Problemen ablenken, weil Sie haben das Problem, dass Ihr Obmann nicht einmal in den eigenen Reihen noch einen Pflichtverteidiger hat. Das ist der Umstand. Und Sie haben zu tun, dass Sie Ihre Frau Bundesminister, die Ihre eigene Parteifarbe hat, verteidigen müssen hier, wie im letzten Sonderlandtag zum Thema Generalverkehrsplan. Und so einen Pflicht-

verteidiger, wie Sie ihn hier abgegeben haben in der Verkehrsdebatte, so einen möchte ich nicht haben, weil dann habe ich den Prozess schon verloren. Und Sie müssen Ihren eigenen Justizminister verteidigen und müssen aus der Zeitung erfahren, dass er sich durchgesetzt hat und Sie können sich dann hinstellen mit Ihrer Bezirksgerichtsdebatte und dann eben ihn verteidigen, wie immer Sie das hinkriegen. Die Liste ist unvollständig. Und Sie müssen Ihren eigenen Koalitionspartner im Land auch noch verteidigen, wenn ich mir jetzt die Debatte anschau um den Vorschlag von Herrn Finanzlandesrat Paierl zu einer Verkehrsfinanzierungsgesellschaft in der Steiermark. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Herr Landeshauptfraustellvertreter gesagt hat, es handelt sich um einen Vorschlag. Unausgegoren ist er sicher und es war sicherlich auch nach meiner Einschätzung nur ein Gag am Tag nach dem Sonderlandtag, damit man irgendetwas rausbläst und das mit dem Titel Generalverkehrsplan noch schmückt, damit es irgendwie besser aussieht und man den Eindruck erweckt, man tue ohnehin etwas. Wenn man hier etwas tun will in dem Land mit einer Verkehrsfinanzierungsgesellschaft, dann kümmern Sie sich bitte um die Stadt Graz und nehmen endlich einmal eine Nahverkehrsfinanzierungsgesellschaft in die Hand, so wie Linz schon lange eine hat und wie alle österreichischen Ballungsräume schon eine haben, damit Sie endlich einmal wie der Herr Stadtrat Rüschi, der versteht ja etwas vom Geschäft, es vor zwei Tagen getan hat und gesagt hat, die Stadt Graz beziehungsweise der Raum Graz ist der einzige Österreichs, der kein Schnellbahnsystem hat, von wegen Verantwortung für die nächste Generation.

Wissen Sie – und da komme ich zum nächsten und zum dritten und letzten Punkt –, weil die Frage der Finanzierung der Verkehrsverbände angeschnitten wurde. Ich bin nicht der Meinung der Sozialdemokratie, ganz im Gegenteil, ich bin immer der Meinung, und die Grünen haben das auch deutlich gesagt, dass es nicht angeht, dass unseren Verkehrsverbund seinerzeit, wie er noch einer für den Raum Graz war, die Stadt Graz blecht und das Land und die anderen Gemeinden nichts zahlen. Wir müssen uns bewusst sein – ich komme zum Ende –, dass der öffentliche Verkehr vor allem heute schon dazu da ist, um Leute zu transportieren, die sich das finanziell nicht leisten können und daher auch durchaus uns überlegen, wie die öffentliche Hand ihren Beitrag leistet, damit die Alternative für jene Menschen, die kein Auto haben, aufrecht bleibt. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (13.27 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Verehrter Herr Finanzlandesrat! Liebe Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich habe mich heute einmal zu einer Finanzdebatte ziemlich zum Schluss gemeldet und wollte einmal vor meiner Wortspende die Ausführungen von den einzelnen Akteuren hier hören. Ich werde den Eindruck nicht los, dass heute hier die SPÖ-Landtagsabgeordneten alles besser wissen, zum Zweiten die Menschen in unserem Lande für dumm verkaufen und zum Dritten, wenn ich ein Land nur negativ beurteile von oben bis unten und von hinten bis vorne – Entschuldigung, wenn ich das so unhöflich sage – dann frage ich mich schon, welche politische Gruppe hier in unserem Land tätig ist. Bevor ich in einige Details einsteigen möchte, möchte ich schon zur Wortmeldung vom Bürgermeister, Abgeordneten Bernd Stöhrmann etwas sagen. Solche Untergriffe, wie Geisteshaltung einer Partei, 3 Milliarden nach Wien schicken, diese Form, ohne Anstand der Frau Landeshauptmann gegenüber gesagt wurden, jener Person, die unser Land in hervorragender Art und Weise führt und Anerkennung weit über die steirischen Grenzen findet, so etwas zu unterstellen, ist eine Ungeheuerlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Und dann noch sagen: „Und wenn ich das Gespräch mit dir hier zitiere, wirst du dann vielleicht auch weg sein.“ Also so etwas Unehrliches, natürlich habe ich um jeden Gendarmerieposten, jedes Postamt, um jedes Finanzamt und um jedes Bezirksgericht gekämpft. Ihr habt es nur plakatiert und getan habt ihr nichts, in der Vergangenheit wie auch jetzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend zu deinem Gendarmerieposten. Weißt du, wer das im Bezirk Mürzzuschlag ursprünglich gemeldet hat? Dein Bezirkshauptmann Dr. Ofner, Mürzzuschlag, Krieglach und Kindberg genügen als Gendarmerieposten, hat er mir selbst gesagt. Das war die ursprüngliche Meldung, das haben wir uns nicht gefallen lassen. Und wenn eurer SPÖ-Landesgendarmeriekommandant Scheifinger 49 Posten auf der Liste gehabt hat und letztendlich sind nur 24, noch immer viel zu viel, aber nur 24 zusammengelegt worden, dann haben sich hier Leute angestrengt und gekämpft und nicht nur große Töne gespuckt, was von deiner Seite immer gekommen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, das Wort Nulldefizit ist letztendlich das Wort des Jahres 2001 geworden. Wenn hier immer alles zerredet wird und alles schlecht gemacht wird, dann darf ich Ihnen einige Zitate mitteilen: „Mehrheit für Nulldefizit!“, „Österreicher wollen keine Schuldenpolitik!“ Ich weiß nicht, ob Sie diese Statistik gelesen haben. 57 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind generell mit dieser Bundesregierung zufrieden. Und jetzt kommt es, von den 30- bis 39-Jährigen sind 61 mit dieser Budgetpolitik zufrieden, von den 20- bis 29-Jährigen 60 Prozent und von den über 55-Jährigen 55 Prozent. Verehrte Damen und Herren, nur 24 Prozent, auch ein erklecklicher Anteil, sind negativ dazu eingestellt.

Jetzt komme ich zu Nettodefizit, Neuverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt. Verehrte Damen und Herren, im Jahre 1973, wo der Sonnenkönig Bruno regiert hat, war der Verschuldungsgrad zum Bruttoinlandsprodukt etwas mehr als ein Prozent, 1983, als er sich verabschiedet hat, war das größte Defizit von 5,3 Prozent SPÖ-Alleinregierung. Der große Franz hat es dann bis 1999 wieder etwas abgebaut, dann war der

Vikerl da, der hat es auf 2,5 bis 2,7 Prozent gebracht. Und in zwei Jahren hat man 120 Milliarden abbauen müssen und jetzt haben wir 0,7 Prozent, das hat man prognostiziert und letztendlich ist es so, dass wir auf null gekommen sind.

Und wenn Sie die „Kronenzeitung“ vom 24. November lesen, ich zitiere, „Landes-SP gegen Stabilitätspakt, die Bundes-Roten aber sind dafür!“, und da schreibt der große Vorsitzende der Sozialdemokraten auf Bundesebene: „Aus Verantwortung für diesen Staat, so begründete SP-Chef Alfred Gusenbauer das Ja zu seiner Fraktion zum Stabi-Pakt!“ Verehrte Damen und Herren, man mag denken über ihn wie man will, aber letztendlich ist es so, dass sich sehr wohl der Bundesvorsitzende seiner Verantwortung für ein ordentliches Budget für die Zukunft bewusst war. Weiters eine „Kronenzeitung“-Meldung vom 12. Jänner, weil hier mit der Arbeitslosenstatistik, lieber Kurt Gennaro, meines Erachtens sehr oberflächlich umgegangen wird. Ich will das nicht mehr wiederholen, jeder einzelne Arbeitslose ist zu viel. Aber Dr. Wailand ist ja kein Unbekannter, „Arbeitslose, das moderne Märchen“. Es sei die neue soziale Kälte, die dafür verantwortlich sei und das unangebrachte Streben nach einem Nulldefizit, damit würde Österreich kaputt gespart. Das ist das SPÖ-Gejammer. Genau deshalb sei die Zahl der Arbeitslosen dramatisch auf 268.000, jetzt knapp 300.000, hochgeschwollen. So tönt es derzeit aus der Oppositionspartei SPÖ. Keine Frage, dass jeder Arbeitslose einer zu viel ist. Hier wird ein modernes Märchen aufgetischt. Und jetzt kommt es, es ist heute schon sehr oft zitiert worden. Denn schon Ende 1997/98/99, ich möchte mich nicht mehr wiederholen, hatte Österreich ähnlich viele Arbeitslose, ein Jahr davor sogar mehr, wer hat damals gegen die soziale Kälte polemisiert und geklagt? Natürlich, verehrte Damen und Herren, damals war ganz an der Spitze noch die SPÖ zuständig.

Ich möchte weiters noch sagen, dass die Budgetpolitik, verehrte Damen und Herren, in letzter Zeit sehr, sehr schwierig geworden ist. Nicht nur in der Gemeinde, im Land oder im Bund. Wenn man sich die Situation jetzt auf europäischer Ebene anschaut mit der EU-Erweiterung und dergleichen. Aber, verehrte Damen und Herren, wenn wir nur hergehen und nur immer das Getane in Abrede stellen oder in Frage stellen, dann muss ich Ihnen ganz offen sagen, dann versteht man letztendlich die Welt nicht mehr. Denn unser Landesrat, Finanzlandesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl, ich brauche ihm keinen Zucker streuen, hat sicherlich kein leichtes Unterfangen hinsichtlich der Budgetpolitik auferlegt, und ich tue es nicht, dass ich jetzt hergehe und Rechnungen auf seinen Vorgänger aufrechne und dergleichen. Denn ich habe es hier schon einige Male gesagt, dass auch viele Dinge von Ing. Ressel angesprochen worden sind, die berechtigt waren, ich sage das ganz offen. Aber heute zu sagen, alles wird verscherbelt nur negativ beurteilt und nur hinschlagen auf den Finanzlandesrat, da waren wir ja Lamperln in der Zeit, wo dieses Ressort bei euch war, das muss ich ganz offen sagen. Wir waren da anständig. (Abg. Gross: „Da hat es ja nicht so einen Grund gegeben!“) Liebe Frau Landesrat in spe, schauen Sie sich die Protokolle an. (Abg. Gross: „Da ist nichts verscherbelt worden. Da haben wir versucht, dass wir für das Land etwas zustande bringen!“) Ja, ja, schauen Sie sich den Schuldenberg an! Entschuldigen Sie, Frau Landesrat in spe, Sie werden in Bälde hier heroben Mitverantwortung tragen. Ich hoffe, dass ich Ihnen jetzt nicht geschadet habe, geschätzte Dame. (Abg. Stöhrmann: „Straßberger, das mit den Lamperln stimmt, weil leuchten werdet ihr nie!“) Ist schon klar. Verehrte Damen und Herren, einen Vorwurf schon an den Vorgänger. Denn da ist eine Rücklagenpolitik betrieben worden wie nie zuvor und das ist auch ein Problem, dass wir letztendlich diese Rücklagen zum Auflösen haben. (Abg. Gennaro: „Deswegen hat die Landeshauptfrau dem Ressel das Ehrenzeichen überreicht, weil er so eine gute Politik gemacht hat! So schaut es aus!“) Kurtl, zum Auflösen, dass wir letztendlich unser Budget wieder in Ordnung bringen. Lieber Kurt, ich weiß, deine Aufbruchtheit ist deshalb vorhanden, weil du nicht mehr der Vorsitzende im Finanz-Ausschuss bist. (Abg. Gennaro: „Um Gottes willen!“) Wir arbeiten aber gut zusammen. (Abg. Gennaro: „Du kannst mich wenigstens zum Vorbild nehmen!“)

Verehrte Damen und Herren, der Stabilitätspakt ist sicherlich ein Papier, das auch seine Kanten hat, aber letztendlich sind wir das letzte Bundesland, das dieses noch nicht beschlossen hat. (Abg. Gross: „Reine Selbstdarstellung!“) Das ist keine Selbstdarstellung, das ist ein Muss, das sage ich auch und darum bitte ich Sie höflichst, diesem Stabilitätspakt zuzustimmen für unser Steirerland. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (13.37 Uhr): Hohes Haus, Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte!

Es ist schlicht und einfach – damit die Wahrheit in diesem Hause ihren Stellenwert behält – erforderlich, dem Kollegen Straßberger ein paar Dinge richtigzustellen und das würde die wenigen Minuten, die man hat, um eine tatsächliche Berichtigung zu platzieren, weitaus sprengen, so dass ich eine komplette Redezeit dazu verwenden muss, all das zu konterkarieren, was hier alles an Unwahrheiten behauptet wurde. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Erster Punkt. Lieber Freund, es wird davon gesprochen, dass wir – du sagst, ich zitiere nur einen deiner ersten Sätze: „Die SPÖ ist der Meinung, sie wisse alles besser, sie würde das Land für dumm verkaufen, ein Land nur negativ beurteilen und im Plakatieren wären wir Weltmeister!“ Lieber Freund, zum Thema Besserwissen darf ich dich belehren, nicht wir wissen es besser, sondern es wissen offensichtlich sehr viele besser, denen auch du das Wissen nicht absprechen wirst können. Ich denke hier an die Fachleute zum Beispiel der „Salzburger Nachrichten“, ich denke an die vielen, die das alles kommentiert haben und ich zitiere. (Abg. Tasch: „Seit wann ist ein Journalist ein Fachmann?“) Ich zitiere. Lieber Freund, ich an deiner Stelle würde mich geschmeichelt schätzen, mit Frau Gertraud Leimüller in Sachen Wirtschaftskompetenz in einem Atemzug genannt zu werden. Lieber

Freund, wenn es hier heißt, Nulldefizit des Jahres 2000 wird als Mogelpackung entlarvt – nicht unser Wort –, wenn es hier heißt, nicht nur der Raubzug durch die Taschen der Steuerzahler ist einmalig – nicht unser Wort, weil du sagst, wir wüssten es besser, sondern auch die Chuzpe, mit der neue Schulden als Einnahmen verkauft werden. Und da spreche ich an den Herrn Kollegen Drexler, der gemeint hat, man könne nicht etwas auf der einen Seite als Mogelpackung bezeichnen und auf der anderen Seite alles sozusagen schlecht machen. Dann beklage dich bitte bei jenen, die hier in den „Salzburger Nachrichten“ am 1. Februar und in der nächsten Ausgabe am 2. Februar genau das tun, was wir immer tun, nämlich die Wahrheit sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Wahrheit ist, Österreich darf Erlöse aus Bundesimmobilien nicht im Budget verbuchen. Damit wackelt auch der Stabilitätspakt. Und wenn Europa diesen Stabilitätspakt in höchstem Maße ins Wackeln bringt, dann stellen Sie sich hier her und sagen, das ist eine tolle Sache für unser Land. Das ist ja unglaublich. Wider besseres Wissen jagen Sie dieses Land in eine Zukunft, von der Sie immer reden, sie werde immer von uns verteuft. Meine Damen und Herren, der Kollege Lopatka spricht von der Verantwortlichkeit für die Zukunft. Ja, ist denn das eine Verantwortlichkeit für die Jugend unseres Landes, wenn wir zum Beispiel mit diesem legendären Pakt, mit dem Verkehrsgesamtpaket bis ins Jahr 2070 die Schulden fortschreiben? Ist das eine Verantwortung für die Zukunft, wenn Sie erst im Jahr 2021 zu bauen beginnen wollen? Ist das eine Verantwortung für die Zukunft, wenn Sie hier gesagt bekommen müssen unter dem Titel: „Beim Schwindeln ertappt, dabei hatte er in Wahrheit neue Schulden in Euro-Milliardenhöhe erzeugt!“ (Abg. Mag. Drexler: „Joi!“) Ja, Sie sagen „Joi“, weil es euch wurscht ist, weil euch die kommenden Generationen wurscht sind. Uns sind sie nicht wurscht, weil wer heute Schulden erzeugt, gräbt in Wahrheit die Zukunft unseres Landes ab. Und wer heute behauptet, dass der Verkauf und diese Art von Verscherbeln nicht Schulden in Zukunft erzeugt, der tut es dann wider besseres Wissen. Es wurde permanent vor Augen geführt, insbesondere seit 1. Februar, seit wir also wissen, dass die BIG- und die LIG-Konstruktionen von Brüssel jedenfalls nicht akzeptiert werden. Und Sie sollten, wenn Sie immer sprechen von der wundersamen Wende Ihres wundersamen Wendewolfs, meine Damen und Herren, der Herr Bundeskanzler hatte gestern einen Besuch, bei dem er sich eigentlich erkundigen hätte können. Der Herr Bundeskanzler hatte gestern den Besuch von Bill Gates. Den hätte er fragen können, was der unter Wende versteht. Den hätte er fragen können, was er unter Wende in der Wirtschaftspolitik versteht, wo es jetzt aufwärts geht in den USA. Ja, was war denn die legendäre Wende in Amerika in den letzten Jahren? Sie haben sich nunmehr entschlossen, durch öffentliche Investitionen der Wirtschaftsflaute gegenzusteuern. Also genau das Gegenteil von dem, was hier bei uns unter Wende verkauft wird. Sie hinken wieder einmal mit Ihrer Wirtschafts-ideologie um Jahrzehnte nach.

Meine Damen und Herren! Originelle Politik, der Herr Kollege Drexler hat von origineller Politik für die Zukunft gesprochen. Also als wirklich originell kann ich es nicht bezeichnen, wenn man neue Schulden der Bevölkerung als Einnahmen verkaufen will. Meine Damen und Herren, Sie wissen es besser, sagen Sie, und ich muss Ihnen sagen, natürlich weiß man es besser, wenn man schlicht und einfach nachliest, was die Fakten sind. Der Herr Lopatka hat sich darüber beklagt, dass unser Kollege Gennaro Portugal unter anderem genannte hat. Und er hat gemeint, er möchte nicht mit Portugal verglichen werden. Das glaube ich ihm, wenn ich mir die Ziffern ansehe. Steuern 2001: Österreich plus 1,3 Prozent in der Bewegung, Portugal minus 0,5. Und wenn ich mir anschau den Einkommenszuwachs 2002: Österreich 0,7, Portugal plus 1,9. Und wenn ich mir anschau Wirtschaftswachstum: Österreich 1,3, Portugal 1,5. Ja, da glaube ich schon, dass er nicht verglichen werden möchte. Dann möge er aber bitte bei der Wahrheit bleiben und hier nicht in einem Zwischenruf oder in einem Statement hier fälschlicherweise behaupten, er möchte nicht in seiner wirtschaftspolitischen Anschauung mit Portugal verglichen werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir bei der Wahrheit blieben, dann müssten wir erkennen, dass das, was hier heute beschlossen wird, zu Lasten der künftigen Generationen beschlossen wird und dass es etwas ist, was Sie wider besseres Wissen eine Mogelpackung, die sowieso nicht durchgehen wird, hier heute beschließen zum Schaden unseres Landes. (Beifall bei der SPÖ. – 13.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, als Letzter zum Tagesordnungspunkt 8 hat sich der Herr Landesrat Paierl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (13.45 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Grabner hat von einem Besuch, den der Herr Bundeskanzler und Wien gestern aus Amerika hatten, Bill Gates, gesprochen. Der steht für Technologie, für Wandel, für Veränderung auf ein entsprechendes wirtschaftspolitisches und strukturpolitisches Umfeld. Aber er hätte auch erwähnen können, dass der Herr Bundeskanzler und auch andere, etwa der Nationalratspräsident Heinz Fischer und das Renner-Institut in Wien einen zweiten prominenten sozialdemokratischen Führer dieser Welt zu Besuch hatten, nämlich den schwedischen Budgetsanierer und Staatssanierer, den Sozialdemokraten Person. Und wissen Sie, was der gesagt hat? (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das Gleiche, was Kurt Gennaro gesagt hat!“ – Beifall bei der SPÖ.) Okay! Meine diesbezügliche Wertschätzung von Kurt Gennaro hat er hier bestätigt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Zum richtigen Zeitpunkt muss man dagegensteuern. Die Amerikaner steuern dagegen!“) Ich lese es Ihnen trotzdem vor: „Auch SPÖ soll keine Schulden machen. Es kann niemals ein Ziel sozialdemokratischer Politik sein, den öffentlichen Finanzsektor in Schulden zu stürzen“, sagte Schwedens sozialdemokratischer Ministerpräsident Gordon Person vor dem Renner-Institut in Wien. Und er ist wie gesagt der Sanierer und hat einen Budgetüberschuss 2001, 2002 in der Größenordnung von 3,6 und 4,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, Plus, und das ist kein schlimmer, rechter, neoliberaler Würger, sondern das ist durchaus ein verdienstvoller und tüchtiger sozialdemokratischer

Sanierer eines Staatshaushaltes, denn Sie wissen ja, was letztlich jahrzehntelange falsche Budget- und Finanzpolitik in Schweden auch angestellt hat. Und ich könnte diese Liste, meine Damen und Herren, nämlich vor allem in Richtung jener Desorientierung in den Reihen der SPÖ, nämlich über Fragen der richtigen Finanz- und Budgetpolitik in Europa fortsetzen, durchaus vergleichbar mit Österreich unter sozialdemokratischer, sozialistischer linker Führung. Und das – bitte – meine Damen und Herren, müssen Sie natürlich in der Frage der Glaubwürdigkeit Ihrer Politik, wo immer Sie sitzen, einmal in der Regierung, dann auf der Oppositionsbank mit sich selbst ausmachen.

Aber lassen Sie mich zum Schluss dieser Debatte, die ich durchaus – da haben wir schon Schlimmeres gehabt (Abg. Gennaro: „Wir haben Sie heute eh geschont!“), würde ich sagen in dem Haus – nicht für unangenehm empfunden habe, kommen, insbesondere Gennaro hat für mich eine sehr ausgewogene Position eingenommen. Ein paar noch nicht so geübte und vielleicht mit den nicht ganz richtigen Unterlagen ausgestattete Abgeordnete, da würde ich sagen, das ist dann vorbei, wenn der Fasching vorbei ist, diese Reden oder Teile dieser Reden würden dann ab dem Aschermittwoch nicht mehr gehalten werden. Das haken wir auch ab. (Abg. Gennaro: „Ich glaube schon!“) Ich würde doch bitte, meine Damen und Herren, bleiben wir bei der Sache und fragen wir uns, was dieser Stabilitätspakt – bitte nehmen Sie das Wort noch einmal (Abg. Gennaro: „Stabilitätspakt müsste er heißen!“) – Gennaro ist noch im Fasching. Es möge durchgehen, es ist in Ordnung! – was der Stabilitätspakt – jetzt im Ernst – für das Land und für die Menschen in diesem Land wirklich ist. Mir geht es im Ernst selbst in dieser etwas fasching-launigen Stimmung um die Frage, was dient dem Land und den Menschen dieses Landes? Ist es eine unbegrenzte und unbeschränkte Defizitpolitik, was wir letztlich vor allem auch bei den Systemerhaltungsausgaben – und da bitte ich wirklich, lesen Sie nach bei Ihren eigenen Intellektuellen, etwa Egon Matzner – die Systemerhaltungsausgaben, was Sie da machen müssen. Da müssen Sie einsparen, denn eines wäre ja sonst auch ein Widerspruch, wir haben im Moment im System des Staates auf allen Ebenen die höchsten Einnahmen. Das ist ja unbestritten, wir haben das meiste Geld und trotzdem gibt es das Wehgeklage und das Geschrei permanent, dass zu wenig Geld da wäre. Das stimmt doch nicht. Wir haben es ja, die Frage ist nur, in welchen Sektoren durch Reformen und Veränderungen setzen wir es ein. Und Frau Klubobmann der Grünen, Sie haben Recht, bei den Bildungsausgaben – weil Sie wissen es, ich habe es Ihnen im Detail immer wieder geschrieben und wir haben da einen sehr anständigen Dialog mit Ihrem Klub, im Bildungsausgabenbereich des Landes, soweit wir eben zuständig sind und können, haben wir aufgestockt. Stichworte: Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm, Fachhochschulen – wir sind das einzige Bundesland, das am meisten, in der Zeit, wo wir auf der einen Seite im Systemerhaltungsbereich sparen, bei den Zukunftssicherungsausgaben ausweiten und uns auch nicht, meine Damen und Herren, bitte, vor allem von der SPÖ-Seite, wir scheuen uns ja dort nicht, in Darlehensfinanzierungen zu gehen. Das ist ja auch der Vorschlag gewesen, lieber Peter Hagenauer, ich mache gerne ein Privatissimum mit dir, weil du verstehst es ja, ein Vorschlag gewesen in Richtung Finanzierung, gerade jener von dir eingeforderten Grazer öffentlichen Nahverkehrs- und Drehscheibenfunktionsinvestitionen, die Rüsich auch angesprochen hat. Genau das ist es ja, wir sind ja da gefordert, nur, der Verkehrsreferent hat das Geld nicht. Und jetzt ist es eine Aufgabe der Regierung, zusammen mit dem Verkehrsreferenten ein Modell zu entwickeln, wie wir über den Lebenszeitraum von Infrastruktur, so etwa auch bei den Schulen, Fachhochschulen uns bei der Refinanzierung behelfen können und das noch maastrichtfreundlich. Also bitte entschuldige, da verstehe ich die Welt nicht mehr, warum wir uns dort nicht verschulden können. Aber – und jetzt kommt es – wir achten darauf und das ist das landespolitische Ziel, weil dann immer der Vorwurf der Verschuldung und des Schuldenmachens kommt, bei der LIG, bei der KAGES und so weiter. Ja, dazu stehen wir, es geht ja kein Cent irgendwo verloren. Wir entschulden uns! Lieber Bernd Stöhrmann, Mahlzeit! (Abg. Gennaro: „Wir müssen ein paar Zuckerln nehmen, weil Sie so eine bittere Reden halten!“) Es täte dir auch ganz gut, wenn du ein bisschen aufpassen würdest in der Frage, nämlich in der Sachfrage Ich weiß schon, das kannst du dann in der Polemik im Parteigremium dann ohnedies wieder vergessen, aber nur für den Bereich. Und wir haben da auch Journalisten, Medienvertreter und noch Zuseher da. Wir verschulden uns auf der einen Seite zugegebenermaßen, gezielt für bestimmte Zukunftsausgaben, Krankenanstaltenbereich, Liegenschaftsbereich, Privatwirtschaftsverwaltung, verantwortungsvoll (Abg. Gennaro: „KAGES, Gesundheitsbereich?“), habe ich ja gesagt, KAGES, Krankenanstalten, in etwa 15 Milliarden Schilling bis Ende 2004. Das ist abzusehen. Da beschließen Sie mit. Und im gleichen Zeitraum entschulden wir uns in dieser Größenordnung, so dass der Gesamtschuldenstand in einer Art konsolidierten Darstellung stabil ist. Ziel der Frau Landeshauptmann, der Regierung Klasnic, keine neuen Schulden machen, um nicht zukünftige Generationen zusätzlich zu belasten. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine Damen und Herren, weil da immer wieder der Vorwurf kommt, zuerst haben wir zu schnell verhandelt und haben wir zu schnell abgeschlossen und jetzt ist es zu langsam. Lassen Sie mich auf ein Faktum hinweisen. (Präsident Ing. Kinsky: „Meine Damen und Herren, der Landesrat Paierl ist am Wort!“) Weil immer wieder der Vorwurf kommt, zu spät und zuerst zu schnell, weil, die Frau Landeshauptmann – Sie hat mich zu diesem Termin mit dem Finanzminister und mit dem Bundeskanzler mitgenommen – politisch zu dem Ziel, dem gesamtstaatlichen, dem staatspolitischen Ziel der Stabilität und des Wachstums, nämlich gerade in Richtung der Arbeitsplätze und des Zuwachses und der Prosperität und der Sicherung und der Erweiterung des Wohlstandes. Nur dieses Ziel gibt es. Die Budgetpolitik und die Wirtschaftspolitik sind ja kein Selbstzweck, sondern das ist die Aufgabe aller Gebietskörperschaften hier zusammenzuwirken und das ist unterschrieben worden. Und weil immer gesagt wird, naja, ihr habt schlecht verhandelt und die anderen haben besser verhandelt, weil die haben eben mitgestimmt, also die Wiener, die Kärntner oder die Burgenländer. Das war der Tag, an dem die Frau Landeshauptmann 50 Prozent in der Größenordnung von 500 Millionen Schilling Anteil vom Bund in die Steiermark gebracht hat, wie in keinem anderen Bundesland. Das übersehen Sie. Das sind die Mittel, die wir jetzt

schon dringend brauchen und ausgeben müssen für die Infrastruktur am A1-Ring oder auch für die Kulturgeschichte. Und ein weiteres, jüngstes Beispiel, das ist das Beispiel im Vorjahr gewesen. Die Frau Landeshauptmann hat dort im Bundeskanzleramt diese steirische Solidarität einerseits eingebracht, aber andererseits auch etwas dafür gekriegt.

Letztes Beispiel, die Frau Landeshauptmann ist bereits auf Grund dieses Dialoges im Zusammenhang dieses Reformdialoges in Wien, gemeinsam auch mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter als zuständigen Verkehrsreferent, dort hart aufgetreten, hat weiter verhandelt und es ist der Brief da, meine Damen und Herren, und das sollten Sie würdigen im Interesse des Landes, weil das interessiert die Menschen, dass nämlich das Projekt 171, das ist die S 36 von Judenburg bis Scheifling, vorgereicht ist und bereits im Zeitraum von 2002 bis 2006 umgesetzt wird. Das ist es! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Das ist schon eine Leistung!“)

Meine Damen und Herren, ich weiß, polittaktisch tut euch das weh (Abg. Gennaro: „Weh tut mir gar nichts. Nur, den Brief kenne ich nicht. Wir hoffen, dass es stimmt!“), aber ihr könntet ja trotzdem über euren Schatten springen und sagen, danke sehr, funktioniert. Denn eines, meine Damen und Herren, müssten Sie wissen und zum Teil ist Ihre Linie ja nicht bekannt in vielen Fragen, auch in dieser nicht. Diese Vetohaltung, die Sie in dieser Grundsatzfrage einnehmen, ist schädlich. Sie schadet dem Land, sie schadet den Menschen in dem Land und damit müssen Sie zurechtkommen. (Abg. Gennaro: „Wir werden Sie 2004 fragen, wie Sie das Land geschädigt haben mit dieser Politik. Wir zwei werden es erleben!“)

Nicht nur aus der ÖVP-Fraktion, sondern selbst aus der grünen Fraktion. Bitte erinnern Sie sich, was die Klubobfrau dort gesagt hat. Bitte vergessen Sie den Blödsinn mit den 3,5 Milliarden Schilling nach Wien schicken. Das glaubt kein Mensch mehr. Es ist letztlich auch keine Alternative, die Sie bieten. Diese Alternativen, die heute ohnedies kritisch hier angemerkt wurden, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben. Bitte vergessen wir das. Schlechtestes Wachstum, höchsten Verschuldungsgrad, höchste Arbeitslosigkeit und eine Perspektive, die letztlich katastrophal ist. Also ich bitte Sie, bleiben wir da bei unserem Kurs, denn letztlich haben wir von wirklich neutraler und unverdächtig Stelle, nämlich WIFO, Sie zitieren es auch immer, die Prognose der österreichischen Bundesländer, der österreichischen Regionen, sozusagen die Bundestabelle, die Bundesligatabelle für 2000 bis 2005, wobei wir 2001 und 2002 bald konsumiert haben. Steiermark ist, was das Wachstum anlangt, an der Spitze, Nummer eins, plus 3,2 Prozent. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber, meine Damen und Herren, ich sage gleich dazu, das kommt nicht von allein. Natürlich ist eine solide, nachhaltige Strukturpolitik die beste und die einzige Möglichkeit und das einzige Instrument, gegen von außen kommende konjunkturelle Schwankungen aufzutreten. Das wissen wir. Und deswegen nicht abgehen von der Konsolidierung, nicht abgehen vom Stabilitätskurs und gleichzeitig Wachstum zu garantieren. Nur eine Liste, ich gebe Sie Ihnen gerne, Sie wissen es ja, insbesondere Gennaro weiß es, weil wir ja in allen Beiräten beisammen sind. Ich muss ihn ja nur ein bisschen motivieren, dass er in seinem Klub das auch weitergibt. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ich habe auch etwas. Beim Schwindeln ertappt, steht oben!“) Die Leistungsbilanz in den offensiven Bereichen für 2001, nur Stichworte. Der Zukunftsfonds, die sechs neuen Fachhochschullehrgänge, die Winterbauoffensive.

Ich habe den Klubobmännern geschrieben (Abg. Lechner-Sonnek: „Klubobfrau!“), dass ich auch in dieser Frage – ernsthaft – mit den Experten, mit Ihren Experten, mit meinen Experten, zu jeder Diskussion, zu jeder Zeit in Ihrem Klub bereit bin aufzutreten. Die Grünen haben dies ja schon frühzeitig in Anspruch genommen. Ich würde Sie bitten, wenn Sie Oppositionspolitik betreiben, dann ein bisschen mehr Inhalt, ein bisschen mehr Differenziertheit.

Noch ein Letztes: Naturnutzungsabgabe. Ich bin ja nicht nur Finanzreferent, sondern ich bin ja auch Wirtschaftsreferent. Deswegen können Sie ja auch in der Unterlage nachlesen und deswegen ist auch der Antrag der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion, ein Entschließungsantrag, in meinem Sinne, keinen Millimeter abgehen davon. Es darf, es wird keinen Standortnachteil geben, aber wir werden selbstverständlich, wie damals schon der Kollege Ressel – im Übrigen im Zusammenwirken, da hat es kein Problem gegeben –, Möglichkeiten suchen rechtlicher Natur. Ich weiß, wir wissen heute schon, dass es sehr, sehr schwierig werden wird, wo wir Kostenlos- oder Billigexport von steirischen Ressourcen versuchen in eine Art Abgabepflicht zu nehmen im Interesse der Steiermark. Nicht die Steiermark belasten, sondern für die Steiermark etwas Erlösen, heißt die Devise. Und ich bitte Sie, dass Sie da durchaus kritisch aus allen Lagern, aus allen Interessenslagern mitwirken.

Zur LIG: Es ist da schon gesagt worden, insbesondere von Wiedner, bitte unterscheiden Sie zwischen Ausgliederung und Privatisierung. Das, was dann Kollege Gruber aufgeführt hat, war also der doppelte Salto mit Todesspirale. (Abg. Gennaro: „Aber er hat es überlebt!“) Auf der einen Seite von der LIG zu reden und dann sofort auf die Privatisierung zu kommen in einem Bereich, wo Ihnen ja schon gesagt wurde, was sinnvoll ist, was verantwortungsvoll ist, wo man Kompetenz in die Regionen zurückgeben und dazu noch etwas Erlösen kann. Also bitte, auch da müssen Sie wirklich einmal Ihren Weg finden.

Zur LIG: Wir haben und wir werden alle diese Vorgaben – das hat begonnen am 16. Oktober 2000 bei einer LH- und Landesfinanzreferentenkonferenz, da war noch Ressel mit der Frau Landeshauptmann mit im Burgenland unter Führung im Übrigen des legendären Landeshauptmann Stix, der das ausverhandelt hat. Es ist eine Liste vorgelegt worden und nach dieser Liste gehen wir vor. Und nach dieser Stix-Liste gehen wir vor. Die hat Häupl – immer dabei gewesen – nie kritisiert und nie in Abrede gestellt. Sie werden auch so eine ähnliche Konstruktion wählen, selbstverständlich, weil wir damit mehrere Ziele erreichen. Wir erreichen das Ziel der Privatisierung in dem Bereich, wo es nicht betriebsnotwendig ist, und im anderen Bereich haben wir eine privatwirtschaftliche Form der Führung von Vermögen. Weil da Ängste aufgetaucht sind, ja wer wird das dann letzt-

lich entscheiden? Selbstverständlich gibt es da nicht nur die handelsrechtliche Zuständigkeit der Einzelnen. Das ist so zu verstehen, dass wir dort diese Anforderungen, die etwa von EUSTAT kommen, wie am Markt als Firma aufzutreten, auch für Dritte zu arbeiten, zum Beispiel jetzt auch den Aufsichtsrat bestellt zu haben oder auch die Frage der Geschäftsführung – ist ausgeschrieben worden – erfüllen. Das war das Problem, das etwa die Bundesimmobiliengesellschaft gehabt hat. Wir werden auch im Arbeitskreis des Finanzministeriums aktiv mitwirken.

Meine Damen und Herren, ich komme schon zum Schluss. Ich behaupte nochmals, dass aus steirischer Sicht es keine Alternative zu diesem Kurs der stabilitätsorientierten Budget- und Finanzpolitik gibt. Ich habe das hier am 18. April bei meiner Budgeteinbegleitungsrede für 2001 und 2002 schon ausführlich ausgeführt, dass es eine Trendwende geben hat müssen – das hat ja auch der Kollege Ressel nie bestritten, er hat immer wieder davon geredet, dass wir gewisse Dinge ab 2000/2001, etwa bei der Krankenhausfinanzierung, uns nicht mehr leisten werden können –, dass wir Verschuldungspolitik als Nichtpolitik ablehnen. Wir müssen auch im Sinne einer sozialen Politik und der sozialen Kompetenz, gerade in unserem Lande, diese Maßnahmen setzen. Ich bitte Sie, dass Sie diese Frage der sehr intelligenten und verantwortungsvollen Vorgangsweise und auch des Weitblickes richtig sehen, weil wir eben nicht von einem Tag auf den anderen denken. Wir legen Ihnen ja jetzt schon ein Programm bis 2004 vor, dass die Steiermark da dabei ist. Noch einmal, Veto oder irgendwie sich dort hinauswindeln zu wollen, das können wir nicht, das wollen wir nicht. Ich bin überzeugt davon, dass, gerade im Interesse – weil das im Moment so ein Thema ist – der Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzentwicklung, der Dynamik im Lande, diese Politik die einzig mögliche und die einzig richtige ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nunmehr hat sich zu Wort gemeldet die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (14.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zwei Punkte direkt gerichtet an den Landesrat.

Zuerst: Wir freuen uns natürlich darüber zu hören, dass es jetzt doch um eine offensive Haltung und um Input geht für den öffentlichen Verkehr für Graz. Graz hat das sehr notwendig. Ich weiß nicht, ob es sich um einen Schwenk handelt oder ob Sie seit Ihrer Pressekonferenz in Sachen Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gescheiter geworden sind, neue Inputs bekommen haben. Ich habe hier zufällig dabei den Artikel der „Kleinen Zeitung“. Da ist ausschließlich von Landesstraßen die Rede und kein Wort von öffentlichem Verkehr. Natürlich ist es für uns ein großer Fortschritt, wenn es jetzt doch um öffentlichen Verkehr geht bei Ihrer Initiative. Es ist nicht nur umweltspezifisch ein Fortschritt und zukunftsweisend, sondern es ist ja auch budgetär etwas ganz anders, als nur in den Straßenbau zu investieren, wo man ganz genau weiß, dass es immer weiter nur um Zahlen und Geldausgeben gehen wird, während man beim öffentlichen Verkehr doch auch mit Einnahmen zu rechnen hat.

Graz wird sich freuen und ich bitte Sie darum, diesen Bereich und diese Inhalte auch in das Paket zur Nachverhandlung mitzunehmen, die es ja, wie wir gehört haben, mit dem Bund geben wird. Das ist das eine.

Das Zweite: Ich habe eine Frage gestellt und ich möchte sie noch einmal stellen, weil ich wirklich sehr an einer Antwort interessiert bin. Was wird sein, was werden Sie tun, wenn die Landesimmobiliengesellschaft nicht als maastrichtwirksam für das Budget anerkannt wird? Ich bitte um Antwort. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 14.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (14.08 Uhr): Konkret angesprochen, bei Letzterem beginnend. Wir werden – und das ist ja nicht nur Wien, das unser Partner ist, denn wir haben da ja keine Zuständigkeit in Richtung Brüssel, EUSTAT oder EU-Kommission, sondern das macht eben zentral für den Staat die Bundesregierung, haben wir signalisiert, haben wir auch in der Nebenabsprache festgelegt, dass wir als Länder, und da sind wir nicht allein, es sind ja sechs, sieben Länder, bis auf die paar kleinen sind alle dabei – selbstverständlich uns bei den Kriterienvorgaben von EUSTAT ausschließlich daran halten. Aber ich folge Ihnen für den theoretisch unmöglichen, sogar theoretisch unmöglichen, Fall, dass dann, worst case, trotzdem etwas passiert. Ich sage Ihnen, es passiert an sich bei uns gar nichts. Es hat der Bund ein Problem in der gesamtstaatlichen Darstellung des Nettodefizits oder der Nettoneuverschuldung – Plus, Minus. Wir nicht.

Und das ist ja auch ein Punkt, meine Damen und Herren, den wir als Steirer – aufgefordert natürlich durch die heftige Diskussion von Ihrer Seite, das bekenne ich durchaus – ehrgeizig herausverhandelt haben. Es gibt keine Sanktionen, falls irgendwas passiert, weil ja auch immer behauptet wurde, da gibt es dann irgendwelche Strafzahlen et cetera. Nein, das gibt es nicht. Also wenn wir diesen Bereich der Budgettechnik nicht schaffen würden – was ich nicht glaube, das sage ich noch einmal dazu, weil wir uns ja völlig an diese Spielregeln halten –, dann hätte ich kein Problem damit.

Aber ich habe einen anderen Effekt, den ich nicht übersehen darf, um den wir natürlich auch ringen, es ist nicht einfach. Es gibt Betroffene, da gibt es alte Hausmächte et cetera, et cetera, das bestreite ich ja nicht, dass wir nämlich die Landesimmobiliengesellschaft auch als ein Projekt der Verwaltungsreform in der Privatwirtschaftsverwaltung sehen, endlich einmal alles übersichtlich in einer Hand, endlich einmal übersichtlich und

transparent auch für Sie. Sie können ja dort Rechnungshöfe hinschicken, alles Mögliche, ist ja kein Problem. Außerdem können wir dort, was die Bauwirtschaft besonders fordert, deswegen verstehe ich ja nicht, warum Arbeitnehmervertreter so extrem da dagegen sind. Dort können wir über einen längeren Zeitraum finanzieren, was im einjährigen Budget nicht möglich sein wird. Wir werden ja dort bestimmte Rückstaus im Bereich der Schulen oder auch der öffentlichen Gebäude aufholen können. Wir haben ja schon die Pläne, das werden wir in den nächsten Jahren umsetzen können. Stichworte: Berufsschule Mureck zum Beispiel, weil ich den Abgeordneten Ganagl da sehe, altes Anliegen Gleinstätten, Murau, Graz. Okay, das war die eine Frage, die zweite, ich habe schon in Auftrag gegeben, dass Ihnen dieses Konzept oder zumindest der AV, den wir verhandelt haben, den ich mit dem Kollegen Schögggl besprochen habe, gegeben wird. So ist es auch von uns in der Pressekonferenz gesagt worden, nachdem die Frau Landeshauptmann das, wenn Sie sich erinnern, bei ihrer Anfragebeantwortung bei der Sondersitzung so auch vorgestellt hat. Sie hat ja davon gesprochen, das wird kommen und das werden Finanz- und Verkehrsressort abwickeln. Wir beziehen uns da hier auf die Schiene und auf die Straße, nicht nur Straße. Für einen Zeitungsartikel kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Ich gebe Ihnen das. Da wird darauf Bezug genommen, dass wir dort einen Finanzierungsbedarf haben im Gesamtverkehr, natürlich Schiene und Straße und wenn wir dem nicht nachkommen, dann können wir noch so viel in Generalverkehrsplänen in ganz vorrangigen Positionen haben, wenn wir es nicht finanzieren – und das geht vor allem Sie an –, wenn es nicht genehmigt wird. Also wenn ich aus der Nachbarschaftsstreitigkeit nicht herauskomme, Stichwort beispielsweise auch da in Graz und wenn ich gewisse Genehmigungen nicht kriege, dann werden wir auch nicht bauen können. Und uns schreibt jetzt der Bund, bitte sorgt dafür, dass ihr auf lokaler und regionaler Ebene erstens die Genehmigungen für diese Bauvorhaben habt, also immer wie gesagt Schiene und Straße und zweitens, dass ihr die Kofinanzierungen habt und nur dafür dient diese Verkehrsinfrastrukturgesellschaft, wenn es nicht VIG heißt, dann soll es von mir aus VESTAG heißen, Verkehrsinfrastrukturgesellschaft. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 8 liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Nutzungszugabgaben, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die mehrheitliche Annahme fest und wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 739/1, den Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mbH. von 25 Prozent an die Energie Steiermark AG. (ESTAG) sowie die Einräumung einer Option auf Erwerb der weiteren Landesanteile durch die Energie Steiermark AG. (ESTAG) nach Erwerb der 50-Prozent-Bundesanteile durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (14.14 Uhr): Im Sinne des Grundverständnisses über die Notwendigkeit eines schrittweisen Rückzuges des Landes auf die Kernbereiche seiner Aufgabenstellung wurde in dem vom Steiermärkischen Landtag genehmigten mittelfristigen Finanz- und Budgetplan und darauf fußend in der Budgetvereinbarung 2001 und 2002 unter anderem eine Restrukturierung beziehungsweise der Verkauf von Landesbeteiligungen festgelegt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Dezember 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: erstens der Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark von 25 Prozent an der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mbH. an die Energie Steiermark AG. zum Preis von 200 Millionen Schilling (14,534.566,83 Euro) mit der Maßgabe, dass es im Falle, dass es zu keiner Beteiligung der ESTAG an der Grazer Stadtwerke AG. kommen sollte, sowohl über Verlangen der ESTAG als auch des Landes Steiermark eine Rückabwicklung des Verkaufs zu erfolgen hat und zweitens die Einräumung einer bis 31. Dezember 2002 auszuübenden Calloption zum Preis von 500 Millionen Schilling (36,336.417,08 Euro) für weitere 50-Prozent-Anteile an der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mbH. im Falle des Erwerbs der Beteiligung der Republik Österreich durch das Land Steiermark wird genehmigt. Danke schön! (14.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (14.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Wiedner, List, Straßberger und Bittmann, betreffend Verkauf der Beteiligungen des Landes Steiermark an der Flughafen Graz Ges.m.b.H. einbringen.

In der Regierungsvorlage 739/1 wird auf Basis des Angebotes der Energie Steiermark AG. vom 6. Dezember 2001 der Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark von 25 Prozent an der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mbH. an die Energie Steiermark AG. zum Preis von 14,534.566,83 Euro (200 Millionen Schilling) mit der

Maßgabe genehmigt, dass es für den Fall, dass es zu keiner Beteiligung der ESTAG an der Grazer Stadtwerke AG. kommen sollte, sowohl über Verlangen der ESTAG als auch des Landes Steiermark eine Rückabwicklung des Verkaufs zu erfolgen hat.

Die ESTAG sieht den Erwerb dieser Beteiligung, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausschreibung bei den Grazer Stadtwerken (Zustandekommen einer „Steirischen Stromlösung“).

Zu der im Angebot der ESTAG vom 6. Dezember 2001 geforderten Rückabwicklung kann vorerst keine Festlegung getroffen werden, da das Verhandlungsergebnis der Stadt Graz hinsichtlich des Verkaufs von Anteilen an den Stadtwerken nicht präjudiziert werden kann.

Zur Wahrung der strategischen Interessen für den Wirtschaftsstandort Steiermark wird für den Fall der Nichtausübung der Call Option durch die ESTAG das Recht auf den Rückerwerb der 25-Prozent-Anteile zu einem Preis von 14,534.566,83 Euro (200 Millionen Schilling) eingeräumt. Dieses Recht kann auf Verlangen des Landes Steiermark ausgeübt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark von 25 Prozent an der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mbH. an die Energie Steiermark AG. zum Preis von 14,534.566,83 Euro (200 Millionen Schilling) wird genehmigt. Für den Fall, dass es zu keiner Beteiligung der ESTAG an den Grazer Stadtwerken kommt, kann sowohl die ESTAG als auch das Land Steiermark eine Rückabwicklung des Verkaufes verlangen. Eine Präjudizierung des Verhandlungsergebnisses der Stadt Graz hinsichtlich des Verkaufs von Anteilen an den Stadtwerken kann nicht getroffen werden. Ich ersuche um Annahme. (14.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und lasse zunächst über den Abänderungsantrag der FPÖ und ÖVP abstimmen. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Flughafen Graz Gesellschaft mit beschränkter Haftung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit erübrigt sich die Abstimmung hinsichtlich Punkt eins des Antrages des Berichterstatters. Ich lasse nunmehr über den Punkt zwei des Antrages des Berichterstatters abstimmen. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt zwei des Antrages des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 und 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 743/1, die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (zehnter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (14.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit dieser Vorlage soll der zehnte Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben in der Gesamthöhe von 323,808.904,90 Schilling genehmigt werden.

Diese Ausgaben sind in der Zeit vom 3. Dezember bis 17. Dezember 2001 angefallen und wurden durch Bindung von Ausgabenersparungen sowie Mehreinnahmen bedeckt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 14. Jänner 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der zehnte Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 323,808.904,90 Schilling wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (14.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 744/1, betreffend die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (14.21 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Ich darf berichten, dass nachstehende dringende und im offensichtlichen Interesse gelegenen überplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Ordentlichen Haushalt 2002 beschlossen wurden:

Beschluss vom 17. Dezember 2001: „Kostenersatz an die Sozialhilfeverbände im Rahmen der Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe“ – 1.453.456,68 Euro –, bedeckt durch Ausgabenersparungen bei „Flüchtlingshilfe, Entgelte für Leistungen von Firmen“.

Beschluss vom 3. Dezember 2001: „Lawinenwarndienst, Entgelte für Leistungen von Firmen“ – 25.435,49 Euro –, bedeckt durch Ausgabenersparungen bei „Maßnahmen auf Grund des Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetzes, Entgelte für Leistungen von Firmen und Institutionen“. Zusammen: 1.478.892,17 Euro.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 14. Jänner 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der erste Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der Vorlage angeführten überplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 1.478.892,17 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (14.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine Wortmeldung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 743/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 744/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 12 bis 22 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese elf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 343/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schleich und Stöhrmann, betreffend eine umfassende Reform des Agrarverwaltungssystems.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.24 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 26. Juni 2001 und 29. Jänner 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor, die auch die Stellungnahme der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark berücksichtigt.

In ihrer Stellungnahme hält die Landesregierung fest, dass das Landwirtschaftsförderungsgesetz die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark als Träger von Privatrechten regelt, wobei die Formen der Förderung unter anderem finanzielle Maßnahmen und auch Maßnahmen der Beratung und der Berufsausbildung umfassen. Auf diesen rechtlichen Grundlagen funktioniert die Förderungsabwicklung bislang unproblematisch.

Die Landesregierung berichtet, dass das derzeit installierte Abwicklungssystem laufend auf seine Effizienz überprüft und ständig nach Möglichkeiten der Rationalisierung und abwicklungstechnischen Verbesserung gesucht wird.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 343/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schleich und Stöhrmann, betreffend eine umfassende Reform des Agrarverwaltungssystems, wird zur Kenntnis genommen. (14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke schön.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 192/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Stöhrmann und Halper, betreffend Konsequenzen hinsichtlich der Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.26 Uhr): Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seinen Sitzungen am 27. März 2001 und 15. Jänner 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag liegt eine umfangreiche Stellungnahme der Landesregierung vor, worin berichtet wird, dass auf Basis der neuen Geschäftsordnung des Amtes die derzeitige Fachabteilung für das Veterinärwesen gemeinsam mit der derzeitigen Rechtsabteilung 12 und der derzeitigen Fachabteilung für das Gesundheitswesen die neue Abteilung „Gesundheit, Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit“ bildet.

Die Landesregierung berichtet weiters, dass die Zuständigkeit „Veterinärwesen – Rechtssachen“ von der derzeitigen Rechtsabteilung 8 auf die neue Fachabteilung „Sanitätsrecht und Krankenanstalten“ übergeht, womit dem gegenständlichen Antrag Rechnung getragen wird.

Die ehemalige Fachabteilung für das Veterinärwesen hat zu diesem Thema ein umfangreiches Papier erarbeitet.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 192/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Stöhrmann und Halper, betreffend Konsequenzen hinsichtlich der Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast, wird zur Kenntnis genommen. (14.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 340/1, der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Böhmer und Schrittwieser, betreffend die Entwicklung eines Leitbildes „Biologische Landwirtschaft in der Steiermark“.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.27 Uhr): Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 26. Juni 2001 und 29. Jänner 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird berichtet, dass das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft sowie die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft um Stellungnahme beziehungsweise Information ersucht wurden.

In einer Stellungnahme teilt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit, dass die harmonische Weiterentwicklung der biologischen Landwirtschaft einer der Schwerpunkte der Politik des Bundesministeriums ist. Daher wird begrüßt, dass die Bundesländer in diesen Bereichen Initiativen setzen.

Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft teilt mit, dass gemeinsam mit dem ERNTE-Verband ein Konzept für die Entwicklung des biologischen Landbaus in der Steiermark erarbeitet wurde. Bezüglich der Aktivitäten der Steiermärkischen Landesregierung wird berichtet, dass sich das von der Landesregierung am 15. Mai 2000 beschlossene Landesumweltprogramm Steiermark als Teil ihres Arbeitsprogramms in seinem Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung bekennt und auf eine ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Tragfähigkeit des Handelns abzielt.

Abschließend hält die Landesregierung fest, dass die Entwicklung des Leitbildes „Biologische Landwirtschaft in der Steiermark“ nicht erforderlich erscheint. Eine vollkommene Umorientierung des Förderungssystems soll nicht vorgenommen werden.

In der Ausschusssitzung am 29. Jänner 2002 wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Böhmer und Schrittwieser gestellt.

Ich bringe den Minderheitsbericht:

Die bereits bestehenden zaghaften Ansätze, betreffend die biologische Landwirtschaft, wie sie die Stellungnahme der Landesregierung darlegt, sind derart zu intensivieren, dass die Steiermark die Nummer eins des Biolandbaues in Europa wird.

Ohne ein Leitbild, das gezielt einen wesentlichen Ausbau, zum Beispiel 30 Prozent Biobauern in den nächsten zehn Jahren mit geeigneten Maßnahmen forciert, werden kaum entscheidende Verbesserungen in diesem Bereich möglich sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens ein umfassendes Leitbild einer biologischen Landwirtschaft für die ganze Steiermark zu entwickeln, damit diese das biologische Musterland Nummer eins in Europa wird.

Zweitens: Ziel dieses Leitbildes muss es sein, auf Qualität statt Quantität abzustellen, weshalb eine vollkommene Umorientierung im Förderungssystem vorzunehmen ist.

Drittens: Bei der Erstellung dieses Leitbildes ist darauf abzustellen, dass mittel- und langfristige Ziele mit geeigneten Förderungsmaßnahmen forciert und erreicht werden können.

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz nicht angenommen. Er wird daher wiederholt.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 340/1, der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Böhmer und Schrittwieser, betreffend die Entwicklung eines Leitbildes biologischer Landwirtschaft in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (14.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 350/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Prattes und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Öko-Netzwerk Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (14.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2001 und am 15. Jänner 2002 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es liegt zu diesem Antrag auch eine Stellungnahme der Landesregierung mit einem Bericht vor. In der Ausschusssitzung am 15. Jänner 2002 wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Gross und Prattes gestellt.

Der Minderheitsbericht stellt dem Grundsatz nach den Antrag vor, weil wir der Auffassung sind, dass eine Aufzählung vorhandener Elemente höchstens den Beginn für ein Netzwerk darstellen kann. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens raschestmöglich ein Konzept in Auftrag zu geben, mit dem die Grundlagen für ein „Öko-Netzwerk Steiermark“ im Sinne der Antragsbegründung eingereicht werden können sowie zweitens dieses Konzept sodann umzusetzen.

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft nicht angenommen.

Er wird hiemit wiederholt. Ich bitte um Annahme. (14.32 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 140/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfel, Halper und Dellef Gruber, betreffend höhere Strafen für Verstöße gegen Bestimmungen des Lebensmittel- sowie des Futtermittelgesetzes im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Bestandteilen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.32 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. März 2001 und 29. Jänner 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor und eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Dieses teilt mit, dass im Februar 1997 erstmals auf Grund einer Verordnung nach dem Gentechnikgesetz Mais der Firma Ciba-Geigy verboten wurde. Seit 1998 werden im Rahmen der Futtermittelkontrolle routinemäßig Futtermittel mittels PCR auf ihre gentechnische Veränderung analysiert, wobei bislang kein verbotener gentechnisch veränderter Mais festgestellt werden konnte.

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit teilt mit, dass die Europäische Kommission am 25. Juli 2001 einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel verabschiedet hat. Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wurde darüber hinaus vor kurzem eine Verordnung über Höchstgehalte von bestimmten gentechnischen Organismen in Futtermitteln kundgemacht.

In der Ausschusssitzung wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Kaufmann und Halper gestellt. Der Antrag lautet:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit folgenden Forderungen heranzutreten:

Erstens: Alle bestehenden Importverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen sind aufrechtzuerhalten.

Zweitens: Die Strafbestimmungen des Lebensmittelgesetzes sowie des Futtermittelgesetzes im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Bestandteilen beziehungsweise Zusatzstoffen sind wirksam zu verschärfen. Gleichzeitig ist die Frist der Verfolgungsverjährung auf mindestens drei Jahre anzuheben.

Drittens: Die Verordnung über die Verunreinigung von Saatgut mit gentechnisch veränderten Organismen und die Kennzeichnung von GV-Sorten und Saatgut von GVO-Sorten sowie die Verordnung über Höchstgehalte von bestimmten gentechnisch veränderten Organismen in Futtermitteln sind strikt einzuhalten.

Viertens: Das Mais- und Rapssaatgut ist auf Kosten der Futtermittelproduzenten ehestmöglich einem Screening auf gentechnische Kontamination zu unterziehen.

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz nicht angenommen. Er wird hiemit wiederholt.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 140/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfl, Halper und Detlef Gruber, betreffend höhere Strafen für Verstöße gegen Bestimmungen des Lebensmittel- sowie des Futtermittelgesetzes im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Bestandteilen, wird zur Kenntnis genommen. (14.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 170/3, zum Beschluss Nr. 90 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Finanzierung der TSE-Schnelltests und SRM-Entsorgung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (14.36 Uhr): Herr Präsident! Danke für das Wort. Meine geschätzten Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 90 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Finanzierung der TSE-Schnelltests und SRM-Entsorgung.

Die umfangreiche, sehr ausführliche und sehr gute Stellungnahme der Landesregierung liegt Ihnen vor, in der auch das Bundeskanzleramt seine Stellungnahme abgegeben hat, indem die Finanzierung vorgestellt wurde. Es liegt auch das Ergebnis der Landeshauptleutekonferenz vom 7. September 2001, in dem sich die Länder bereit erklärt haben, ihren Beitrag zu leisten, vor. Ich darf daher folgenden Antrag stellen:

Die Steiermärkische Landesregierung stellt infolge ihres Beschlusses vom 14. Jänner 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 90 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Finanzierung der TSE-Schnelltests und SRM-Entsorgung, wird zur Kenntnis genommen. (14.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 345/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Böhmer und Stöhrmann, betreffend die Neubewertung der Landschaftspflege und Neuausrichtung des Förderungssystems.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (14.37 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 26. Juni 2001 und 29. Jänner 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 345/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Böhmer und Stöhrmann, betreffend Neubewertung der Landschaftspflege und Neuausrichtung des Förderungssystems, liegt eine umfangreiche Stellungnahme der Landesregierung vor.

Dazu wird berichtet, dass mit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Rahmen der Agenda 2000 die Investitionspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Weiterführung der Reform der GAP im Jahr 1992 weiter gesenkt wurden, um die Produkte innerhalb und außerhalb der EU wettbewerbsfähiger zu machen. Als Ausgleich wurden die flächen- und tierbestandsbezogenen Direktzahlungen ausgebaut. Im pflanzlichen Bereich werden Flächenprämien, im tierischen Bereich Tierprämien gewährt. Für manche Erzeugnisse werden auch Produktprämien pro Mengeneinheit gezahlt. Im Rahmen der Agenda 2000 ist es gelungen, die Entwicklung des ländlichen Raumes als zweite Säule der GAP zu verankern.

Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wird zusammenfassend festgestellt, dass die agrarischen Umweltprogramme bereits mehrmals auf Grund von Evaluierungsergebnissen überarbeitet worden sind und die auf die Landwirtschaftspflege gerichteten Maßnahmen unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Aspekte immer stärker gewichtet worden sind. Die Ergebnisse der begleitend notwendigen Evaluierung des Österreichischen Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie des ÖPUL werden auch zukünftig Auswirkungen auf die Ausrichtung des Förderungssystems haben und es stellt diese Evaluierung den geeigneten Rahmen unter anderem für die Bewertung der Landschaftspflege und deren Gewichtung im Förderungssystem dar.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 345/1, der Abgeordneten Halper, Kaufmann, Böhmer und Stöhrmann, betreffend die Neubewertung der Landschaftspflege und Neuausrichtung des Förderungssystems, wird zur Kenntnis genommen. (14.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 346/1, der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend die offensive Förderung von Spezialkulturen im Obstbau (Beerenanbau).

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.39 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Antrag liegt eine umfassende Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird berichtet, dass der Beerenobstanbau in der Steiermark für zirka 300 Betriebe die Grundlage ihres landwirtschaftlichen Einkommens darstellt. Das Hauptproblem der Beerenproduktion sind die instabilen Preise am Markt, die einerseits vom Erntezeitpunkt und andererseits vom Preis der importierten Ware abhängig sind. Zur Förderung des Beerenobstanbaues in der Steiermark stehen im Rahmen der „Sonstigen Maßnahmen“ des ländlichen Entwicklungsprogramms eine Reihe von Maßnahmen zur Verfügung.

In der Stellungnahme wird berichtet, dass auf Grund der Vielfalt der aufgezeigten Möglichkeiten der Förderung des Beerenobstanbaues im Rahmen dieses Entwicklungsprogramms jedenfalls davon ausgegangen werden kann, dass mit diesem Programm die im Antrag genannten Bestimmungen des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes gezielt vollzogen werden.

Bezüglich der Berichterstattung im „Grünen Bericht“ 2000/2001 wird mitgeteilt, dass die Aufnahme eines Kapitels hinsichtlich Spezial- und Alternativkulturen beabsichtigt ist.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 346/1, der Abgeordneten Kaufmann, Stöhrmann, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend die offensive Förderung von Spezialkulturen im Obstbau, wird zur Kenntnis genommen. (14.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 281/2, zum Beschluss Nr. 89 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Kaufmann, Dietrich und Hagenauer, betreffend den Ausschank von Schnäpsen in Buschenschänken.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (14.41 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Dazu darf ich Folgendes berichten: Der Steiermärkische Landtag hat die Steiermärkische Landesregierung mit Beschluss Nr. 276 vom 25. September 2001 aufgefordert, mit dem dringenden Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, die unter enormen Dürreschäden leidenden steirischen Landwirte durch Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Katastrophenfonds zu entschädigen und die telefonische Meldepflicht zu Ortstarifen zu ermöglichen.

Dazu gibt es eine Regierungsvorlage mit allen Informationen, welche Bemühen von Seiten der Frau Landeshauptmann, von Landesrat Pörtl und so weiter gemacht wurden.

Ich darf daher, um die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 276 des Steiermärkische Landtages vom 25. September 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Dirnberger, Gangl, Kinsky, Kaufmann und Dietrich, betreffend Dürreschäden in der Landwirtschaft – finanzielle Entschädigung aus dem Katastrophenfonds, wird zur Kenntnis genommen. (14.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 560/1, der Abgeordneten Kaufmann, Detlef Gruber, Stöhrmann, Halper und Böhmer, betreffend Dürreschäden in der steirischen Landwirtschaft.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.42 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Antrag betreffend entsprechende Entschädigung aus dem Landes- und Katastrophenschutzfonds liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. In dieser Stellungnahme wird berichtet, dass Dürreschäden nicht taxativ im Schadenskatalog des Katastrophenfondsgesetzes angeführt sind, weshalb Entschädigungszahlungen auch nicht im Rahmen der üblichen Katastrophenfondsabwicklung geleistet werden können. Es wurden aber dennoch Maßnahmen zur Unterstützung der geschädigten Landwirte gesetzt.

In weiteren Verhandlungen mit dem Bund konnte eine Änderung des Katastrophenfondsgesetzes erreicht werden, welche die Bereitstellung eines Bundesbeitrages in der Höhe von 75 Millionen Schilling für eine aus Bundes- und Landesmitteln finanzierte Förderungsaktion zur Abfederung der Zusatzaufwendungen für Ersatzfuttermittel in von der Dürre 2001 besonders betroffenen Grünlandbetrieben ermöglicht. Zur Aufbringung der erforderlichen Landesmittel hat der Steiermärkische Landtag mit dem Nachtragsbudget einen „Beitrag für Dürreschäden“ mit einem Betrag von 24 Millionen Schilling beschlossen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 560/1, der Abgeordneten Kaufmann, Detlef Gruber, Stöhrmann, Halper und Böhmer, betreffend Dürreschäden in der steirischen Landwirtschaft, wird zur Kenntnis genommen. (14.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 579/2, zum Beschluss Nr. 276 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Dirnberger, Gangl, Kinsky, Kaufmann und Dietrich, betreffend Dürreschäden in der Landwirtschaft – finanzielle Entschädigung aus dem Katastrophenfonds.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (14.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diesen Bericht habe ich bereits gegeben. Aber ich habe noch den Bericht zum Tagesordnungspunkt 20 zu bringen.

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 89 des Steiermärkischen Landtages, betreffend den Ausschank von Schnäpsen in Buschenschänken.

Dazu wird Folgendes berichtet:

Mit Schreiben der Rechtsabteilung 8 vom 2. April 2001 ist das Bundeskanzleramt über den gegenständlichen Beschluss in Kenntnis gesetzt und um Veranlassung im Sinne dieses Beschlusses sowie um Übermittlung einer Information über die getroffenen Veranlassungen ersucht worden.

Vom Bundeskanzleramt gibt es eine Stellungnahme, die Ihnen bekannt ist.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt infolge ihres Beschlusses vom 14. Jänner 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 89 des Steiermärkischen Landtages vom 20. März 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Kaufmann, Dietrich und Hagenauer, betreffend den Ausschank von Schnäpsen in Buschenschänken, wird zur Kenntnis genommen.

Ich danke für die Korrektur und hoffe, dass es jetzt stimmt. (14.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Damit sind die Berichterstattungen zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 22 beendet und wir gehen in die Wortmeldungen ein.

Als Erstes hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Köberl. Ich erteile es ihm.

Abg. Köberl (14.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Kollegen des Hohen Hauses!

Ich gehe davon aus, dass beim dritten Schwerpunkt, dem Themenbereich Landwirtschaft, ein Großteil der jetzt Abwesenden ihre leiblichen Genüsse bei Produkten der heimischen Landwirtschaft auch stärken.

Ich darf aber die Gelegenheit nutzen, mich bei meiner ersten Rede, Herr Kollege, kurz bei Ihnen auch vorzustellen. Nachdem das meine erste Rede im Hohen Haus ist, geziemt es sich, ein paar Daten zu meiner Person zu sagen.

Ich komme aus Bad Aussee, war in der Kommunalpolitik tätig als Vizebürgermeister, Bürgermeister und jetzt wieder Vizebürgermeister, kurzzeitig im Bundesrat und jetzt in diesem Hohen Haus als Vertreter des nordwestlichen Teils der Steiermark. Ich komme aus einem bäuerlichen Betrieb, bin von Beruf Hauptschullehrer, bin verheiratet, habe zwei Kinder, die noch im Vorschulbereich sind und möchte vor allem mit meinem Arbeiten hier diesen Teil der Steiermark, das Ausseer Land, auch entsprechend vertreten. Es freut mich daher, dass der entsprechende Themenkomplex „Landwirtschaft“ jenen Bereich betrifft, in dem ich seit meiner frühesten Jugend auch tätig bin. Ich betreibe gemeinsam mit meiner Familie eine Landwirtschaft in Bad Aussee mit zirka 20 Rindern und allem, was dazu gehört. Die tägliche Arbeit ist keine leichte, wenn ich mit meinem 73-jährigen Vater unseren Hof betreue.

Ich weiß aus der Praxis und aus vielen Gesprächen mit Kollegen, dass es dem Bauernstand nicht die Motivation bringt, wenn es um Detailbereiche des Förderungssystems geht, sondern ich glaube, dass die Antriebskraft die besondere Einstellung zum Grund und Boden, also unserem Land, in dem wir alle leben, ist. Die Bäuerinnen und Bauern haben gelernt mit den tief greifenden Veränderungen, nicht nur in jüngster Vergangen-

heit, sondern auch im Laufe der Entwicklung, umzugehen und sich auch auf diese Dinge einzustellen. Ich darf hier unserem Landesrat Erich Pörtl besonders danken für seinen Einsatz für die Bauernschaft in diesem Land (Beifall bei der ÖVP.), dem es auch immer wieder gelingt, eine positive Grundstellung drüberzubringen und diese Motivation in den Vordergrund zu bringen.

Ich darf etwas näher auf die Tagesordnungspunkte 12 und 18 eingehen, den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz. Es betrifft den Antrag zur umfassenden Reform des Agrarverwaltungssystems beziehungsweise den Antrag betreffend die Neubewertung der Landschaftspflege und die Neuausrichtung des Förderungssystems. Beide Anträge unverkennbar SPÖ-Anträge.

Zunächst zur Reform des Agrarverwaltungssystems. Meine Damen und Herren, 1994 wurde hier im Steiermärkischen Landtag das Landwirtschaftsförderungsgesetz beschlossen. Es wurde einstimmig beschlossen, nur zur Erinnerung. In den dazu erlassenen Verordnungen wurde festgelegt, wer und in welchen Bereichen für die Abwicklung dieser Förderungsmaßnahmen zuständig ist. Es ist zum einen und zum Großteil die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und ich darf an dieser Stelle auch meinen Bezirksbauernkammerobmann Hans Resch sehr, sehr herzlich grüßen, es ist die Landarbeiterkammer und Teile davon werden auch vom Land direkt abgewickelt. Seit 1995 und das dürfte nicht unbekannt sein, liegt die Hauptkompetenz für Inhalt und Abwicklung für agrarische Maßnahmen bei der EU. Die praktische Abwicklung, die Beratung und die Hilfestellung für die Bäuerinnen und Bauern vor Ort spielt sich aber draußen ab und mit draußen meine ich vor Ort in den Gemeinden. Wir haben es gehört, mehr als 39.000 mehrfach Flächenanträge werden pro Jahr abgewickelt. Insgesamt sind es zirka 90.000 Förderungsanträge, die über die Landeskammer abgewickelt werden und ein hoher Prozentsatz davon, wenn nicht 100 Prozent, sehr, sehr positiv.

Wie sieht nun dieses Service vor Ort aus? Es kommt zu Gesprächen und es kommt zu Informationsveranstaltungen, damit hier diese Partnerschaft zwischen den Bauern und ihrer Standesvertretung auch funktioniert und glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich rede. Hier gibt es diese hohe Akzeptanz und hier gibt es diese Partnerschaft und das gegenseitige Vertrauen, ohne das wäre eine erfolgreiche Abwicklung nicht möglich. Ich darf ein bisschen eingehen auf den indirekten Vorwurf, dass sich die Kammer, so ein bisschen nebenbei bemerkt, bei diesen Abwicklungen bereichert. Es ist bekannt und es dürften alle Anwesenden wissen, dass zirka 2 bis 3 Prozent für Transaktionskosten, wie es so schön heißt, nur in Anspruch genommen werden vom gesamten Förderungsvolumen. Hier auch einiges zur Erinnerung. Es hat sich der Steiermärkische Landesrechnungshof auch mit dem Kammerwesen der Landwirtschaftskammer beschäftigt. Es gibt ein positives Zeugnis davon. Abgeschlossen ist auch eine Bewertung des österreichischen Kammersystems durch den österreichischen Rechnungshof. Auch hier kann man zwei Dinge festhalten, gute Arbeit und effizienter Mitteleinsatz. Und auch von einem privaten Unternehmensberatungsbüro wurde ein positives Zeugnis attestiert. Das rechtzeitige und richtige Handeln dieser Interessenvertretung garantierte auch nach dem EU-Beitritt, dass es sofort gelungen ist und für alle betroffenen Bauern frei stand, diese Förderungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen. Die EU war zum Teil überrascht davon, denn Österreich übte hier eine Vorreiterrolle aus und war bei den Ersten dabei, wo diese Umsetzung in der Praxis wirklich auch gelungen ist. Die laufende Evaluierung und die Einarbeitung der Ergebnisse garantieren einen effizienten Abwicklungsmodus und eine hohe Akzeptanz der Betroffenen. Sie werden auch eine Umfrage kennen, die von der AMA durchgeführt wurde. Hier wurde nach dem Schulnotensystem die Bewertung dieses Abwicklungssystems durch die AMA von den betroffenen Bäuerinnen und Bauern mit der Note 1,8 vorgestellt. Und zur Erinnerung und für den Terminkalender: Morgen – und das weiß ich aus einem Gespräch mit dem Kammerpräsidenten Wlodkowsky – findet im Sinne der Kooperation und der Herausforderung für neue Aufgaben eine Pressekonferenz statt, wo diese Biooffensive in der Steiermark gestartet wird, eine gemeinsame Aktion der Bauernkammer und den Biobauern dieses Landes.

Zum zweiten Teil, zum Punkt 18. Es geht um die Neubewertung der Landschaftspflege beziehungsweise die Neuausrichtung des Förderungssystems. Meine Damen und Herren, nur zur Erinnerung, mit dem Agrarumweltprogramm, dem österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, kurz ÖPUL, soll eine umweltschonende Extensivierung der pflanzlichen und tierischen Erzeugung gefördert werden und auch ein Anreiz dafür geschaffen werden, dass eine langfristige Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen aus Gründen des Umweltschutzes geboten wird. Das steht auch im Ausschussbericht drinnen. Eine begleitende Evaluierung zur Verbesserung der Programme kennzeichnet die Entwicklung von ÖPUL '95 bis hin zum ÖPUL 2000. Lesen Sie diese Programme, Sie werden feststellen, dass es hier auch um sehr detaillierte Aufgabenprofile geht. Die Erkenntnis, dass den individuellen Bedürfnissen der Bauernschaft in unserem Land verstärkt entgegengekommen wird, wird das Ergebnis dessen sein. Diese umfassenden Maßnahmen, es sind insgesamt 31 Maßnahmen, ich darf nur ein paar Punkte daraus hervorheben. Es geht um den Betriebsmittelverzicht, es geht um die Mahd von Steiflächen, ein Bereich, der besonders in Bergbauernbereich immer mehr an Bedeutung gewinnt und das Offenhalten der Kulturlandschaft in Hanglagen, Biotoperhaltungsprogramme im Zusammenhang mit dem Vertragsnaturschutz, Bewirtschaftungsverpflichtung auf fünf Jahre, Mindestgröße der Betriebe und Prämienobergrenzen. Man könnte zu diesem Thema – und das werden meine Nachredner noch machen – einiges sagen. Ich möchte all denen ein Arbeitsprogramm der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark empfehlen für die Jahre 2001 bis 2006. Wenn Sie Zeit haben, ist das eine sehr, sehr interessante Lektüre und Sie werden feststellen, wie vielschichtig und wie abwechslungsreich die Aufgaben für die heutige Landwirtschaft sind. Und wenn ich, nachdem ich auch als Hauptschullehrer tätig bin und im EDV-Bereich mich ein bisschen auskenne, ich weiß, dass es gerade auch mit den neuen Medien, Internet und Ähnliches, früher so war, dass man gesagt hat, man traut sich nicht drüber, gehen Sie dort hin, gerade die Damen in der Landwirtschaft, die Bäuerinnen nehmen diese Offensive ernst und sie beschäftigen sich mit diesen Dingen, um auch für die kommenden Aufgaben gewappnet zu sein.

Ich glaube noch einmal, gerade die Bauernschaft und die Landwirtschaft in diesem wunderschönen Land Steiermark verdienen unsere Unterstützung und wir sind hier in guten Händen und werden auch der Zukunft positiv gestimmt gegenüberstehen. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 14.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich darf es dir erteilen.

Abg. Kaufmann (14.56 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Köberl, es war für mich ein bisschen erschreckend, es ist normal üblich, wenn jemand im Hohen Haus eine Jungfernrede hält, dass dann der gesamte Klub versammelt ist und dem neu Hinzugekommenen applaudiert. Wir von meinem Klub haben applaudiert, nicht, weil wir mit Ihrem Inhalt einverstanden waren, sondern weil wir die Jungfernrede geschätzt haben oder weil es eben so der Brauch ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Beim nächsten Mal kriegt er schon kalt, warm!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mir heute die Tagesordnung anschau, dann bin ich schon ein bisschen erstaunt. Ich glaube, es ist überhaupt noch nie dagewesen, dass von 22 Tagesordnungspunkten elf sich mit der Landwirtschaft befassen und elf die Landwirtschaft betreffen. Ich darf dazu sagen, dass von diesen elf Tagesordnungspunkten acht Tagesordnungspunkte von den Sozialdemokraten eingebracht wurden. Das gibt mir auch zu denken, muss ich sagen, denn wenn ich mir anschau, wie viele Bauernvertreter die ÖVP hat, eine ganze Riege und wenn ich dann schau, wie viele die SPÖ hat, dann muss ich mir sagen, das muss etwas bedeuten. Es kann eigentlich nur heißen, dass entweder ihr euren Landesrat nicht belasten wollt, obwohl ich mir nicht vorstellen kann, dass du, Herr Landesrat, nicht belastbar bist, dann sind die Herren fehl am Platz, weil der Herr Landesrat ist belastbar (Abg. Gennaro: „Jetzt ist er wieder belastbar!“) und braucht eigentlich keine Landesratvertreter, sondern er bräuchte Bauernvertreter, die sich ein bisschen rühren und ein bisschen herauskommen, weil ich glaube, viel heraußen seid ihr nicht, weil sonst wüsset ihr, was die Bauern zur Zeit drückt und sonst würdet ihr auch ab und zu einen Antrag stellen oder ab und zu einmal eine Hilfestellung leisten, was die Bauern an euch herantragen. Ich freue mich ja, dass wir jetzt einen neuen Bauernvertreter haben und die Kammer wird sich vor allem freuen, wenn sie jetzt wieder jemanden hat, der sie bis in den Himmel hinauf lobt und noch ein Stückchen weiter.

Aber ich glaube, dass die Bauern genug Probleme haben und, wie gesagt, wir sind ja Gott sei Dank da und wir nehmen uns dieser Probleme an. Und wenn ich mir die Antworten und die Stellungnahmen vom Herrn Landesrat Pörtl anschau, dann bin ich schon ein bisschen enttäuscht. Uns ist heute mehrmals vorgehalten worden, wir sind überall so ablehnend und wir machen nur die Opposition. Also, dann muss ich sagen, dann seid ihr in der Landwirtschaft in die Oppositionsrolle geschlüpft, weil abgelehnt wird alles, ob das jetzt für die Bauern gut ist oder nicht, es wird alles entweder beschwichtigt oder vom Tisch gewischt oder einfach abgelehnt. Wenn es nämlich von der SPÖ kommt, dann kann es nicht gut sein, dann müssen wir es ablehnen. Wir finden es dann aber wieder, ein oder zwei Jahre später, bei den Anträgen der ÖVP, weil da greifen sie dann unsere auf und sind froh, dass wir einmal welche gestellt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben ein bisschen etwas falsch verstanden. Es hat nie jemand gesagt, dass sich die Kammer bereichert, sondern uns ist das gesamte Agrarverwaltungssystem zu teuer. Wenn nämlich zwei Drittel des Budgets – ich ziehe da jetzt die landwirtschaftlichen Schulen ab. Der Herr Landesrat und ich sind da immer verschiedener Meinung. Aber wenn ich mir die Budgetzahlen anschau und ich ziehe die landwirtschaftlichen Schulen ab und schau dann, was die Landwirtschaftskammer kriegt, dann ist es genau ein Drittel des Landwirtschaftsbudgets. Und das ist uns zu viel, und um das geht es!

Wenn wir geschrieben haben in unserem Antrag „Verwaltungsvereinfachung“, dann bitte geht einmal hinaus und hört euch an, wie die Bauern stöhnen unter dem ganzen Papierkrieg, unter den ganzen Anträgen, die keiner mehr allein ausfüllen kann, wo man immer jemanden braucht, der einem beim Ausfüllen hilft. (Abg. Tasch: „Ich war in einer Kammerversammlung und die Bauern haben gesagt, sie sind froh, dass sie so eine gute Vertretung haben!“) Super, richte deinen fünf Bauern einen schönen Gruß aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu dem Antrag wollten wir eine Stellungnahme von der Landesregierung. Nur, es ist keine Stellungnahme der Landesregierung geworden, sondern der Herr Landesrat hat die Landwirtschaftskammer gefragt. Und jetzt muss man sich das einmal vorstellen, wir sagen, ein Drittel des Budgets für die Landwirtschaftskammer ist zu viel, wir wollen da eine Änderung. Wir fragen die Landesregierung, was sie dazu sagt. Und die Landesregierung fragt die Stelle, die das viele Geld kriegt, was sie dazu sagt. Weißt, Herr Landesrat, wie das ist? Als ob du einen Frosch fragen würdest, ob du die Wiese trocken legen sollst. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich sagt die Kammer, wir brauchen das Geld. Natürlich wird die Kammer nicht von sich aus etwas ändern. Das, Herr Landesrat, wäre deine Aufgabe. Das wäre deine Aufgabe, etwas zu ändern, denn du sitzt an den Schalthebeln.

Du sagst in deiner Stellungnahme beziehungsweise die Kammer sagt in deiner Stellungnahme, es wird alles von der EU vorgegeben und da kann man nichts ändern. Ich sage euch ganz ehrlich, ich kann den Satz schon nicht mehr hören, weil immer wenn irgendwas zu ändern wäre und wenn man irgendwo sich bewegen sollte und etwas anders machen soll, dann sagt man: „Wir möchten eh, aber die böse EU lässt uns nicht!“ Und das stimmt so nicht, denn der Hauptträger dieses Förderungsabwicklungssystems ist die AMA.

Macht jetzt der Bauer beim Ausfüllen von einem Antrag innerhalb dieses komplizierten Systems unwissentlich irgendwas falsch, dann drohen ihm Sanktionen von der AMA, die so weit gehen, dass es bis zur Rückzahlung der bezogenen Förderungen der letzten Jahre gehen könnte, was einen wirtschaftlichen Ruin des Betroffenen bedeutet. Will der Bauer dagegen berufen, weil er mit dem nicht einverstanden ist, was glaubt ihr, wo er das dann tun muss? Bei der AMA! Also dort, wo die Sanktionen herkommen. Das ist zugleich auch die Berufungsstelle. Es gibt nämlich keine unabhängige Berufungsstelle. Die sanktionierende Stelle ist auch die Berufungsstelle.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt keine EU vor, das ist hausgemacht.

Oder, der oberste Bauernvertreter der Steiermark, Kammerpräsident Wlodkowski, ist zugleich im AMA-Vorstand. Das heißt, in der Steiermark vertritt er die Bauern – für das wird er ja auch bezahlt – und müsste sich gegen die Sanktionen einsetzen. Dann fährt er nach Wien zur AMA und lässt sich dort neue Sanktionen einfallen als AMA-Vorstand oder stimmt den Sanktionen zumindest zu.

Und das, Herr Landesrat, das gibt keine EU vor, das ist hausgemacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Oder, Förderungen sind zum Teil mit Fünf-Jahres-Bindungen. Das heißt, er ist als Bauer verpflichtet, per Vertrag, etwas fünf Jahre lang zu tun oder nicht zu tun, damit er die Förderung bekommt. Die AMA als Vertragspartner kann innerhalb der fünf Jahre den Vertrag ändern, ohne den Bauern zu fragen. Der Bauer kann nichts ändern, nicht einmal in seiner Bewirtschaftung, sonst muss er die gesamte Förderung zurückzahlen.

Ist das gerecht? Passt das alles? Und ist das von der EU vorgegeben? Ich glaube nein, das ist hausgemacht.

Die Kammer rühmt sich, dass jährlich 39.000 Mehrfachanträge von ihr eingebracht werden. Es wäre ein Einfaches, diese Anträge einmal auszufüllen und jährlich vom Bauern nur die Änderungen, falls es irgendwelche gibt, zu verlangen. Einen Mehrfachantrag muss ich nicht jedes Jahr ausfüllen. Es wäre ein Einfaches. Aber hier wird die Kompliziertheit zum Selbsterhaltungszweck für die Kammer benutzt. Und es ist unverständlich, dass für einen 5-Hektar-Betrieb der gleiche administrative Aufwand, sprich Papierkrieg, notwendig ist wie für einen 1000-Hektar-Betrieb oder einen 500-Hektar-Betrieb oder wie auch immer. Es ist für einen kleinen Betrieb der gleiche Aufwand notwendig.

Ein paar Worte noch zur Beratung, weil es heute aktuell ist in der Zeitung. Die Kammer hat zu den Bauern gesagt, also gegen das, dass die Bundesforste verkauft werden, dürft ihr euch nicht wehren. Ihr könnt euch noch erinnern, im Landhaushof sind die Bäume gestanden mit den Unterschriften: „Wir Bauern wollen bei den Bundesforsten natürlich auch kaufen und wir pflegen unsere Wälder so schön!“ Die Kammer hat gesagt, das mit den Bundesforsten ist überhaupt kein Problem, da werden ja nur Streulagen und kleine Eckerl verkauft und in erster Linie an die Bauern. Heute lese ich in der Zeitung, es geht wieder ein Stück Wald, ein Stück in einer Streulage, an einen Bauern, und zwar geht es um 650 Hektar Wald für 5 Millionen Schilling. Verkauft wird es an einen typisch steirischen Bauern, der heißt Hans Riegel, ist ein deutscher Industrieller, der Erfinder der Gummibärchen, und kauft sich zu seinen 4000 Hektar, die er selbst bejagt, noch 650 Hektar dazu. Also genau das, wo die Kammer gesagt hat, Bauern, schert euch nicht, das könnt alles ihr kaufen, ihr kriegt es in erster Linie angeboten.

Bitte, sagt mir, welcher Bauer kommt da überhaupt hin? Das ist jetzt das dritte Mal in der Steiermark, das dritte Mal innerhalb kurzer Zeit, dass große Industrielle unsere Wälder kaufen, die Wälder der Bundesforste, dass genau das eintritt, wovor wir immer gewarnt haben. Aber, wie gesagt, ihr habt es so wollen.

Der letzte Satz, Herr Landesrat, stimmt im Übrigen nicht bei der Stellungnahme. Du schreibst: „Der Hauptanteil des Landeszuschusses dient der Finanzierung der Beratung!“ Zumindest schreibt das die Landesregierung.

Ich muss dir sagen, die Beratung wird zum allergrößten Teil vom Bund und nicht vom Land bezahlt. Es gibt eigene Beratungsverträge mit der Landwirtschaftskammer. Der Bund hat die Mittel um 20 Prozent gekürzt, nicht zum Schaden der Kammer, sondern zum Schaden der Bauern. Ich habe sogar das Budget da, wie die Landwirtschaftskammer das budgiert, das sind die Beiträge des Bundes und des Landes. Beiträge des Landes werden als Personalaufwand, laufende Aufwendung, Investitionszuschüsse und Bildungszentren, und nicht als Beratung verwendet.

Herr Landesrat, ich darf vielleicht ersuchen – gerade im Hinblick auf diesen Antrag –, dass man Stellungnahmen, wenn wir Stellungnahmen der Landesregierung anfordern, ein bisschen intensiver behandelt, nicht so oberflächlich, weil ich muss dir ganz ehrlich sagen, manchmal, wenn ich sie durchlese, habe ich das Gefühl, ihr glaubt wir sind auf der Nudelsuppe dahergeschwommen.

Ich darf vielleicht noch eines sagen: Gerade in dem Bereich, gerade zu dem Punkt, was Vereinfachung ist, wird noch etwas kommen. Das war sicher nicht der letzte Antrag. Vielleicht müssen wir es genauer formulieren, dass ihr es versteht, oder ihr wollt es nicht verstehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum nächsten Tagesordnungspunkt betreffend Konsequenzen aus dem Schweineskandal: Ich muss sagen, Gott sei Dank war es möglich, dass man, über die umfangreiche Stellungnahme, die der Herr Hofrat Dr. Köfer mit seinem Team zur Verfügung gestellt hat, doch letztendlich darüber diskutieren hat könnten. Ich glaube, es war für alle Beteiligten interessant. Ich möchte dem Herrn Hofrat und seinem Team gerade von dieser Stelle aus noch einmal ein herzliches Dankeschön sagen.

Unser Wunsch war von Anfang an, dass der Bericht, der ja sehr viel beinhaltet, auch als Grundlage für Maßnahmen für die Zukunft dienen soll, denn ganz ehrlich gesagt, der Schweineskandal – auch wenn es für dich, Herr Landesrat, gut ausgefallen ist, woran wir ja nie gezweifelt haben – hat dem Ruf der Landwirtschaft, und da speziell den Schweinebauern, bestimmt geschadet.

Wir waren uns im informellen Unterausschuss, in dem unsere Fragen ausführlich beantwortet wurden, einig, dass wir alles daransetzen wollen, dass diese Verunsicherung der Konsumenten, der Tierschützer und zum Teil auch der Bauern zu beseitigen ist.

Unsere Forderung, die wir vor einem Jahr eingebracht haben – so lange ist der Antrag gelegen, er ist gut abgelegen – und der ja der Auslöser für die Unterlage war, ist erfüllt worden. Nur, es gibt noch eine Reihe von Maßnahmen, die gerade den Bund betreffen und die wir dann in einem Entschließungsantrag noch einbringen werden.

Zum Antrag über die Entwicklung des Leitbildes „Biologische Landwirtschaft“: Ich freue mich, wenn der Herr Kollege Köberl – er ist jetzt nicht da – sagt, dass es da eine Pressekonferenz der Landwirtschaftskammer mit den Biobauern geben wird. Das hat es schon lange nicht mehr gegeben. Und ich nehme einmal an, dass unser Antrag der Anlass dafür war, dass die Kammer wieder einmal ein Lebenszeichen von sich gibt, was die Biobauern anbelangt, weil die Biobauern sind dort immer ein bisschen ein Stiefkind. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich muss sagen, ich bin über die ablehnende Haltung, die in der Stellungnahme durchgeklungen ist, wo wir sagen, die Steiermark soll biologischen Landbau als Leitbild haben, sehr enttäuscht und mit mir werden das sicher viele Biobauern sein. Auf sieben Seiten betonen das Landwirtschaftsministerium, die Landesregierung und die Landwirtschaftskammer, wie wichtig das ist, wie toll das ist und wie notwendig das ist und sowieso und überhaupt und dann auf der Seite 7 im letzten Satz sagen sie dann, Leitbild biologische Landwirtschaft wollen wir nicht und eine Umorientierung des Förderungssystems wollen wir schon gar nicht und damit ist die ganze Lobhudelei auf den sechs Seiten vorher in Frage gestellt. Das war für umsonst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz formuliert im Paragraphen 2 den Ausbau und die Erhaltung des biologischen Landbaues als Zielbestimmung und in dem selben Paragraf heißt es, es gilt die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, insbesondere solchen aus biologischem Landbau, zu sichern. Landesrat Pörtl und die ÖVP-Landwirtschaftspolitik kam und kommt dem Gesetzesauftrag nicht nach. Es haben viele Biobauern in der Steiermark in den letzten Jahren aufgehört. Die Steiermark war einmal an erster Stelle der Biolandwirtschaft und ist jetzt nur mehr an dritter Stelle. Es ist euch nicht gelungen, die im Gesetz verankerte Erhaltung, geschweige denn den Ausbau der Biolandwirtschaft zu forcieren. Und an die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit biologischen Produkten, an der wage ich auch zu zweifeln, alleine aus dem Grund, wenn ich mir die verschiedensten irreführenden Deklarierungen bei den Produkten anschau. Und da darf ich noch einmal auf die AMA zurückkommen, die in ihrer Werbung ständig so tut, als wären AMA-Produkte biologische Produkte. Es stimmt aber nicht. Ein AMA-Produkt hat mit einem biologischen Produkt überhaupt nichts zu tun. (Abg. Riebenbauer: „Es ist ein gutes Produkt!“) Und wenn es dann heißt naturnah und ökologisch und „Ja natürlich“ und was es da noch alles gibt, dann ist das für mich eine Irreführung der Konsumenten. Der Konsument, der Bioprodukte kaufen will, kauft im guten Glauben oft ganz etwas anderes, weil er glaubt, was da draufsteht heißt Bio. Da fehlen einfach Nägel mit Köpfen, da gehört einfach einmal etwas wirklich gescheit gemacht, da gehört eine Biokennzeichnung, wenn schon nicht für ganz Österreich, dann zumindest für die gesamte Steiermark her. Es muss einfach einmal eine Bezeichnung geben, wo der Konsument auf den ersten Blick sieht, das ist ein Bioprodukt! (Beifall bei der SPÖ.)

Das wäre zum Beispiel ein Punkt, Herr Landesrat, wo wir uns das als biologisches Leitbild vorstellen. Ich möchte das ÖPUL-Programm, das schon sehr gelobt worden ist, auch nicht verteufeln, es ist besser ein bisschen Bio als gar kein Bio, es ist besser, nur es wird nicht reichen, dass die Förderungen im ÖPUL erhöht werden. Aus ÖPUL wird nicht Bio, ÖPUL ist ÖPUL und Bio ist Bio. Es wird auch nicht reichen und Sie werden es der Gesellschaft auch nicht erklären können, wenn die ÖVP zuerst öffentliche Mittel dafür verwendet, um die Schädigung der Natur zu fördern, so wie es passiert ist und dann dieselbe Person mit öffentlichen Mitteln dafür belohnt, wenn sie mit der Schädigung aufhört. Also das kann nicht funktionieren und solche Maßnahmen gibt es, glaube ich, nur in der Landwirtschaft und nur solange die ÖVP-Agrarpolitik den Hauptpunkt der Förderungen auf die Produktionsmenge legt, anstatt die Produktionsqualität zu stimulieren. Genau das stellen wir uns als Umorientierung der Förderungen vor, gegen die sich die ÖVP wehrt.

Das Landwirtschaftsministerium schreibt in seiner Stellungnahme, dass die harmonische Weiterentwicklung der biologischen Landwirtschaft eben ein Schwerpunkt des Ministeriums ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Phrase, denn im gleichen Atemzug hat der Bund 20 Prozent der Mittel für die biologische Beratung gekürzt. Meiner Meinung nach gibt es keine disharmonische Weiterentwicklung im biologischen Bereich, solange sie sich nur weiterentwickelt und nicht stehen bleibt. Biolandbau ist keine Nische, sondern eine Notwendigkeit. Und deshalb liegt auch bereits seit acht Monaten ein Antrag bei dir, Herr Landesrat, der den biologischen Landbau als Pflichtgegenstand im Lehrplan aller land- und forstwirtschaftlichen Schulen in der Steiermark aufnehmen soll. Vielleicht kriegen wir auch auf das einmal eine Antwort, obwohl ich glaube, es wird wieder eine Erklärung werden, wo drinnen steht, es ist leider nicht möglich, die Lehrpläne zu ändern, aus dem und dem und so einem Grund. Wir sind der Meinung, dass gerade junge Menschen eher bereit sind, einen neuen Weg zu gehen und auch sensibler sind, nur, bis jetzt wird in den Landwirtschaftsschulen, bis auf eine Ausnahme, nur konventionelle Landwirtschaft gelehrt, nämlich wachse und weiche.

Für mich ist es dringend notwendig – ich habe mich auch über den FPÖ-Antrag gefreut, den sie da zur biologischen Landwirtschaft stellt, wo drinnen steht, es soll auch die Arbeitskraft berücksichtigt werden. Es gibt ein Konzept vom Landwirtschaftsministerium, wo die Hälfte der steirischen Biobauern nicht wissen, ob sie das nächste Mal bei diesem Programm noch einmal mitmachen sollen. Mit Schuld ist sicher auch die viele Arbeit und

die Arbeit, die nicht bezahlt wird. Ich freue mich über den FPÖ-Antrag, die zwar nicht zuhören, aber sie haben einen Antrag geschrieben, den Antrag geschrieben, den sie vor zwei Jahren bei der Budgeterstellung abgelehnt haben, nämlich dass die Arbeitskraft am Bauernhof etwas zählen soll. Wie gesagt, unsere Anträge kommen dann immer nach einer gewissen Zeit von der rechten Seite. (Abg. Stöhrmann: „Bei manchen dauert es eben ein bisschen länger, bis sie es begreifen!“) Ja, aber dass es gleich zwei Jahre dauert (Abg. Stöhrmann: „Was sind schon zwei Jahre!“), das ist schon lange fürs Begreifen. (Abg. Gennaro: „Alle sind nicht so aufnahmefähig wie wir!“) Ich weiß, unsere Anträge werden da abgelehnt und kommen dann von der Seite wieder. Wenn es den Bauern dient, dann sagen wir, es ist okay.

Wir haben einen Minderheitsbericht gestellt, wir haben unseren Antrag für ein biologisches Leitbild in der Landwirtschaft wieder gestellt. Wir wollen auch eine Umorientierung der Förderung hin zur biologischen Landwirtschaft. Ich glaube, es gehören einfach ganz konkrete Maßnahmen her. Es gehören einfach eine konkrete Zeitvorgabe, eine konkrete Zielvorgabe und ein konkrete Förderungsvorgabe her. Das sind Nägel mit Köpfen und das stellen wir uns vor, wie gesagt, die ÖVP und die FPÖ lehnen es ab. Herr Landesrat, ich werde mich nächster noch einmal melden! Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Dietrich (15.16 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, meine Damen und Herren, geschätzter Herr Landesrat!

Wenn man so die Tagesordnung der heutigen Sitzung anschaut, dann sieht man die ganzen Themenbereiche, die die Landwirtschaft im vergangenen Jahr bewegt haben. Das Hauptthema oder eines der Hauptthemen war wohl der Schweineskandal. Ein Jahr ist seither vergangen, als im Jänner dieser ganze Skandal ins Rollen gekommen ist. Und wenn die Monika, die ich sehr schätze, sagt, es dauert halt etwas lange bei der FPÖ – zwei Jahre bis der Antrag dann in ähnlicher Form von uns gestellt wird –, dann muss ich erwidern, bei euren Sozial- und Gesundheitsministern hat es von 1978 weg gedauert und sie waren nicht in der Lage, eine Verordnung zu erlassen, die uns nämlich genau diesen Schweineskandal, den wir jetzt gehabt haben, erspart hätte. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Also von wegen Zeitspanne muss man anscheinend in der Politik in größeren Dimensionen denken. Und wenn man dann glaubt, der Schweineskandal ist überraschend gekommen oder wie schaut das aus, dann muss man erkennen, dass bereits 1998 zwölf Anzeigen erfolgten und alle Verfahren mussten eingestellt werden, eben weil diese Rechtsgrundlage auf Grund Ihrer Minister, die anscheinend sich in Untätigkeiten übten, nicht erfolgte.

Meine geschätzten Damen und Herren, Bundesminister Haupt hat die richtige Antwort auf diesen Skandal gegeben. Er hat eine fachliche Antwort gegeben und das ist das Tierarzneimittelkontrollgesetz. Und mit diesem Instrument wird es in Zukunft gelingen, solche Situationen, solche Skandale im Vorhinein schon abzuwürgen. (Abg. Stöhrmann: „Du weißt genau, dass da noch etwas dazugehört!“) Bitte? (Abg. Stöhrmann: „Du weißt genau, dass da noch etwas dazugehört!“)

Natürlich kommen da noch drei Verordnungen dazu, die er dabei ist zu erlassen, die Positivliste, die Organisation der Tiergesundheitsdienste und die Impfstoffe. Das Ziel, warum eben diese Themen alle Menschen so bewegen, das ist jenes, weil jeder Konsument die Sicherheit haben will, dass er gesunde, rückstandsfreie Lebensmittel erhält. Und auch hier muss man sagen ist die Steiermark Vorreiter. Vorreiter allen Bundesländern gegenüber, denn nur in der Steiermark gibt es seit dem Jahre 2000 das Resistenzmonitoring und nur bei uns werden eben alle Nutztierbestände genau kontrolliert, wie sich das Resistenzverhalten verschiedener Keime und Bakterien in den letzten Jahren entwickelt hat. Auf Grund dieser Analyse bei Rind, Schwein und Geflügel kann man dann sagen, dass die Antibiotikaresistenz zunimmt, gleich bleibt oder sogar absinkt.

In diesem Zusammenhang möchte ich wirklich der Fachabteilung recht herzlichen Dank aussprechen, weil sie mit dieser Leistung vorbildhaft für ganz Österreich ist.

Aber der Schweineskandal gehört der Vergangenheit an und ich hoffe, dass wir auch die politische Diskussion darüber beenden, denn wenn wir das Ganze noch weiter in die Länge ziehen, dann tun wir nichts anderes, als dem Bauernstand damit schaden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Der nächste Schwerpunkt der heutigen Sitzung sind die Dürreschäden. Da ist ja die Steiermark sehr arg betroffen gewesen. Es gibt eine Studie, die sogar sagt, dass der Schaden 1,4 Milliarden Schilling in der Steiermark war. Herr Landesrat, ich glaube, dass diese Schätzung wahrscheinlich etwas zu hoch gegriffen war, weil ansonst könnte sich die Bauernschaft mit den Abfindungen – insgesamt 150 Millionen Schilling österreichweit – wohl nicht zufrieden geben. Also irgendwo muss etwas nicht in Ordnung sein bei dem Zahlenmaterial.

Ein weiterer Schwerpunkt in der heutigen Sitzung ist die biologische Landwirtschaft. Und immer, wenn es Verlierer gibt, gibt es auch Gewinner. Im Schweineskandal war die Masse der konventionell wirtschaftenden Bauern die Verlierer, die biologische Landwirtschaft geht als Sieger heraus. Bei einer Pressekonferenz vom 23. November des Vereines „ERNTEN für das Leben“ wurde gesagt, „unsere Bauern sind weitgehend ausverkauft“. Das heißt, Biobauern erleben einen Boom, wie bis dato noch nicht dagewesen. Im letzten Jahr sind um 500 Betriebe mehr zu Biobauern geworden und mehr als 17.000 Hektar österreichweit landwirtschaftliche Nutzfläche wird zusätzlich biologisch bewirtschaftet. Die Biobauern versorgen nicht nur den heimischen Markt, sie

gehen auch einen Schritt weiter in den Export. So wird ab Dezember nach England hochwertiges Biorindfleisch exportiert – wöchentlich 50 Ochsen und 50 Kalbinnen. Ich glaube, das ist ein sehr zukunftsweisender Weg. Biolandwirtschaft ist jener Bereich, der sicherlich noch Wachstumschancen am Markt hat.

Aber wie die Monika richtig sagt, bin ich auch der Überzeugung, dass man nicht aus jedem Bauern einen Biobauern von heute auf morgen machen kann. Das erfordert eine besondere Einstellung zur Natur, eine besondere Einstellung zu den ganzen Mechanismen und Abläufen in der Natur, in der Bewirtschaftung der Natur. Ich glaube der richtige Ansatz ist, rechtzeitig, im Schulbereich, junge Menschen dafür zu begeistern.

In der Steiermark haben wir eine sehr klein strukturierte Landwirtschaft und insgesamt glaube ich, dass wir viel ressourcenschonender bewirtschaften als alle anderen EU-Länder. Also glaube ich und bin davon überzeugt, dass auch die konventionelle Landwirtschaft eine Existenzberechtigung hat. In diesem Sinn Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Mag. Zitz (15.23 Uhr): Frau Präsidentin, die Herren Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste beziehungsweise Fachleute im Publikum!

Ich habe mir jetzt gedacht, im Landtag gibt es regelmäßig Agrardebatten und heute eine sehr kompakt geführte mit 20 Tagesordnungspunkten. (Abg. List: „Stimmt nicht!“)

Entschuldigung, mit zehn Tagesordnungspunkten. Da sieht man sehr gut, wie in der Steiermark die politische Landschaft aussieht.

Derzeit, denke ich, wenn wir zusammen eine Podiumsdiskussion machen würden, die Agrarsprecher und Agrarsprecherinnen von den vier Parteien, wären unsere ersten Aussagen ganz ähnlich. Wir würden sagen, in Österreich, in der Steiermark gibt es eine kleinräumige Landwirtschaft, wir möchten die erhalten, es gibt im Vergleich zu anderen EU-Staaten ein relativ hohes Umweltniveau, wir haben massiven Druck von internationalen Konzernen im Saatgutbereich, Düngemittelbereich bis hin zu den Tierarzneimitteln und dass es zunehmend üblich ist, bei Agrardebatten auch ethische Fragen, wie zum Beispiel Tierschutz, mit einzubeziehen.

In dem Moment, indem man aber nach diesem kurzen Statement ins Detail gehen würde, wäre sehr klar, dass die unterschiedlichen Parteien unterschiedliche Schwerpunkte in dem setzen, was sie versuchen politisch hier im Landtag, im Bund und international umzusetzen.

Ich möchte jetzt einfach etwas zur Steiermark sagen, weil mich ein Beitrag von der Monika Kaumann wieder einmal auf genau einen Aspekt gebracht hat, den ich auch in der Agrarpolitik für fatal empfinde, genauso wie ich es in anderen Politikfeldern empfinde. In der Steiermark fehlt über weite Strecken, obwohl das jetzt verbessert wird, eine klare Gewaltenteilung und es gibt Mischungen von Exekutive und Kontrolle, die einfach ganz, ganz schlecht sind. Die schlecht sind für die Landwirte selber, weil sie ein hohes Maß an Unklarheit haben, weil sie parallel von verschiedenen Abteilungen des Landes, zum Beispiel Lebensmitteluntersuchungen, erleben durften, weil das einfach getrennte Bereiche waren, auch mit getrennten Landesräten. Ich möchte jetzt ein Beispiel bringen, das für mich einfach die politische Struktur in der Steiermark auf den Punkt bringt.

Wir haben vor einigen Monaten da einen neuen Landesrechnungshofdirektor bestellt. Sie wissen, dass urplötzlich, innerhalb von kürzester Zeit, ein Bewerber das Rennen gemacht hat, der bis dato der Büroleiter von der Landeshauptfrau, von der Frau Klasnic, gewesen ist. Das war eine Situation, ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass eine Partei wie die ÖVP, die eine Wahl gut gewonnen hat, hergeht und einige Monate später sich nicht traut, einen unabhängigen Landesrechnungshofdirektor zu bestellen. Das war für mich ein Symbol dafür, dass diese Partei einfach leider Gottes Schwierigkeiten hat, Exekutive und Kontrolle wirklich auseinander zu halten.

Diese Schwierigkeit, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Aufträge immer wieder miteinander vermischt werden, das findet sich leider Gottes in der Landwirtschaftspolitik wieder und sehr oft zum Schaden von den Leuten in der Landwirtschaftskammer, die engagiert arbeiten, der Tierärzte, die engagiert arbeiten, zu Ungunsten der Landwirte und Landwirtinnen, die engagiert arbeiten.

Ich habe es vorher symptomatisch gefunden, Monika Kaufmann, wie du gesagt hast, du hättest gerne eine Stellungnahme vom Herrn Landesrat Pörtl und der Herr Landesrat Pörtl geht her und schreibt nicht selber aus seinem politischen Verständnis heraus, ob er euren Antrag gut oder schlecht findet, sondern er schickt ihn weiter an die Landwirtschaftskammer und übernimmt dann Wort für Wort die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer. Ich glaube, es ist genau das, was massive Verunsicherung mit sich bringt und weshalb ihr einfach glaubt, dass man gerade in diesem Bereich eine fehlende Gewaltenteilung sehr bewusst politisch herbeigeführt hat. Das ist nichts, was uns die EU aufgezwungen hat, sondern das ist etwas, was von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt wird.

Ein Wort noch zur SPÖ: Einige Sachen, die die Waltraud Dietrich vorher gesagt hat, stimmen leider, nämlich dass die politische Verantwortung für den Bereich „Konsumentenschutz“ und auch für das „Veterinärwesen“ lange Zeit bei der SPÖ gewesen ist und dass das Lebensmittelgesetz seit 25 Jahren durch fehlende Verordnungen und durch fehlende Strafbestimmungen ein Papiertiger war. Das ist auch ein Teil der Realität, wo die SPÖ einfach mit drinnen hängt, auch wenn es jetzt im Nachhinein Leuten, die da engagiert sind, entsprechend unangenehm ist, wie zum Beispiel auch dir, denke ich mir.

Was die Freiheitlichen betrifft, sieht man da einfach, wie schnell die Position eines Landeshauptfrau-stellvertreters die politische Identität verändert. In der letzten Periode haben wir im Tierschutzbereich immer wieder zusammen gekämpft. Freiheitliche Abgeordnete haben das Tierschutzvolksbegehren unterschrieben, was ich sehr toll gefunden habe. Jetzt merke ich, dass da leider der Herr Minister Haupt unterstützt wird und zu meiner Überraschung sogar das Tierarzneimittelkontrollgesetz, das ich in einigen Bereich massiv kritisieren möchte, und zwar genau in dem Bereich, wo die Rollenteilung zwischen Landwirten und Tierärzten nicht klar ist und wo es einfach so ist, dass Landwirte die Möglichkeit haben, mit Arzneimitteln zu hantieren und umzugehen. (Abg. Riebenbauer: „Unter Aufsicht des Tierarztes!“) Aber die Aufsicht des Tierarztes schaut so aus, dass in vier Wochen im Vorhinaus das Mittel abgegeben wird und in diesen vier Wochen wird bei einem Tier, außer es ist sterbenskrank, einiges passieren. Ich sehe das für eine katastrophale Entwicklung und die Amtstierärzte auf der Bundesebene haben dazu ein Statement abgegeben, das so weit unter der Gürtellinie war, dass ich es hier nicht zitieren möchte. Ich glaube einfach, dass das Leute sind, die sehr wohl in vielen Bereichen auf der Seite der Bauern stehen, weil ein guter Tierarzt sich einfach bemühen wird, den Landwirt zu unterstützen, dass er gesunde Tiere in den Schlachthof bringt. Das ist ein Teil und ist übrigens auch ein Pro-Tierschutz-Argument aus meiner Sicht, dass man sagt, wenn die Tiere gesund sind, wenn sie gut wachsen, wenn sie schneller wachsen, dann wirkt sich das letztendlich auch wirtschaftlich auf einen Stand aus, der sehr oft ohnehin massiv unter Druck ist.

Ein bisschen etwas muss ich noch zu den Biobauern sagen. Es stimmt, in Österreich und in der Steiermark sind die Zahlen rückläufig und ich finde es einfach toll, wenn man dann sagt, wohin überall steirische Bio-produkte exportiert werden. Wenn man sich dann anschaut, wie es im Beschaffungswesen in der Steiermark aus-schaut, in Altenheimen, in den Krankenanstalten, in Kantinen, dann sieht man, dass dort Bioprodukte zwar per Antrag vorgeschrieben wurden von der ÖVP, mehrheitlich oder einstimmig angenommen im Landtag, dass dieser Antrag aber einfach nicht in die Tat umgesetzt wird. Und ich würde es toll finden, wenn man zumindest bei Milchprodukten, Kartoffeln und Rindfleisch einmal sagt, in Krankenanstalten, Altenheimen und so weiter bemüht man sich, unabhängig von der Saison, einen bestimmten Prozentsatz biologisch zu beschaffen.

Ich möchte jetzt im Rahmen dieser zehn Punkte näher eingehen auf den Bericht der Veterinärabteilung zu Missständen in der Schweinezucht. Es ist drinnen eine Aussage, die so klar ist, dass ich mich sehr gefreut habe und gleichzeitig sehr gewundert habe, dass die ein Jahr später in die Diskussion eingebracht wird, nämlich bezüglich der Rechtslage, also Stichwort fehlendes Tierarzneimittelkontrollgesetz – das wird es erst ab April geben beziehungsweise Lebensmittelgesetz ohne Verordnungen wird festgehalten, es gibt eine verworrene österreichische Rechtslage und es wird zusammenfassend festgestellt, dass diese Situation nicht ausreichend geeignet ist zu gewährleisten, dass Lebensmittel tierischer Herkunft frei von bedenklichen Arzneimittelrück-ständen sind. Ich habe es sehr seriös gefunden, dass das wortwörtlich in einem Bericht drinnen steht, den ein langjähriger ÖVP-Agrarpolitiker verantwortet. Ich würde es aber noch viel besser finden, wenn die ÖVP-Kollegen und -Kolleginnen im Nationalrat stante pede hergehen würden und dort Entschließungsanträge der Grünen unterstützen würden, wo sie auf genau diese rechtlich untragbare Situation hinweisen und versuchen, da raschest Gesetzesänderungen durchzuführen. Das wäre für mich eine tolle Art des Zusammenspiels zwischen Bund und Land, und zwar eine attraktivere Art als wir es vorher beim Stabilitätspakt gehabt haben.

Ein zweites Wort noch zum steirischen Tierarzneimittelskandal. Die Grünen haben dazu einen Unter-suchungs-Ausschuss gefordert. Es hat etliche Verhandlungen gegeben, speziell auch mit der SPÖ, die uns da leider Gottes nicht unterstützt hat und ich denke, eine Auseinandersetzung im geordneten Rahmen eines Unter-suchungs-Ausschusses mit der Möglichkeit, Fachleute einzuladen, Vertreter von Vereinen wie „Vier Pfoten“ ein-zuladen, die einzelnen Landesabteilungen in einer guten Art einzuladen, das hätte ich besser und struktur-bildender für die Steiermark für die Zukunft empfunden, als rasch einen informellen Unterausschuss auf Druck der SPÖ dann noch gegenüber dem Klubobmann Lopatka durchzusetzen.

Wie schaut es jetzt von der internationalen Ebene her aus? Es hat im letzten Juni einen EU-Inspektions-bericht gegeben. Das heißt, er ist später herausgekommen, aber der Besuch in Österreich ist im Juni erfolgt, wo man sich einfach die Rückstandskontrollen bei lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen angeschaut hat. Dieser EU-Bericht ist ungefähr gleich kritisch wie es die Einschätzungen von vielen Vereinen, Tierschutz-vereinen und Umweltschutzvereinen sind und deckt sich in einigen Bereichen auch fast wortwörtlich mit dem Bericht, den Herr Landesrat Pörtl als Regierungsvorlage auf den SPÖ-Antrag uns zukommen hat lassen. Das, was feststeht insgesamt zum Bereich Tierarzneimittel, dass das einfach ein satter Markt ist mit einem gediegenen Schwarzmarkt. Man kalkuliert etwa doppelt so viel, ist illegal im Umlauf wie legal und ich halte es einfach für unzumutbar, dass wir leider auch im Gesundheitswesen und im Lebensmittelwesen und im Bereich der Tierzucht eine Situation haben, wo man eigentlich bestimmte Formen des Neoliberalismus so unterstützt, dass man sagt, freier Warenverkehr, es kann ein- und ausgeführt werden mit einer hohen Beweglichkeit, es können Tierärzte aus dem EU-Raum, die sind sehr viel weniger Kontrollen unterworfen, was ihren eigenen Bestand an Arznei-mitteln betrifft, als heimische Tierärzte, was natürlich eine Wettbewerbsverzerrung ist und was natürlich die Leute, Landwirte, die unter einem wirtschaftlichen Druck stehen, dazu motiviert zu schauen, ob ihnen nicht ein Kollege in Bayern eine bestimmte Substanz unter der Hand um einen wesentlich geringeren Preis anbietet. Ich glaube einfach, um das abschließend zu sagen, diese Debatte ist für mich deswegen auch eine eminent wirtschaftspolitische.

Ein Element, das ich noch einbringen möchte, es gibt von den „Vier Pfoten“ einen Bericht zu besagtem Thema, wo sie auch zu Recht kritisieren, dass es sehr wenig Daten und Studien gibt über ökotoxologische Wirkungen, sprich, was bedeutet es, wenn über Tierarzneimittel resistente Mikroorganismen in den Boden ge-

langen, ins Wasser gelangen, über Niederschläge ganz woanders ausgetragen werden, als die Tiere diese Mittel zum Fressen bekommen haben und da wäre ein Umweltmonitoring im Tierarzneimittelbereich dringend angesagt.

Es hat in diesem informellen Unterausschuss Herr Hofrat Dr. Köfer zugesagt, dass es im Juni eine Präsentation einer Neuordnung des Kontrollwesens geben wird. Ich finde das sehr gut und sehr wichtig und es wäre einfach auch erfreulich, wenn man bis dorthin noch das eine oder andere Element da auch inhaltlich einbringen könnte.

Eines möchte ich jetzt gleich als Entschließungsantrag einbringen. Ich habe vorher angesprochen, dass die Gewaltenteilung und somit auch die Kontrolle in diesem Bereich nicht ausreichend vorhanden ist und dass das letztendlich auch dazu führt, dass Bauern in der öffentlichen Debatte immer wieder so unter Druck kommen, wie das teilweise passiert, teilweise auch auf eine sehr unseriöse Art und Weise. Es werden jetzt vom Bund her Vorgaben gemacht für die einzelnen veränderten Tiergesundheitsdienste und ich möchte deswegen im Namen der Grünen den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in den steirischen Tiergesundheitsdiensten VertreterInnen des Konsumentenschutzes und VertreterInnen des Tierschutzes aufzunehmen.

Das wären für mich sehr wichtige Maßnahmen. Es scheinen einige Weichen in diese Richtung, so verstehe ich es auch, gelegt worden zu sein, weil ich es einfach für nicht ausreichend empfinde, wenn im Tiergesundheitsdienst nur Tierärzte und die Landwirtschaftskammer sitzen und eine Vertretung der Leute, die die Produkte dann zu sich nehmen und eine parteiliche Vertretung, die einfach Tierinteressen, Tierrechte wahrnimmt, nicht vorhanden ist. Ich ersuche jetzt schon die anderen Kolleginnen und Kollegen um Annahme dieses Antrages.

Ich möchte jetzt noch zurückkommen auf die Kritik, die es gegeben hat, gleich nachdem am 17. Jänner die „Vier Pfoten“ eine Anzeige erstattet haben wegen rechtswidrigem Einsatz von Arzneimitteln mit antibiotischen Leistungssteigerern gegen 28 Betriebe in der Steiermark. Dran gewesen sind natürlich vier Bundesländer, dort, wo es am meisten Schweinemast gibt, das waren die Steiermark, Niederösterreich, Oberösterreich und das Burgenland. Leider Gottes ist die kriminalistische Bearbeitung sehr unterschiedlich vor sich gegangen. Man hat zum Beispiel zum Glück es in Niederösterreich geschafft, per staatsanwaltlicher Verfügung sofort Hausdurchsuchungen einzuleiten. Das ist in der Steiermark erst mit Tagen Verzögerung passiert. Und es ist da dann auch die sehr unglückselige Äußerung vom Herrn Landesrat Pörtl gekommen, der ganz schnell einmal die APA informiert hat und daher auch entsprechend von rechtlicher Seite unter Druck gekommen ist, in Kombination damit war das ein Vorgehen, das für die Steiermark und für steirische Produkte sicher nicht dienlich gewesen ist.

Unser Anliegen wäre und das habe ich in diesem informellen Unterausschuss auch gesagt, wenn so eine Situation in der Steiermark noch einmal stattfindet, was ist auf Grund dieser Debatte heute anders als vor einem Jahr? Wie sind die Abläufe, Spuren sicherzustellen? Wie schnell ist es möglich, da Proben zu ziehen und gleichzeitig aber auch zeitgerecht zu bewerten? Welche politischen Konsequenzen gibt es, insofern auch politische Konsequenzen, als ich mir denke, dass man alle Möglichkeiten, parteiische, ethische und ökonomische Aspekte und Tierschutzaspekte, in diese Debatte einbringt. Das kann nur für die handelnden Personen von Vorteil sein.

Ein Element möchte ich noch zuletzt einbringen. Es gibt jetzt eine neue Organisationsstruktur, neue Abteilung „Gesundheit, Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit“. Diese Zusammenführung von den Kompetenzen finde ich sehr gut. Es war in der Steiermark auch hoch an der Zeit. Meine Hoffnung wäre, gekoppelt etwa mit der Dienstinstruktion für Amtstierärzte, dass man im Bezirk, wo man beruflich als Amtstierarzt tätig ist, keine Nutztierpraxis haben kann. Das ist vor einem Jahr endlich per Erlass von der Personalabteilung in die Realität umgesetzt worden. Das sind Schritte, die zum Glück erfolgt sind, aber dennoch sehr, sehr spät erfolgt sind.

Zusammenfassend eine Einschätzung der Grünen: Wir sehen die Lage im Moment absolut nicht als erledigt und gegessen an, auch wenn wir jetzt den Bericht der Veterinärabteilung vor uns haben und etliche andere Stücke zum Thema „Landwirtschaftspolitik“ – nehme ich an – über weite Strecken auch mehrheitlich oder einstimmig über die Bühne des Landtages gehen. Wir werden uns weiter sehr parteilich dafür einsetzen, dass es in der Steiermark geeignete Kontrollstrukturen gibt, natürlich auch, dass Tierschutzaspekte massiv eingebracht werden. Ich hoffe da sehr auf das Tierschutzgesetz, wo ja auch Vertreter von der Abteilung für das Veterinärwesen entsprechend unterstützend mitarbeiten. Ich hoffe natürlich stark auf eine Nutztierverordnung, die nicht nur die Regierung sozusagen intern für sich entwickelt, sondern die selbstverständlich auch politisch diskutiert wird im Bereich Geflügel und Schweine, einfach weil da in der Steiermark am meisten läuft.

Abschließend: Es wäre einfach schön, wenn wir so eine Situation, wie wir es vor einem Jahr gehabt haben, in der Steiermark nicht mehr haben würden.

Unser Engagement geht eindeutig auch in Richtung Biolandbau. Da sind wir höchst parteilich. Ich denke, konventioneller Landbau, der hat genug Unterstützer und Lobbyisten und Lobbyistinnen. Da wäre es dann seltsam, wenn die Grünen sagen würden, dass sie das auch gut finden.

Einen Aspekt möchte ich anschließend auch noch einbringen, den hat die Hermine Pußwald immer wieder in einer sehr berührenden Art gebracht, nämlich, dass die Art, wie Leute im ländlichen Raum leben, dass das auch eine starke sozialpolitische Dimension hat. Und ob alte Frauen im ländlichen Raum eine Pension bekommen oder nicht. Oder ob eine alleinstehende Person mit einem großen Gehöft pro Quadratmeter für die Abwasserentsorgung zahlen muss oder nicht. Das hat nichts mit der EU zu tun, sondern eindeutig einfach mit dem Engagement in der Steiermark von verschiedenen Ressorts in Richtung Stärkung ländlicher Raum. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Riebenbauer (15.43 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Wir haben heute wieder einmal eine sehr umfangreiche Agrardebatte. Ausgangsposition war die Situation vor zirka einem Jahr, wo wir eigentlich über die so genannten Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast diskutiert haben. Und ich sage es heute ganz offen und ehrlich, in der damaligen Phase sind Formulierungen und Ausdrücke gefallen, die mir als praktizierendem Bauern äußerst weh getan haben. Es waren Formulierungen – wenn ich diesen Antrag anschau –, wo man pauschal verurteilt hat.

Frau Abgeordnete Zitz, wenn Sie immer so misstrauisch sind und alles eigentlich misstrauisch beobachten, dann ist mir vorher ein Sprichwort eingefallen. Das heißt: „Wie der Schelm denkt, so ist er!“ Ich muss Ihnen das jetzt einmal sagen, weil mir das immer wieder einfällt. Wir alle wollen das Beste, aber man kann nicht von vornherein immer gegen alles Misstrauen haben. Wir müssen auch Vertrauen haben in die Politik. Wir müssen Vertrauen schaffen. Das möchte ich Ihnen einmal klar gesagt haben.

Es hat dann diese Anzeigen gegeben. Es hat Wünsche nach einem Untersuchungs-Ausschuss gegeben.

Und ich freue mich – ich sage das an dieser Stelle klar und deutlich –, dass das ehrliche Handeln unseres Landesrats mit einem rechtskräftigen Freispruch bestätigt wurde. Erich, das freut mich und uns alle! (Beifall bei der ÖVP.)

Frau Abgeordnete Kaufmann, wir verstehen uns sonst ganz gut, solange es sachlich ist. Aber von dir lasse ich mir niemals vorwerfen, dass ich nicht bei den Bauern draußen bin und nicht weiß, was die reden. Das entscheiden andere und die haben bis jetzt immer entschieden – zu welchen Gunsten ist dir und mir bekannt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Du warst bei den verkehrten Bauern, bei den reichen!“)

Ich bin seit 1975 Bauernvertreter in meiner Gemeinde, ich will die Jahre gar nicht aufzählen, wie lange im Bezirk und wenn wir so dumm wären, wie du uns manchmal hinstellst, dann würden unsere Wahlergebnisse anders ausschauen. Aber die bestätigen unsere Tätigkeit und unsere Arbeit. (Abg. Gennaro: „Bei dem Wahlsystem keine Leistung!“) Gennaro, du bist soundso einer, der uns immer für dumm hinstellt. Das wissen wir, aber das macht mir nichts. (Landesrat Pörtl: „Er denkt an die Betriebsratswahlen!“)

Aber jetzt sachlich und ehrlich zu dem Bericht.

Ich bedanke mich beim Hofrat Köfer und seinem Team für diesen umfassenden Bericht. Er wurde vorgelegt, er wurde schon diskutiert. Er hat wichtige Hintergrundinformationen in fachlicher und rechtlicher Hinsicht und zeigt chronologisch die Ereignisse in dieser Phase auf. Es sind Maßnahmen beschrieben worden, welche die steirische Veterinärverwaltung sehr wohl ergriffen hat, um diese illegalen Praktiken einzelner Landwirte, Tierärzte und Futtermittelfirmen bitte, damit man nicht immer den Gleichen die Schuld gibt, aufzudecken, um die Verbraucher zu schützen. Das ist unser gemeinsames Interesse, aber – das muss uns auch klar sein – nicht erst nach Auffliegen des vorjährigen so genannten Schweinemastskandals, sondern auch schon in den Jahren vorher.

Bereits kurz nach In-Kraft-Treten der Rückstandsverordnung im März 1998 – erst dadurch wurde möglich, dass eine Sperre verdächtiger Nutztierbestände ermöglicht wurde – haben die steirischen Behörden die Fälle von Arzneimittelmisbrauch zur Anzeige gebracht. Da sind wir draufgekommen, dass es fehlende Verordnungen gibt. Anscheinend will man das auch wieder uns vorwerfen. Meines Wissens waren in diesen 20 Jahren der fehlenden Verordnungen SPÖ-Minister zuständig.

Erst mit dem jetzt verfassten Tierarzneimittelkontrollgesetz wird es möglich sein, gegen künftige Arzneimittelsünder vorzugehen. Ich hoffe, dass rechtzeitig die notwendigen Verordnungen auch beschlossen werden und herauskommen. (Beifall bei den Grünen.)

Selbstverständlich stehen wir dazu, kein Problem.

Gemäß der Rückstandsverordnung wurden die betroffenen Betriebe, die verdächtigt wurden, umgehend gesperrt, so dass kein einziges Tier geschlachtet wurde und verkauft werden konnte und in den Verkehr gebracht wurde. Die Behörden haben die Futtermittel beschlagnahmt und haben die Proben entnommen.

Um festzustellen, wie weit solche Machenschaften verbreitet sind, wurde die Rückstandskontrolle – und jetzt bitte genau aufpassen –, die in der Steiermark seit Jahren nach einem ausgereiften Plan in Schlachtbetrieben und am Bauernhof durchgeführt werden, verstärkt und ausgeweitet. Ein ganzes Monat hindurch haben Fleischuntersuchungsorgane in großen Schlachthöfen stichprobenweise von jedem 20. Schwein Proben zur Untersuchung auf Antibiotikarückstände genommen. Und jetzt ärgert es mich, das, was da herausgekommen ist, sagt nämlich wirklich niemand hier in diesem Haus. Dabei konnten bei keinem der 3500 untersuchten Tiere solche Rückstände nachgewiesen werden, bei keinem der 3500 untersuchten Tiere konnten Rückstände nachgewiesen werden. Dies zeigt, dass fast alle Landwirte – und wenn ich die „Kronzeitung“ zitiere, da war es auf der Titelseite, 99,9 Prozent –, dass 99,9 Prozent der Landwirte in Ordnung sind. Und auch wir verurteilen jene, die schwarze Schafe sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, wir lehnen diese illegalen Praktiken selbstverständlich ab. Es hat Möglichkeiten gegeben auf Grund der Arzneimittelpreise, weil andere Ländern günstiger oder billiger waren, dass manche in Versuchung kamen, so etwas einzusetzen. Und das waren auch wieder nicht nur die Bauern. Das war gemeinsam mit Autobahntierärzten, die von Deutschland hereingekommen sind und wo halt der Bauer in Versuchung gekommen ist, die einzelnen billigen Mittel illegal einzusetzen. Wir verurteilen das und das darf nicht passieren!

Welche Konsequenzen wurden aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres gezogen? Auf Bundesebene wurde das Tierarzneimittelkontrollgesetz beschlossen.

Mit Verordnung wird dann klar geregelt werden, welche Medikamente der Bauer im Rahmen des Tiergesundheitsdienstes unter Anleitung des Tierarztes selbst anwenden darf. Und dadurch wird auch die Rechtssicherheit geschaffen und die Kontrolle und der Verzug durch die Aufsichtsbehörden erleichtert, die Kontrolle und der Verzug durch die Aufsichtsbehörden bitte erleichtert. Damit das auch klar gesagt wird! Zusätzlich ist nun notwendig, dass all jene Betriebe, die wirklich unter Aufsicht eines Tierarztes Medikamente einsetzen, dass die beim Tiergesundheitsdienst dabei sein müssen, sonst gibt es nämlich überhaupt nichts! Und man hat – und das ist aus meiner Sicht auch wichtig – unter anderem im Sinne einer größeren Transparenz auch Konsumentenvertreter in das Kuratorium des Tiergesundheitsdienstes neu mit aufgenommen. Im Zuge einer Neufassung und Änderung der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wurde auch reagiert und eine Eingliederung der Fachabteilung für das Veterinärwesen in die neue Abteilung Gesundheitswesen, Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit wurde geschaffen, um die Synergieeffekte im Sinne der Volksgesundheit zu verbessern.

Meine geschätzten Damen und Herren, zusammenfassend zu diesem Thema ist festzustellen, dass die Ereignisse des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit BSE, Maul- und Klauenseuche und Arzneimittel-skandal für uns nicht erfreulich waren, selbstverständlich die Konsumenten verunsichert haben, weil natürlich gewisse Meldungen verunsichern und sich die Konsumenten dann nicht auskennen, was stimmt und was stimmt wirklich nicht. Aber wir dürfen dabei, an dieser Stelle möchte ich das klar sagen, eines nicht vergessen, dass die Qualität der von den heimischen Bauern erzeugten Lebensmittel im internationalen Vergleich sicherlich als ausgezeichnet hingestellt werden darf, die Qualität unserer Lebensmittel ist ausgezeichnet. Auch das ist unsere Pflicht, dass wir das in der Öffentlichkeit draußen sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist notwendig, meine geschätzten Damen und Herren, und dazu bekennen wir uns alle, dass wir immer wieder versuchen, mit Daten den Verbrauchern das Vertrauen zu geben. Das ist wichtig und wie ich immer wieder sage, das Vertrauen vom Stall bis zum Teller, wir sind eine Kette und wenn ein Glied bricht, dann ist die ganze Kette kaputt, das haben wir gesehen bei diesem Schlachthofbetrieb in Niederösterreich, was das eigentlich dann mit sich bringt.

Meine geschätzten Damen und Herren, dieser Bericht zeigt, dass wir alle gemeinsam nicht untätig waren und es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, für die Erhaltung der Qualität unserer Lebensmittel zu sorgen. Anzeigen helfen uns nicht weiter, Untersuchungs-Ausschüsse helfen uns nicht weiter, sondern gemeinsames Arbeiten hier in diesem Hause im Interesse der Bauern und der Konsumenten und im größten Interesse für eine schöne, vom Bauern gestaltete und von Touristen benützte steirische Landschaft! (Beifall bei der ÖVP.)

Ganz kurz auch noch zu den BSE-Folgekosten: Es wurden 25.800 Tests durchgeführt. Bis jetzt – und ich mache das jetzt wirklich kurz, ich könnte da mehrere Zahlen bringen – wurden die Kosten von der öffentlichen Hand getragen und niemand wurde belastet. Im heurigen Jahr müssen die Schlachtbetriebe etwas abliefern, aber trotzdem ist die öffentliche Hand sehr stark interessiert und ich bedanke mich auch hier bei dir, Herr Landesrat, und bei der Frau Landeshauptmann und bei allen Regierungsmitgliedern für den Einsatz für unsere Bauern, denn es wäre unmöglich zu vertreten, dass wir noch zusätzlich, wenn wir schon einen schlechten Preis haben, auch noch die Kosten zu tragen hätten.

Abschließend noch einen Satz auch zur Dürre, weil man uns immer wieder – und da ist der Gennaro ja Weltmeister – vorwirft, wir sind ewige Jammerer. Ich möchte nur sagen, die Situation des Bezirkes Hartberg bezüglich Dürre und vor allen Dingen der Anträge, die gestellt worden sind. Im Bezirk Hartberg wurden 878 Anträge gestellt. 2,693.778 Kilogramm Heu wurden gekauft bitte, 14.451 Stück Rundballen und das macht im Gesamten eine Fördersumme für unseren Bezirk von 7,885.000 Schilling aus. Und damit nicht wieder ein großer Neid besteht, macht das pro Betrieb 8981 Schilling aus. Es ist eine Entschädigung, aber es ist niemals das, was die Bauern zusätzlich selbst leisten müssen. In diesem Sinne danke ich und wünsche unserer steirischen Landwirtschaft in Zukunft alles Gute! (Beifall bei der ÖVP. – 15.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann.

Abg. Stöhrmann (15.55 Uhr): Meine sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist für mich eigentlich immer wohltuend, einer Landwirtschaftsdebatte beizuwohnen und zuzuhören. Der Ton ist gemäßigt, die Sachlichkeit steht im Vordergrund, was man ja in diesem Hause nicht immer sagen kann. Und wenn du dich, lieber Reinhold Lopatka, auch einmal etwas zurücknehmen könntest und auf deine Wortspenden verzichten könntest, dann würde es vielleicht auch so weitergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem am 15. Jänner in dieser, wie ich es schon einmal bezeichnet habe, Drüberfahrer-Ausschusssitzung unsere Anträge, unsere Diskussionen bezüglich dieses Berichtes – und ich spreche hier zum Punkt 13 Schweinemastskandal – vom Tisch gewischt wurden und man uns eigentlich nicht die Gelegenheit gegeben hat, darüber sachlich und offen zu sprechen, hat dann der Herr Landesrat Pörtl die Initiative ergriffen und auf seine Veranlassung hin wurde ein so genannter informeller Unterausschuss eingeführt und abgehalten und ich bedanke mich wirklich dafür, denn du, Herr Landesrat, hast mit dieser Vorgangsweise wesentlich mehr Instinkt bewiesen als dein Klub in dieser Ausschusssitzung, weil man dort wirklich exakte, vernünftige, sachliche Gespräche führen konnte. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren,

darum geht es uns ja letzten Endes. Ich bin der Letzte, der nicht jedem hier herinnen zugesteht, dass er das Beste für seine Anliegen will und für die Anliegen der Steirerinnen und Steirer. Das Ziel ist das Gleiche, das Beste zu erreichen und korrekt und gut zu handeln, dass die Wege verschieden sind, na, das versteht sich ja von selbst. Aber man sollte doch diese Wege so gehen, dass man sie auch zum Schluss gemeinsam geht, darum ersuche ich und darum bitte ich wirklich.

Bei diesem informellen Unterausschuss hat Herr Veterinärdirektor Hofrat Dr. Köfer einen sehr umfangreichen Bericht vorgelegt. Wir haben diesen Bericht sehr eingehend diskutiert, es war auch notwendig. Denn – ich habe es im Unterausschuss schon gesagt – wenn man nicht zumindest den Magister in Chemie abgelegt hat, dann ist es einem fast unmöglich, diesen Bericht zu verstehen. Und gerade das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es, was mich bedenklich stimmt. Es geht um die Chemie und es geht letzten Endes auf der anderen Seite um die Lebensmittel, die wir im täglichen Verzehr konsumieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Bericht – darauf will ich eigentlich hinaus – steht, dass es in Österreich zwei Schienen gibt, über die diese Arzneimittel vertrieben werden. Zum einen vom Hersteller über die Apotheke, das tierärztliche Rezept zum Tierhalter. Okay, kontrolliert, alles in Ordnung. Dann gibt es noch die zweite Schiene vom Hersteller zum Großhändler, Tierarzt Indikationsstellung, die so genannte Hausapotheke und dann wieder zum Tierarzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen, dass in dieser zweiten Schiene teilweise der Wurm steckt. Ich will jetzt gar nicht die Tierärzte in Bausch und Bogen verurteilen, aber es gibt dort auch schwarze Schafe und wir haben in der Vergangenheit damit zu kämpfen gehabt. Und wengleich dieser Schweinemastskandal viele Ansätze bieten würde, Anwürfe zu tätigen und jemanden schlecht zu machen, tue ich es ganz bewusst nicht, weil es hier um eine Sache geht, die uns alle betrifft, die unsere Lebensmittel betrifft, mit denen wir tagtäglich umgehen müssen. Es gibt Gesetze, es gibt neue Gesetze, es sind viele Verbesserungen geschaffen worden. Und wenn die Kollegin Dietrich hier gesagt hat, dass es sozialdemokratische Minister waren, die es verabsäumt haben, die eine oder andere Verordnung zu erlassen, dann kann ich ihr nicht widersprechen. Es ist Tatsache und ich stehe nicht hintan, das auch zuzugeben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das waren nicht die größten Fehler, die wir in diesem Zusammenhang gemacht haben.

Der größte Fehler war der, dass wir 30 Jahre lang einer einzigen Partei das Feld Landwirtschaft und alles, was daran hängt, die Politik überlassen haben. Die Kontrolle hat gefehlt und wo die Kontrolle fehlt, entwickeln sich eben Dinge, reißen Schlendrians ein, die nicht gut sind für die Sache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem Grunde ersuche ich Sie wirklich, dass der Entschließungsantrag, der von mir nun eingebracht wird, die Zustimmung des ganzen Hauses findet, weil er sachlich richtig begründet ist und weil, wie schon am Anfang gesagt, ich meine, dass die Sache im Vordergrund stehen soll (Abg. Dr. Lopatka: „Dann musst du dich schnell setzen!“) und nicht die politische Anschüttere. Ich glaube, da gibt mir auch der Klubobmann der ÖVP Recht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Unselbstständige Entschließungsantrag, gestellt von den Abgeordneten Kaufmann, Detlef Gruber, Böhmer, Kollegger, Stöhrmann, Halper und Schrittwieser. Ich erspare mir die Begründung.

Der Landtag wolle beschließen:

I. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit folgenden dringenden Anliegen heranzutreten:

Erstens: An die EU-Kommission mit dem nachdrücklichen Ersuchen um rasche Harmonisierung der Vertriebswege für Arzneimittel heranzutreten.

Zweitens: Eine Arbeitsgruppe einzurichten, die nach deutschem Vorbild „Leitlinien für den sorgfältigen Umgang mit antimikrobiell wirksamen Tierarzneimitteln“ ausarbeiten soll.

Drittens: Die Futtermittelverordnung 2000 dahin gehend abzuändern, dass antimikrobielle Leistungsförderer wie Flavophospholipol, Monensin-Natrium, Salinomycin-Natrium und Avilamycin verboten werden.

Viertens: Die Verordnungen auf Grund des neuen Tierarzneimittelkontrollgesetzes im Hinblick auf die Tiergesundheitsdienste sowie die Verabreichung von Arzneimitteln der Tierärzte an die Tierbesitzer bezüglich Tierart, Indikation und Wirkstoff beziehungsweise Produktbezeichnungen einschließlich der Aufzeichnungspflicht so rasch wie möglich zu erlassen. Es helfen uns nämlich die ganzen Gesetze nichts, wenn nicht auch die Verordnungen und vor allem auch die Strafbestimmungen dazu erlassen werden.

Sechstens: Die Landesbehörden in das Arzneimittelmeldesystem einzubinden.

Siebtens: Flächendeckend ein Kontrollsystem aufzubauen, um verbotene, hormonell aktive Substanzen zur Leistungssteigerung feststellen zu können, um rechtswidrige Handlungen entsprechend strafrechtlich ahnden zu können.

Achtens: Alle gemäß Paragraph 15 des Lebensmittelgesetzes vorgesehenen, aber noch immer fehlenden Verordnungen so rasch wie möglich zu erlassen, damit eine effektive Anwendung der Strafbestimmungen ermöglicht wird.

Neuntens: Auch den Besitz von nicht zugelassenen Medikamenten oder Impfstoffen als verwaltungsstrafrechtlichen Tatbestand im Arzneimittelgesetz zu statuieren.

Zehntens: Alle geeigneten Maßnahmen zu setzen, damit Schwarztransporte über die Binnengrenzen der EU auf Grund des Arzneiwareneinfuhrgesetzes einer Aufdeckung zugeführt werden können.

Elftens: Alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit die Herkunft aufgegriffener verdächtiger Arzneimittel bis zum Lieferanten vollständig nachvollzogen werden kann.

Zwölftens: Den Bezug und Besitz rezeptpflichtiger, aber ohne Rezept bezogener Arzneimittel gemäß dem Rezeptpflichtgesetz für strafbar zu erklären.

Dreizehtens: Die Pflicht für öffentliche Apotheken und Großhändler, Aufzeichnungen über Bezug und Abgabe von Tierimpfstoffen zu führen, gemäß dem Tierseuchengesetz wieder einzuführen.

Vierzehntens: Den Paragraphen 16 des Fleischuntersuchungsgesetzes dahin gehend zu ändern, dass auch in Rinder- oder Schweinemastbetrieben Kontrollen durch die Fleischuntersuchungstierärzte vorzunehmen sind.

Fünftehtens: Österreichweit ein Chloramphenicol-Screening bei Schlachtschweinen sicherzustellen.

II. Darüber hinaus wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, regelmäßig im Rahmen des Grünen Berichtes einen detaillierten Beitrag über die Überprüfung und Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Verkehrs mit pharmazeutischen Spezialitäten für Nutztiere aufzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie schon gesagt, das Ziel aller hier Anwesenden ist das gleiche, beschreiten wir vielleicht auch diesmal einen gemeinsamen Weg, um zu diesem Ziel zu kommen. Denn ich sage Ihnen – und das aus vollster Überzeugung –, politisch punkten können wir mit gegenseitigen Angriffen nicht. Politisch punkten können wir bei den Menschen draußen, wenn wir ihnen Vorlagen, Gesetze geben, mit denen sichergestellt und gewährleistet ist, dass ordnungsgemäße, richtige, gute, einwandfreie Nahrungsmittel auf den Markt kommen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.04 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Gangl (16.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich auf die Tagesordnungspunkte 19 bis 22 eingehe, möchte ich zur Kollegin Kaufmann etwas sagen. Sie ist nicht da. (Abg. Gross: „Selbstverständlich!“) Ah, sie steht ja hier, Entschuldigung.

Sie hat am Anfang gemeint, es ist für sie verwunderlich, dass die SPÖ mehr Anträge in der heutigen Landwirtschaftsdebatte eingebracht hat als die ÖVP. Ich kann nur sagen, das ist nicht verwunderlich, denn bei uns in der ÖVP geht Qualität vor Quantität. Das leben unsere Bauern vor. Das lebt die Agrarpolitik der ÖVP vor. Das wird auch bestätigt, wenn wir Wahlergebnisse mit 83,7 Prozent, wie der Bauernbund, einfahren können. Nur zur Feststellung. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Ihr könnt es nicht lassen!“) Das ist ja nichts Schlimmes, was ich gesagt habe.

Zum Tagesordnungspunkt 19: Förderung von Spezialkulturen im Obstbau, insbesondere im Beerenobstanbau. Die Steiermark hat im Beerenobstanbau durchaus Tradition. Neben der Eigenversorgung war die schwarze Ribisel die wohl erste Beerenfrucht, die für den Lebensmitteleinzelhandel, vor allem aber für die Verarbeitung angebaut wurde. Doch schon bald, nach einigen Jahren, hat sich gezeigt, dass mit Importen, vor allem aus dem Osten, die Preiskonkurrenz so übermächtig wurde, dass die Wirtschaftlichkeit des heimischen Anbaues nicht mehr gegeben war. Nur in der Bioproduktion waren noch Märkte für die heimische Ware frei. Doch leider ist der Biomarkt für schwarze Ribisel in der Zwischenzeit auch schon gesättigt.

Viele Ribiselbauern haben daher nach Alternativen gesucht und haben den steirischen Edelholunder als Ersatz gefunden. Bekannt durch seine hohen Farbwerte und Antioxydanzien hat der steirische Holunder in der Lebensmittelindustrie als natürlicher Farbstoff, in der Medizin als natürliches Arzneimittel weltweit Bedeutung.

Der Erdeeranbau in der Steiermark dient größtenteils der Selbstpflücke. Zur Erntezeit sind die Märkte überschwemmt und die Preise meist sehr schlecht. Die wirksamste Methode der Erntestreckung sind Folientunnel. Aber diese Produktionstechnik, diese Anbautechnik ist sehr aufwendig und kostenintensiv und kann nur von wenigen Spezialisten gemacht werden.

Lediglich bei Himbeeren und Heidelbeeren können im biologischen Bereich einige Marktnischen neben der Direktvermarktung noch gefunden werden. Dazu ist es notwendig, kontinuierlich Ware zu liefern, Ware anzubieten. Daher sind überdachte Kulturen notwendig, da durch die Witterung in der Steiermark, vor allem durch das nasse Wetter die Verschimmelung, die Botrytis kommt und hier dadurch große Ernteschwankungen gegeben sind und der Markt nicht kontinuierlich beliefert werden kann.

Damit diesem Problem Abhilfe gegeben werden kann, ist im Förderprogramm der Steiermark für den Beerenanbau im Förderansatz „Errichtung von Folientunnel“ gedacht und ist auch diese Maßnahme abgedeckt. Des Weiteren werden andere weitere kostenintensive Bereiche des Beerenanbaues gefördert. Das ist die Neuanlage von Beerenobstanlagen, die Errichtung von Bewässerungsanlagen, bauliche Investitionen im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung für Lagerräume und auch Investitionen im Rahmen des Sektorplanes für die Vermarktungsbetriebe und für besondere Bewirtschaftungsweisen, wie die integrierte Produktion, die biologische Wirtschaftsweise oder den Herbizidverzicht im Obstbau. Hier gibt es aus dem ÖPUL auch Unterstützung.

Aus all diesen Möglichkeiten ist ersichtlich, dass im Rahmen des ländlichen Entwicklungsprogramms für den Beerenobstanbau und damit für die zirka 300 Betriebe in der Steiermark je nach Betriebsausrichtung Fördermöglichkeiten gegeben sind und somit auch das Landwirtschaftsfördergesetz gezielt vollzogen wurde.

Den Beerenobstbauern steht für anfallende Bodenuntersuchungen im selben Umfang wie für die Kernobstbauern oder die anderen Landwirte das Landwirtschaftliche Versuchszentrum Steiermark mit der Bodenuntersuchungsaktion zur Verfügung. Dass dem Beerenobstbau ein eigenes Kapitel im Grünen Bericht gewidmet wird, ist zu unterstützen. Ich bitte daher in diesem Sinne um Beschlussfassung des Ausschussantrages.

Zum Tagesordnungspunkt 20, Ausschank von Schnäpsen in Buschenschänken. Die steirischen Buschenschänke haben sich in den letzten Jahren einer Qualifizierung unterzogen, die sie zu einem Markenzeichen für die Steiermark werden ließen. Sie sind im Tourismusbetrieb der Südoststeiermark Partner der Thermen und bilden in der Region ein nicht wegzudenkendes Angebot. Die ausgezeichneten Weine und die bodenständige Jause der Bauern bringt Gäste und vermittelt eine unverkennbare Identität. Für die Gäste sind wir daher als Region nicht austauschbar. Gäste, die aber nicht nur den Weinbauern und den Buschenschank besuchen, sondern auch Gäste, die alle anderen Angebote der Region bis hin zum Gastwirt wahrnehmen, annehmen und auch dort einkehren. Dass durch den Ausschank von selbst erzeugten Schnäpsen Konkurrenz entsteht und deswegen weniger Gäste in die Gastronomie kommen sollen, ist nicht nachvollziehbar. Viel mehr wird durch hauseigene Getränke, wie eben vielleicht der hauseigene Schnaps, die Regionalität hervorgehoben und so die Unverwechselbarkeit gefestigt, die wieder Nutzen für alle ist. Daher stellt sich die Frage des Interessenausgleiches nicht. Mit einem Unselbstständigen Entschließungsantrag von der SPÖ und ÖVP wird an den Bund herangetreten, so rasch wie möglich die Gewerbeordnung zu ändern, damit eben auch in Buschenschänken die selbst erzeugten Schnäpse ausgedient werden können.

Zu den Tagesordnungspunkten 21 und 22, Dürreschäden in der Landwirtschaft. Wir wissen, die Monate Juni, Juli, August des letzten Jahres haben der Natur vieles abverlangt. Noch heute sind die Auswirkungen dieses niederschlagsarmen Sommers spürbar. Wirtschaftlich betroffen sind die Grünlandbauern, sind viele Bauern mit Spezialkulturen und viele Familien in der Südoststeiermark sind nach wie vor auch jetzt noch nicht mit ausreichend Wasser versorgt. Als im Spätsommer 2001 die wirtschaftlichen Schäden durch die Trockenheit zu Existenzproblemen führten und die Futtervorräte zu Ende gingen, wurde in der Steiermark gehandelt. Obwohl die Dürreschäden nicht taxativ im Schadenskatalog des Katastrophenfondsgesetzes angeführt sind, wurde dank der Unterstützung unserer Frau Landeshauptmann Klasnic vom Agrarlandesrat Erich Pörtl mit den zuständigen Beamten, mit der Landeskammer im Einvernehmen des Bundes unter Bundesminister Molterer, Kommissar Fischler Hilfe in die Wege geleitet. Als Erstes wurden die Stilllegungsflächen für die Futtererzeugung freigegeben, ohne dass man die Flächenzahlungen verloren hat. Mit einem Schreiben, das unsere Frau Landeshauptmann Klasnic und Herr Landesrat Pörtl an Finanzminister Grasser gerichtet haben, wurde ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass die Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Hilfeleistung an stark betroffene Betriebe herangezogen werden können. Leider begann dann ein unrühmliches politisches Spiel zwischen dem Finanzminister und dem Landeshauptmann von Kärnten, weil Kärnten, das kaum Dürreschäden hatte, die Entschädigungen aus dem Landestopf zahlen konnte, verwies der Herr Bundesminister für Finanzen – es war so – immer wieder auf das Kärntner Modell. (Abg. Wiedner: „Wer hat denn dir das aufgeschrieben?“) – das wissen wir aus Erfahrung – (Abg. Wiedner: „Das hat einer aufgeschrieben!“) –, nein das weiß ich selbst, das wissen wir aus Erfahrung – damit er eben das Katastrophenfondsgesetz nicht ändern muss und der Bund daher keine flüssigen Mittel zur Verfügung stellen sollte.

Ein unwürdiges Ping-Pong-Spiel zwischen dem FP-Minister und dem Landeshauptmann von Kärnten auf dem Rücken der besorgten Bauern und der gefährdeten Betriebe. Und nur auf Druck der ÖVP-Agrarier ist es dann doch gelungen, das Katastrophenfondsgesetz zu ändern. Der Bundesbeitrag von 5,450.462 Euro wurde um denselben Betrag vom Land aufgestockt und somit steht den geschädigten Grünlandbauern eine Summe von 10,900.924 Euro, das sind 150 Millionen Schilling, zur Verfügung. Das Land Steiermark hat am 20. November 2001 mit dem Nachtragsbudget 174.414 Euro beschlossen, damit eben die Kofinanzierung sichergestellt ist. Mittels der Sonderrichtlinie können nun besonders betroffenen Grünlandbetrieben die Zusatzaufwendungen für den notwendigen Ersatzfuttermittelzukauf zum Teil, zum Teil sage ich, weil immer behauptet wird, es wird dann wieder alles abgegolten, eben nur zum Teil abgegolten werden.

Die Bauern wurden über die Landwirtschaftlichen Mitteilungen informiert. Derzeit haben zirka 2500 Grünlandbetriebe in der Steiermark um Unterstützung angesucht und für jeden Betrieb, der eben im Zeitraum vom 1. August 2001 bis 31. Jänner 2002 belegte Futterzukäufe geltend machen kann, ist vorgesehen, dass maximal 145,35 Euro pro Hektar oder maximal 2906,91 Euro pro Betrieb, das sind 40.000 Schilling, ausbezahlt werden und eine Untergrenze von ebenfalls 2000 Schilling beziehungsweise 145,35 Euro ist vorgesehen.

Den Rinderbauern, die ja auch durch die BSE-Krise getroffen wurden, konnte so maßgeblich geholfen werden und es gilt wirklich ein besonderer Dank unserem Agrarlandesrat Pörtl. (Beifall bei der ÖVP. – Präsidentin Dr. Rieder: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende, wenn Sie bitte abschließen!“)

Eine Minute. Ganz kurz zu den Sonderkulturen. Leider konnte auch hier der Finanzminister nicht bewegt werden, für diesen Bereich den Katastrophenfonds zu öffnen. Aber ebenfalls dank Unterstützung vom Agrarlandesrat wird hier im Rahmen der Notstandsbeihilfe Abhilfe geschaffen.

Ich bitte auch um Beschlussfassung des Ausschussantrages und danke der Frau Präsidentin, dass ich die Zeit ein bisschen überschreiten durfte. (Beifall bei der ÖVP. – 16.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sonnek. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Lechner-Sonnek (16.16 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich hätte zuerst eine Frage an den Herrn Riebenbauer, weil er zuerst gesagt hat, man soll nicht immer Misstrauen haben und man muss Vertrauen aufbauen, an meine Kollegin Zitz gerichtet. Wie entsteht bei Ihnen Vertrauen? Wann haben Sie Vertrauen zu jemandem? Wenn jemand nette blaue Augen hat und immer freundlich ist und man nie etwas Schlechtes gehört hat. (Abg. Wiedner: „Blaue Augen ist gut!“) Blaue Augen ist gut, dem Herrn Wiedner gefällt das, braune, was auch immer. Wenn man nie etwas Schlechtes gehört hat von jemandem oder so. (Abg. Riebenbauer: „Wenn jemand eine gute Arbeit macht, dann habe ich Vertrauen!“) Wenn jemand eine gute Arbeit macht, danke für die Anregung. Ich sehe das auch so, aber wann weiß ich, ob jemand eine gute Arbeit gemacht hat? Ich denke, zu vertrauensbildenden Maßnahmen – um die geht es nämlich und die sind im Lebensmittelbereich besonders wichtig, weil das ein irrsinnig heikler Bereich ist – gehört dazu, dass man sich ein Bild machen kann, dass man sich sicher sein kann, dass dort gut gearbeitet wird. Weil nur, weil mir das wer sagt, muss ich das ja nicht glauben, dass es eine verlässliche Kontrolle gibt. (Abg. Riebenbauer: „Die Frau Abgeordnete Zitz wehrt sich gegen Kontrollen zu Hause!“) Dass es eine verlässliche Kontrolle gibt! Ich als Konsumentin habe ein gutes Gefühl und habe Vertrauen zur Lebensmittelproduktion, wenn ich weiß, da gibt es Kontrollen, die sind ganz genau, die sind unabhängig, unabhängige Kontrolle, sehr wichtig und wenn ein Missstand aufgedeckt wird, dann wird auch etwas gemacht, dann hat das auch Konsequenzen. Nichts anderes haben die Grünen gefordert. Dass Sie das immer gleich so empfinden, dass man jemandem das Vertrauen entzieht, wenn man sagt, man möchte Sicherheit, man möchte ein gut ausgebautes Kontrollsystem, das soll unabhängig und leistungsfähig sein, das ist Ihr Problem. Wir sehen auf jeden Fall die Notwendigkeit eines solchen Systems ganz deutlich und das hat nichts mit a priori Misstrauen zu tun, sondern das hat mit Offenlegung, mit Transparenz, mit Vertrauen bilden zu tun, nicht mit Misstrauen. (Abg. Riebenbauer: „Wieso wehrt sich dann die Frau Zitz im Tierschutzgesetz, dass man auch bei den Heimtieren Kontrollen in den Haushalten machen darf?“) Was ist für Sie das Problem dabei, dass man Kontrollen machen darf? (Abg. Riebenbauer: „Nein, sie wehrt sich ja dagegen, nicht ich! Ich habe kein Problem damit!“) Ach so, das ist jetzt eine andere Debatte, ich bin im Lebensmittelbereich! Mir ist es aber wichtig, das auseinander zu halten, es ist um den Lebensmittelbereich gegangen und im Lebensmittelbereich sind wir uns alle, denke ich, einig. Und da ist es nicht eine Haltung von Misstrauen und Unterstellen von irgend welchen bösen Absichten, wenn man eine scharfe, klare und unabhängige Kontrolle verlangt. Das ist vertrauensbildend (Abg. Riebenbauer: „Ein Misstrauensantrag gegen einen Landesrat ist ein Misstrauen, da können Sie 50-mal sagen, es ist keines, es ist eines!“)

Ja, es hat Misstrauen bestanden. Und ich möchte noch einmal dazusagen, das Urteil hat nicht von Ehrlichkeit oder was auch immer gesprochen, sondern es konnte die Absicht nicht nachgewiesen werden. Daraus ist ein Freispruch entstanden. Das möchte ich festhalten. Aber das ist Schnee von gestern.

Zum Tagesordnungspunkt 14: Es liegt ein Antrag vor, wo es um eine Schnittstelle geht, die geschaffen werden soll, und zwar zur gut abwickelbaren Beschaffung von Biolebensmitteln. Wir werden dem Antrag deswegen nicht zustimmen, weil wir ein Problem darin sehen, das an jemanden zu delegieren. In Wirklichkeit ist es sinnvoll, dass jede Abteilung, die diesen Auftrag hat, dem auch selber nachkommt und sich selber engagiert und sich selber Wege überlegt, wie sie das auch umsetzen kann. Wir würden das als einen Rückschritt sehen, das an eine Person oder an einen Teil einer Abteilung zu delegieren. Ich glaube auch, dass das so gar nicht durchführbar wäre.

Zu Tagesordnungspunkt 15 – Öko-Netzwerk: Da liegt ein Antrag der SPÖ vor, welcher zum Inhalt hat, es möge ein Öko-Netzwerk geben. Die vielen Initiativen, die es in diesem Bereich gibt, sollen unter ein Dach gefasst werden, um ihre Effizienz zu steigern, um Synergieeffekte zu erzielen, um die Vermarktung zu verbessern und so weiter. Die Regierung hat dann eine Stellungnahme abgegeben, die im Wesentlichen sagt, es gibt schon ziemlich viel, zum Beispiel – ich zitiere – eine ökologische Betriebsberatung, Öko-Profit, die betriebliche Agenda 21, ökologische Landentwicklung und so weiter. Die Stellungnahme der Regierung sagt auch, die Schaffung eines neuen Gremiums zur Etablierung eines neuen Öko-Netzwerkes ist nicht erforderlich. Sozusagen das gibt es eh, was wollt ihr noch.

Wir sind der Meinung, dass es sehr wohl wichtig ist, hier weiter zu denken, gerade weil alle diese Aktivitäten nicht koordiniert sind, gerade weil diese Aktivitäten, die alle gut gemeint sind und auch gut wirken, dadurch, dass sie eine ganz eigene Logik haben, dass sie eine eigene Bezeichnung haben, überhaupt nicht bekannt werden. Also ich kenne die wenigsten Namen dieser verschiedenen Initiativen. Jede hat ein anderes Logo. So kann man sicher arbeiten, aber nur in einem gewissen Rahmen. Wenn man möchte, dass die Steiermark insgesamt da mit einem besseren Profil nach außen dasteht, dann kommt man nicht darum herum, da ein Dach darüber zu geben und zu sagen, was alles gehört dazu, welche Kriterien müssen diese Projekte erfüllen, wie beurteilt man die Umweltleistung und wie sind zum Beispiel die Personen auszubilden oder zu unterweisen, die in diesen Bereichen tätig sind.

Wir finden also, dass es sehr wohl einen Sinn macht und dass es eigentlich ein Gebot der Stunde ist, hier ein Dach zu bilden, ein Öko-Netzwerk aktiv aufzubauen und wir sehen das auch als eine Aufgabe des Landes an.

Im Übrigen hat das Land Steiermark eine eigene Forschungsgesellschaft, die nicht gewinnorientiert arbeitet, deswegen auch nicht in Konkurrenz ist mit Firmen, die in diesem Bereich tätig sind – das Joanneum Research. Es wäre eine sinnvolle Sache, diese landeseigene Forschungsgesellschaft damit zu beauftragen, die Initiativen, die es bis jetzt gibt, besser als bisher zu koordinieren, eine einheitliche Bewertung der Umweltleistungen zu erarbeiten, auch Standards zu schaffen für die Ausbildung, für die Schulung von beteiligten Personen oder von Personen, die in diesem Bereich tätig sein wollen und das Ganze auch seriös wissenschaftlich zu begleiten.

Deshalb unterstützen wir den Antrag der SPÖ. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.24 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Graf. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Graf (16.24 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, werte Damen und Herren!

Wir wissen alle, dass das Tierarzneimittelkontrollgesetz im April in Kraft treten wird und ich glaube, der Bundesminister weiß auch, dass Verordnungen dazu zu erfolgen haben, denn er hat einen besonderen Zugang zu diesem Thema, denn er ist selbst Tierarzt. Und dass es notwendig war, weil sich hier in der Vergangenheit ein System eingebürgert hat, welches den Tierärzten große Freiräume gab, und zwar Freiräume, die sich in Zusammenarbeit mit dem Großhandel als eigener Wirtschaftszweig mehr oder weniger herauskristallisiert haben. Im Gegensatz zu den sonstigen Medikamentenabgaben lief es hier mehr oder weniger ohne Kontrollen ab.

Der Antrag der SPÖ, wo vom Bereich Apotheken gesprochen wird. So weiß ich, laut Auskunft in den Apotheken, dass Medikamente so gut wie nie in Apotheken bezogen wurden. Der Großteil der Tierärzte bezog die Medikamente vom Großhandel. Wenn wir uns noch erinnern können, vor zirka eineinhalb Jahren hat es Fälle gegeben, wo Tierärzte aus Bayern Medikamente zu niedrigeren Preisen geliefert haben, als unsere Tierärzte hier Einkaufspreise hatten.

Das Tierarzneimittelkontrollgesetz soll auch dazu beitragen, dass Österreich seinem Ruf als Feinkostladen Europas gerecht wird und auch weiter ausbauen kann. Wir hoffen, dass nach vielen Skandalen, die es in anderen Ländern, wie England, Frankreich und Belgien, gegeben hat, innerhalb der EU sich hier Kräfte durchsetzen, die sich für gesunde Lebensmittel stark machen und unsere Bauern die Möglichkeit haben mit der Produktion und dem Verkauf ihrer gesunden biologischen Lebensmittel. Ich weiß, es gibt auch in der Steiermark sehr viele Bauern, die zwar nicht unter dem Logo „Bio“ produzieren, aber eigentlich mit ihren Waren – zum Beispiel weiß ich es persönlich bei Rindfleisch aus der Obersteiermark – Bioware liefern. Hier sieht man, es kommt immer in allen Bereichen auf die Menschen an. Und uns kommt es auch sehr auf die Arbeitskraft an.

Es gibt hier von uns einen Unselbstständigen Entschließungsantrag dazu.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass bei künftigen Förderungsrichtlinien der Arbeitskraft am Bauernhof ein größeres Augenmerk geschenkt wird.

Ich bitte Sie hier um Ihre Zustimmung.

Bei allen Dingen bleibt zu sagen, wie auch die Frau Zitz gesagt hat, es ist wichtig, dass hier das Richtige passiert ist. Und zum Bereich Soziales der Bäuerinnen und Bauern möchte ich hier auch nicht unerwähnt lassen, dass die Bäuerinnen jetzt Kindergeld bekommen – 6000 Schilling pro Monat und drei Jahre lang. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Ich glaube, das ist auch ein sehr guter Schritt. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 16.27 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren, die Präsenz der Klubs ist bitte minimal. Ich ersuche die Klubmänner dafür Sorge zu tragen – (Abg. Lechner-Sonnek: „Der grüne Klub ist vollzählig, bitte!“ – Abg. Gennaro: „Herr Präsident, ich bitte um mehr Fairness. Schauen Sie einmal, ob Ihr Klub da ist. Nicht zu uns herschauen, weil wir sind eh da. Ihr habt es nicht einmal der Mühe wert gefunden, bei eurem Jungferneredner da zu sein. Also nicht verallgemeinern, Herr Präsident!“).

Herr Abgeordneter, ich habe nicht in eine bestimmte Richtung geblickt. Ich darf das bitte feststellen. Es tut mir Leid, dass das so registriert wurde. Aber ich meine es trotzdem ernsthaft damit.

Am Wort ist die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (16.28 Uhr): Herr Präsident, werter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Dass die Debatte mehrere Themen beinhaltet, ist ja eh hinlänglich bekannt. Ich versuche strukturiert vorzugehen. Vielleicht kann man dadurch auch meinen Ausführungen folgen. (Abg. Wiedner: „Wie lange brauchst du noch?“)

Wenn du mir nicht die ganze Zeit hineinredest, brauche ich nicht lange. Also, es ist in deinem Interesse.

Ich fange einmal beim Antrag 140, betreffend höhere Strafen für Verstöße gegen Bestimmungen des Lebensmittel- sowie des Futtermittelgesetzes im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Bestandteilen, an. Das ist eigentlich ein Antrag, über den wir heute noch nicht wirklich gesprochen haben.

In dieser Stellungnahme dazu wird sehr gut aufgelistet, welche Verordnungen es auf Bundes- und EU-Ebene gibt – die Edith lacht hinten schon. Du hast eigentlich schon sehr treffend heute formuliert, es wird alles auf die EU- und Bundesebene geschoben. In dieser Stellungnahme wird die EU-Ebene sogar noch dick herausgestrichen. Mir bleibt leider nichts anderes übrig, als in diesem Bereich über die EU-Ebene zu reden. Ich würde mich auch gerne auf die Landesebene begeben.

Ja, es wird in dieser Stellungnahme eben einerseits angeführt, dass die Europäische Kommission am 25. Juli 2001 einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel verabschiedet hat. Aus Sicht der SPÖ enthält diese Richtlinie durchwegs positive Punkte, wie etwa die längst überfällige Kennzeichnung von Futtermitteln. Doch glaube ich sehr wohl, dass mit dieser Verordnung auch noch einige Probleme anstehen werden. So kann zum Beispiel auf EU-Ebene eine gewisse Verwirrung daraus hervorgehen, dass damit auch in Bereiche der Novel Foods-Verordnung und der Freisetzungsrichtlinie eingegriffen wird. In dieser Verordnung ist vorgesehen, dass die Zulassung von

Lebens- und Futtermitteln zentral über eine neu zu schaffende Novel Food-Agency zu erfolgen hat. Das wiederum bringt eine grundlegende Veränderung des Verfahrens mit sich und anders als bisher für die Mitgliedsstaaten sind keine Mitspracherechte mehr in diesem Bereich vorgesehen. Und für mich stellt sich dabei schon die Frage, wie eine derzeit noch gar nicht existierende Behörde derart weit gehende Rechte nämlich schon jetzt eingeräumt bekommen kann. Aber der Herr Landesrat Pörtl kennt sich auf der EU-Ebene anscheinend so gut aus und ich bin mir sicher, Sie werden mir darauf eine Antwort geben können.

Was den Schlüsselbereich der Zulassung betrifft, so hat Österreich schon manche Verschlechterungen wie zum Beispiel im Hinblick auf den genetisch veränderten Mais der Firma Novartis verhindern können und würden jetzt die Mitgliedsstaaten diesen Einfluss völlig aus der Hand geben, so gehe ich ehrlich gesagt schon davon aus, dass zahlreiche Probleme noch in Zukunft kommen können und darüber werden wir sicher noch reden müssen. Hinsichtlich der in der Stellungnahme angeführten Grenzwerte möchte ich eines schon noch festhalten. Da angesichts der gegebenen europäischen Verhältnisse die erwünschte Reduzierung auf null nicht möglich sein wird, sollte Österreich und vor allem die Steiermark auf eine Strategie bedacht sein, um gemeinsam mit Verbündeten hierbei möglichst weit gehende Herabsetzungen zu erreichen, aber auch präventive Kontrollen festzulegen. Weiters möchte ich noch anmerken, dass die Erfassung von Enzymen und Zusatzstoffen eigentlich schon mehrmals eingefordert worden ist und trotzdem dieser Bereich von Ihrer Regierung eigentlich über die Jahre ausgespart worden ist, gehört er noch immer zu einem Hauptanwendungsgebiet der Gentechnik.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen und ich möchte jetzt schon darauf hinweisen, dass dieses Thema eben noch lange nicht vom Tisch ist, solange noch Lücken und Probleme und offene Fragen da sind. Wir könnten heute eine Lücke schließen. Was derzeit noch nicht möglich ist in Österreich, ist die präventive Kontrolle von Saatgut auf Kontamination mit genetisch veränderten Organismen. Es hat auch das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen in einem Schreiben vom 14. August 2001 festgestellt und ich zitiere, wonach eine Ergänzung des Genetikgesetzes im Hinblick auf die präventive Kontrolle auf Kontamination mit genetisch veränderten Organismen notwendig erscheint.

Ich bringe daher in diesem Zusammenhang einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend die präventive Kontrolle von Saatgut auf Kontamination mit genetisch veränderten Organismen der Abgeordneten Kaufmann, Halper und Böhmer ein.

Es wird der Antrag gestellt, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, dass eine Ergänzung des Gentechnikgesetzes dahin gehend vorgenommen wird, dass eine präventive Kontrolle von Saatgut auf Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen verpflichtend vorgeschrieben wird.

Einen Tagesordnungspunkt möchte ich noch ansprechen. Jenen Antrag, wo es um die Neubewertung der Landschaftspflege und der Neuausrichtung des Förderungssystems geht. Diese Stellungnahme, die vorgelegt wurde, führt ja fast endlos auf, welche Maßnahmen und Initiativen in Bezug auf die Fragestellung im Antragstext gestellt wurden. Allerdings wurde die Fragestellung wohl nicht richtig gelesen oder nicht verstanden. Denn an und für sich wollten wir eine Neubewertung der Landschaftspflege durch die steirischen Bauern haben, und nicht eine chronologische Auflistung von nationalen und europäischen Programmen. Ziel dieses Antrages von uns war eigentlich die Natur und die Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen zu sichern und zu entwickeln und die Lebensräume der heimischen Tier- und Pflanzenwelt zu bewahren, zu pflegen und neu zu schaffen, aber auch das Überleben der Bauern zu sichern. Durch die Erweiterung werden riesige Agrarflächen in der EU neu dazukommen mit ungleich besseren Produktionsbedingungen als in unserem kleinteiligen und topografisch benachteiligten Österreich.

Dieser Antrag wäre unter Berücksichtigung der Formulierung ein weiterer Ansatz gewesen, den Landwirten neue Aufgaben zukommen zu lassen. Darunter fallen sehr wohl Aufgaben im Bereich des Umwelt- und Artenschutzes, die Landschaftspflege, die Regulierung der Waldbestände, die Erhaltung der Infrastruktur bis hin zu Sozialfunktionen in den Gemeinden. Das sind ja eigentlich Funktionen, die man traditionell nicht mit der Landwirtschaft verbindet, weil die Landwirtschaft war schon immer mehr auf die Lebensmittelbeschaffung reduziert und sie wird auch gerne in dieses Licht gestellt. Nur, das alleine ist nicht Landwirtschaft. Allerdings ist es wohl das alleinige Ziel der steirischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen hierbei den Landwirten eine wichtige Aufgabe zukommen zu lassen, die noch dazu Zukunftsperspektiven hat und diese vor allem durch eine Neuorientierung des Förderungssystems auch entsprechend zu honorieren.

Wenn die Kollegin Dietrich dann noch sagt, der Schweineskandal gehört der Vergangenheit an oder sollte in die Vergangenheit gestellt werden, liebe Waltraud, ich muss dir ehrlich sagen, mir hat es dabei alles zusammengezogen. Als BSE aufgetreten ist, haben Nationen über Jahre dieses Fleisch gegessen. Als der Schweinemastskandal aufgefliegen ist, haben wir über Jahre dieses Fleisch gegessen und ich möchte ehrlich gesagt nicht für die nächsten Generationen haben, dass Themen wie diese in Vergessenheit geraten. (Abg. Dietrich: „3500 Proben, du hast ja zugehört, alle negativ, keine einzige positiv!“)

Ich habe dabei zugehört, alle negativ, ja. Wir haben aber trotzdem Probleme und wir sollten diese nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Es wundert mich im Endeffekt ohnedies nicht wirklich, weil während eigentlich wir von den Sozialdemokraten wirklich das letzte Jahr gerackert haben, um das Vertrauen der Konsumenten und Konsumentinnen wieder zurückzugewinnen, vor allem das Vertrauen der Konsumenten und Konsumentinnen in die Landwirtschaft, habt ihr euch zurückgelehnt und geschaut was passiert.

Ich meine, ich kann jetzt sehr böse sein und zwischendurch fragen, ob das nicht Verrat an der eigenen Klientel ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollegger. Ich erteile ihm das Wort. Nächste Wortmeldung Peter Rieser, dann Kaufmann.

Abg. Kollegger (16.37 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Meiste ist ja bereits gesagt worden, darum in aller Kürze. Wenn man die Stellungnahme der Fachabteilung für das Veterinärwesen in der Steiermark durchschaut, dann sieht man drinnen eigentlich sehr gute Lösungsansätze. Wenn man sie aber ein bisschen genauer liest und genauer betrachtet, dann sieht man sehr wohl, dass heute im Prinzip der Bauer oder der Landwirt eine Ausbildung als Chemiker brauchen würde. Wenn auch in Zukunft mehr Kontrollen stattfinden, härtere Strafen ausgesprochen werden, dann wird es uns davor nicht schützen, dass es trotzdem noch immer gewisse Fehlritte geben wird. Darum vertrete ich auch die Auffassung, dass es vielleicht gerade im sachgemäßen Umgang mit Medikamenten zu gewissen Schulungen und Ausbildungen im Bereich der Landwirtschaft kommen muss, weil nur mit der Verkriminalisierung der Bauern ist das sicher nicht getan und soll auch nicht stattfinden, weil 99,9 Prozent der Bauern ja wirklich mit bestem Wissen und Gewissen an der Arbeit sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Betreffend die Dürreschäden in der Steiermark werden wir zwar heute einen Beschluss darüber fassen, dass diese Mittel freigegeben werden, aber Tatsache ist natürlich auch eines, gerade jetzt spreche ich für den Raum der Weststeiermark, dass es nicht nur mit den Dürreschäden im Sommer abgetan ist, dass die jetzt finanziell abgegolten werden, sondern wenn ich die Riesenwasserknappheit im Bezirk Voitsberg beobachte und betrachte und wir dort nicht wirklich funktionierende Feuerwehren hätten, die diesen Mangel ausgleichen und dort wirklich hunderte von Kubikmetern unseren Landwirten in entlegene Gebiete bringen, dann werden wir uns dort wahrscheinlich in Zukunft schwer tun und wir werden uns ganz sicher mit diesem Beschluss heute nicht zurücklehnen, sondern es wird im heurigen Sommer das Gleiche sein, weil der Winter, so wie er jetzt herunterläuft, verspricht nichts Gutes, es gibt keine Feuchtigkeit und die großen Wasserreservoirs sind ausgetrocknet. Darum glaube ich schon, dass wir uns hinsetzen müssen, uns darüber konkret unterhalten, nicht nur immer jammern und schimpfen und in der Vergangenheit diskutieren, sondern wirklich für die Bauern unserer Regionen das Beste zu tun.

Dann möchte ich die Gelegenheit noch dazu benützen – das hat jetzt mit der Landwirtschaft nichts zu tun – mich bei der Landesregierung für die gestrige Beschlussfassung zu bedanken, dass für die Therme Nova Köflach die Förderungsmittel freigegeben sind. Ich glaube, gerade in einem Bezirk wie Voitsberg ist es ganz wichtig. Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Rieser. Ich erteile ihm das Wort. Vorgesehene Redezeit zehn Minuten.

Abg. Rieser (16.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Ich werde Stellung beziehen zu den Punkten 14 und 16, den Biobereich. Und wenn es sich zeitlich ausgeht, möchte ich natürlich auch zur Gentechnik etwas sagen.

Aber zuerst einen Satz zu dir, liebe Monika Kaufmann. Du bist ja Landeskammerrätin. Du hast vorhin in deiner Wortmeldung angesprochen, dass eigentlich durch die Landwirtschaftskammer der Bereich Bio immer stiefmütterlich oder als Stiefkind behandelt wurde. Ich sage dir etwas in diesem Zusammenhang, weil du gerade Landeskammerrat bist, nämlich dass das Denken in manchen Köpfen in den letzten zehn Jahren sich sicherlich geändert hat. Ich persönlich habe vor zehn Jahren den Biobereich auch etwas belächelt. Und wenn mir einer gesagt hätte, dass ich einmal selbst Biobauer werden würde, ich hätte es nie geglaubt. Aber es hat ein Umdenken gegeben in dieser Zeit. So hat es auch bei manchen Funktionären ein Umdenken gegeben. Ich bin heute davon überzeugt, dass das auch der richtige Weg für die Zukunft in der Landwirtschaft ist. Und die Ereignisse in der letzten Zeit haben einmal mehr deutlich gemacht, dass der biologische Landbau das Zukunftskonzept für die Landwirtschaft darstellt. Gerade die Landwirtschaftskammer hat ein Konzept für die Entwicklung des biologischen Landbaues in der Steiermark vorgelegt und wird das in Pressekonferenzen in den nächsten Tagen und bei 15 Veranstaltungen in der Steiermark auch präsentieren, mit dem Inhalt das Leitbild der biologische Landbau in Österreich, der biologische Landbau in der Steiermark, die Produktionsberatung, die Vermarktung allgemein – Milch und auch die Großküchen werden darin angesprochen – sowie, ganz wichtig, der Bereich Bildung. (Abg. Kaufmann: „Wieso lehnt ihr den Antrag ab?“) Der ist ja nicht abgelehnt, der ist vorhanden. Das Leitbild ist vorhanden und wird auch in den nächsten Tagen vorgestellt werden.

Die Anzahl der Biobetriebe in der Steiermark per Stand 31. Dezember 2001 ist folgendermaßen aufzuzugliedern: Natürlich der Ernteverband mit 2247. (Abg. Gross: „Ich bin nicht in der Kammer!“) Reden wir nachher weiter, weil ich habe nur mehr sieben Minuten Zeit.

590 Betriebe Ennstal – das Projekt Ennstal, 42 Betriebe die Natur, 14 Betriebe Demeter, acht Betriebe Freiland, ein Betrieb Hofmarke und 266 Kodexbetriebe. Also 3168 Landwirte wirtschaften in der Steiermark nach den gesetzlichen Richtlinien des biologischen Landbaues. Diese Biobetriebe sind rund 8 Prozent der gesamtlandwirtschaftlichen Betriebe in der Steiermark.

Die Landesregierung hat im LUST, das ist das Landesumweltschutzprogramm der Steiermark, einen ersten Schritt in diese Richtung gesetzt. Einigen Punkte daraus müssen jedoch noch konkrete Maßnahmen folgen, wobei die Vertreter der Biobauern beziehungsweise der Landwirtschaftskammer in die Verhandlungen unbedingt einbezogen werden müssen.

Der ERNTE-Verband hat mit seinem Konzept „Biolebensmittel für die Steiermark“, welches an die Landesregierung erging, wichtige Schwerpunkte der biologischen Wirtschaftsweise in der Steiermark aufgegriffen.

Im Bereich der Produktionsbereiche, Bereich Vermarktung, insbesondere Einbeziehung der Großküchen, wird es notwendig sein – und ich werde in diesem Zusammenhang auch einen Entschließungsantrag einbringen –, Rahmenbedingungen zu schaffen und Kontakte herzustellen, damit die erzeugten Produkte auch abgesetzt werden können.

Ein wichtiger Begriff ist für mich in diesem Zusammenhang die Bildung, die angesprochen werden muss. Immer weniger Kinder haben einen Bezug zur Landwirtschaft. Das Schulprojekt, das vom LFI in Kooperation mit dem ERNTE-Verband durchgeführt wird, möchte dieser Tatsache entgegenwirken. Zahlreiche Workshops mit Schülern und Lehrern wurden durchgeführt. Stadtkinder, aber auch Kinder aus ländlichen Regionen sollen wieder mehr Beziehung zur Landwirtschaft, aber ganz besonders zur biologischen Landwirtschaft bekommen. Alle steirischen Schulen im Pflichtschulbereich sollen über den biologischen Landbau informiert sein. Eine enge Kooperation mit dem Landesschulrat sowie Exkursionen „Kinder erleben Bauernhof“ sind in diesem Konzept vorgesehen.

Die Biobauern brauchen verlässliche Partner, die ihnen stabile Rahmenbedingungen für Investitionen sichern, die sie bei der Weiterentwicklung ihrer Betriebe in allen Belangen unterstützen, so dass auch Umstellungsbetriebe diese harte Phase auf sich nehmen können, ohne die Existenz ihrer Betriebe zu gefährden und der Bioanteil weiter steigen kann.

Ausbau der Forschungsaktivitäten, entlasten statt belasten, einheitliche Standards – und das ist, glaube ich, etwas sehr wichtiges für die Zukunft – im Biolandbau europaweit sichern und die Einhaltung der Standards insbesondere bei Beitrittsländern. Die neuen Länder, die zu uns kommen, sollen hier besonders kontrolliert werden.

Weil vorher die Unsicherheit angesprochen worden ist. Ich erinnere mich, dass wir im Dezember hier in diesem Haus eine Diskussion gehabt haben über die Lebensmittelagentur. Die soll ein klar nachvollziehbares Kontrollsystem auch garantieren.

Trotz allem möchte ich erwähnen, dass auch der herkömmliche Landbau, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Bauern sitzen alle im gleichen Boot und ein Versuch, die Bauernschaft auseinanderzudividieren schadet schließlich allen und muss verhindert werden. Es geht um das Image! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Interessensgegensätze in den verschiedensten Weisen sind bei den Bauern viel geringer, ob das die Bioform ist oder ob das die herkömmliche Form ist, als bei bestimmten Produktionsgruppen. Ich denke an die Getreidebauern, an die Ferkelzüchter, aber auch an die Schweinmäster. Deshalb sind wir am besten Weg und ich danke auch dem zuständigen Landesrat und der Landwirtschaftskammer für die Beratung und für die Maßnahmen zum Wohle der Landwirte.

Ich bringe abschließend einen Entschließungsantrag ein am Beispiel Oberösterreich, weil ich vorher auch angesprochen wurde, der Abgeordneten Rieser und Riebenbauer, betreffend Schnittstelle für Biolebensmittellieferungen.

Mit einstimmigem Landtagsbeschluss vom 25. September 2001 wurde die Landesregierung aufgefordert, „bei allen Lebensmitteleinkäufen verbindlich mindestens 25 Prozent der Quantität aus biologischem Anbau zu beziehen“. Für eine praxisgerechte Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses wäre es erforderlich, eine Schnittstelle zwischen den biologisch wirtschaftenden Produzenten und den in Frage kommenden Landesabteilungen einzurichten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Schnittstelle zwischen den biologisch wirtschaftenden Produzenten und den für Großküchen zuständigen Landesabteilungen einzurichten, die die Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 25. September 2001, wonach bei allen Lebensmitteleinkäufen verbindlich mindestens 25 Prozent der Quantität aus biologischem Anbau bezogen werden sollten, koordiniert.

In diesem Zusammenhang danke ich für die Aufmerksamkeit und bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. Auf Grund von Zeitgründen nehme ich zum nächsten Punkt nicht Stellung. (Beifall bei der ÖVP. – 16.49 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Kaufmann, danach Abgeordneter Böhmer, dann Dietrich, so umfangreich ist noch meine Rednerliste.

Abg. Kaufmann (16.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat!

Zu einigen Punkten möchte ich doch noch Stellung nehmen, und zwar zu dir, Kollege Riebenbauer. Es freut mich irrsinnig, dass du mich so schätzt und dass du das da heraußen so sagst. (Abg. Riebenbauer: „So lange du sachlich bist immer!“) Ich bin immer sachlich, das weißt du ganz genau, nur wenn euch die Argumente ausgehen, dann sagt ihr einfach, das ist unsachlich, was ich sage.

Der Einwurf des Kollegen Gennaro war richtig, wie du da heraußen warst und mit dem Wahlergebnis ein bisschen angegeben hast, wie immer das ist. (Abg. Riebenbauer: „Das sind, glaube ich, Tatsachen!“) Wisst ihr, ich sage euch etwas, solange das Wahlrecht in der Landwirtschaft und in der Landwirtschaftskammer so ausschaut – und jetzt, Herr Kollege Riebenbauer, sagst du mir, was da unsachlich ist –, dass Säuglinge wahlberechtigt sind – (Abg. Riebenbauer: „Na geh, Säuglinge!“) jawohl – das wisst ihr ganz genau – sobald jemand Besitzer ist, ist der Vormund für ihn wahlberechtigt. Das heißt, da ist sehr wohl der Säugling wahlberechtigt. Das gibt es nirgends. Solange die einzige Berufsvertretung die Landwirtschaftskammer ist, wo nicht mehr Aktive als Pensionisten wahlberechtigt sind, solange Wähleranlageblätter ausgefüllt werden müssen, wo, wenn du das Wähleranlageblatt nicht ausgefüllt hast, du nicht einmal zur Wahl gehen kannst, solange diese Sachen alle passieren, werdet ihr wahrscheinlich immer so ein Wahlergebnis haben und das wisst ihr ganz genau, weil ansonsten hättet ihr schon längst einmal zugestimmt, dass das Kammergesetz geändert wird. Das zieht sich und das zieht sich und da passiert nichts. Herr Landesrat, seit 1991, seit elf Jahren, soll das Landwirtschaftskammergesetz geändert werden. Glaubst du, erleben wir zwei das noch? (Landesrat Pörtl: „Wir erleben das noch!“)

Ich glaube es nicht.

Zum Peter Rieser, ich komme zum Buschenschankgesetz. Jetzt weiß ich nicht mehr genau, um welchen Punkt es da gegangen ist. (Abg. Riebenbauer: „Der Gangl war das!“) Nein, nein, der Peter jetzt zuletzt, aber jetzt kann ich es nicht mehr sagen. (Abg. Rieser: „Reden wir nachher weiter!“) Reden wir nachher! Aber zum Buschenschankgesetz, wir haben vor einigen Monaten das Buschenschankgesetz geändert. Wir haben da, glaube ich, ein gutes Gesetz gemacht, mit dem die Buschenschänker, die Landwirtschaft und – leider Gottes müssen wir sie berücksichtigen – auch die Gastwirte leben können. Wir haben uns alle geeinigt, dass wir wollen, dass die Bauern auch ihren selbst produzierten Schnaps in den Buschenschänken ausschenken dürfen und sind mit dem Ersuchen an die Bundesregierung herangetreten und die Antwort war für mich eher unbefriedigend oder komplett unbefriedigend, wo steht, es geht deswegen nicht, weil eine solche Änderung würde die Interessen des Gastgewerbes berühren.

Aber da werde ich dann schon ein bisschen zornig, weil ich meine, wenn es um Steuerzahlen geht – es kann keiner von uns einen Schnaps brennen, ohne dass er Steuer zahlt und er zahlt gar nicht wenig, weil das sind pro Liter – (Abg. Wiedner: „Da hört man andere Dinge auch!“) Ich weiß nicht, wie viel du davon verstehst, wahrscheinlich so viel wie eine Henne vom Tempelhupfen. (Abg. Wiedner: „Das war jetzt aber sehr sachlich!“) Genauso wie dein Einwurf! Dann sage mir, was zahlst du Steuer für einen Liter Schnaps? (Abg. Wiedner: „Das war sehr sachlich. Ich bin kein Schnapsbrenner!“) Dann rede auch nicht dazwischen. Nachdem der Bauer ja für sein Schnapsbrennen ganz schön Steuer zahlt, ist es irgendwo ungerecht, dass sich da genau die Gastgewerbebetriebe aufregen. Der Bauer produziert das selbst und der Bauer verkauft das selbst. Wir haben uns daher gedacht und wir haben uns Gott sei Dank auch alle vier Parteien geeinigt, dass wir einen Unselbstständigen Entschließungsantrag in diesem Sinne einbringen.

Es wird der Antrag gestellt – ich lasse jetzt die Begründung beiseite –, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, so rasch wie möglich eine Änderung des Paragraphen 2 Absatz 9 der Gewerbeordnung in die Wege zu leiten, so dass es den Bewirtschaftern und Bewirtschaftnerinnen von Buschenschänken rechtlich ermöglicht wird, selbst erzeugte Schnäpse auszuschenken.

Ich ersuche um Annahme und ich weiß, dass sich die vier Parteien geeinigt haben. Ich glaube, es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, denn die Gewerbeordnung wird liberalisiert, wird liberalisiert für die Unternehmer und wir wollen, dass es auch für die Bauern liberalisiert wird. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.55 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Böhmer. Ich erteile ihm das Wort, dann Abgeordnete Dietrich, womit ich vorläufig keine weiteren Wortmeldungen bekannt geben kann.

Abg. Böhmer (16.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen und werte Zuseher!

Auf drei Punkte möchte ich nur ganz kurz am Ende dieses langen Arbeitstages kommen. Zum Ersten, es wird der SPÖ und den SPÖ-Abgeordneten immer eine gewisse Passivität zugeschrieben. Ich kann nur sagen, wenn man von elf Anträgen, die immerhin 50 Prozent der heutigen Tagesordnung ausmachen, acht stellt, wenn diesen Anträgen Besuche bei Biobauern, Besuche bei anderen Bauern, Besuche in Betrieben, Fleischereien und Fleisch verarbeitenden Betrieben vorgelagert sind, dann kann ich unserer Partei und unserem Ausschuss wahrlich nicht Passivität, sondern eher eine Agilität sondergleichen zusprechen.

Zum Punkt zwei, es geht um den Tagesordnungspunkt 13, betreffend einstige Missstände in der Schweinezucht und in der Schweinemast. Es gibt für mich nur zwei Gründe, wenn oder wann Missstände auftreten, zum einen wenn Not herrscht oder wenn Mammon beherrscht. (Abg. Riebenbauer: „Das war jetzt eine super Aussage!“) Lieber Franz, horch zu, der Mammon ist der Geldteufel und du hast mich nicht ausreden lassen, den Mammon habe ich – lieber Franz, nicht voreilig sein und nicht voreilig so zu denken – und wollte ich nur auf die Industrialisierung der Landwirtschaft in Westeuropa richten und damit meine Aussage tätigen.

Ich wollte eher die Not auf unsere Landwirtschaft richten, Herr Obmann, nicht anders war es gedacht. Es sind zu Recht bei diesen letzten Missständen Futtermittelproduzenten, einige Landwirte und auch Tierärzte angeklagt worden und ich danke dem Landesrat Pörtl für den Unterausschuss. Ich danke aber auch für die Weit-

sicht, die dadurch entstanden ist, nämlich Kompetenzzentren bei uns einzurichten, allen voran beginnend bei uns in der Oststeiermark, wo eben spezialisierte Tierärzte noch mehr für Qualität in puncto Ernährung und Lebensmittelsicherheit eintreten werden, denn gerade diese Ernährung und Lebensmittelsicherheit sind es, die den Konsumenten vermehrt zu derartigen Produkten – und jetzt zitiere ich wieder dich, Franz – nicht vom Stall auf den Teller, sondern ich als Konsument sage, vom Stall aus in die Kühl- oder in die Gefriervitrine greifen lassen. Und in dieser Gefriervitrine oder in dieser Kühlvitrine ist es ein Recht jedes Konsumenten, dass er zu richtigen Sachen greift. Heute ist bereits von meiner Vorrednerin, von der Kollegin Monika Kaufmann, angesprochen worden, dass diese vielen Produktnamen ein reiner Etikettenschwindel mancherorts sind. Da heißt es biologisch-dynamisch, da heißt es biologisch-ökologisch und dergleichen mehr. Ich weise den Landtag darauf hin, dass wir uns wirklich zu einer Biomarke durchringen müssen.

Zum Letzten, was die biologische Landwirtschaft anlangt. Biologische Landwirtschaft ist für mich, der sich tagtäglich in die Natur begibt, der ab und zu noch mit jungen, schulpflichtigen Kindern zu tun hat, einerseits Sicherung der Lebensmittel, andererseits Sicherung des Lebens durch besondere Landschaftspflege.

Ich bin dabei, wenn es darum geht, unseren biologischen Landwirten mehr Einkommen zu sichern. Ich schlage daher vor im Sinne unserer Konsumentinnen und Konsumenten, mittelfristig realisierbare Ziele ins Auge zu fassen.

Erstens: Informationsoffensive gegen den Bioschwindel. Was Bio heißt soll klar gekennzeichnet sein. Die Bioinformation gehört ausgebaut.

Zweitens: Verstärkung des Direktkontaktes Konsument – Biobauern. Es gibt viele Feste, viele Märkte. Ich glaube aber, noch immer zu wenige.

Drittens: Der junge Abgeordnete Köberl hat es heute gesagt. Eine Nutzung einer innovativen Vertriebs-schiene Bioshopping mit Bestell- und Zustellmöglichkeit im Internet.

Viertens: Informationsangebote an Konsumenten und Schüler, wie wir heute gehört haben, wären zu verstärken. Verstärkte Besuchsmöglichkeiten bei Biobauern, verstärkte Pilotprojekte, verstärkte Schullandwochen, Kochkurse, Weinseminare et cetera.

Fünftens: Verstärkte Biolinien in Restaurants und im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung verankern.

Sechstens: Neue Produkte – und auf das kommt es mir an – und Produktlinien PR-mäßig begleiten.

Abschließend sei noch gesagt, biologischer Landbau – und man braucht nur verschiedenste Studien lesen – hat die Zukunft und sichert unsere Landschaft, sichert unsere Landwirtschaft mit. Biologischer Landbau gehört verstärkt durch Bildung, Forschung, Vermarktung und allem voran durch Öffentlichkeitsarbeit in das Bewusstsein der Menschen getragen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.01 Uhr.)

Präsident Damit komme ich zur vorläufig letzten Wortmeldung – Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (17.01 Uhr): Herr Kollege Böhmer, ich gebe Ihnen schon Recht, dass man versuchen sollte, eine Marke zu kreieren, aber gerade was biologisch-organisch oder biologisch-dynamisch als Bezeichnung führt, das sind unterschiedliche Denkmuster. Biologisch-organisch heißt, dass der Landwirt versucht, die Humus-substanz ständig aufzubauen, während biologisch-dynamisch heißt, dass man eben auf kosmische Kräfte unter Einbeziehung der Mondphasen schaut und vieles andere mehr.

Aus diesem Grund ist es wahrscheinlich nicht gelungen, dass der ERNTE-Verband, obwohl er 75 Prozent der Betriebe unter seiner Dachmarke führt, alle Betriebe dazu führt.

Aber ich bin draußen, weil ich vergessen habe, einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend Dürreschäden in der Landwirtschaft, einzubringen.

Unser Ansatzpunkt geht dahin: Wir haben gesagt, in einem freien Markt kann man auf keinen Fall eine Monopolstellung irgendeiner Versicherung unterstützen. Aus diesem Grund muss man versuchen, zugunsten der Bauern, zugunsten der Steuerzahler möglichst niedrige Tarife, möglichst niedrige Kosten auszuverhandeln. In diesem Sinn haben wir eben den Antrag gestellt.

Antrag der Abgeordneten Dietrich und Graf.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass diese bei der Auswahl eines Versicherungspaketes gemäß Beschluss Nr. 412 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Dezember 2001, betreffend Ernteausfallsversicherung, eine unabhängige und EU-weite Ausschreibung der Versicherungsleistungen durchführt, damit die kostengünstigste Prämienvariante für die österreichischen Landwirte sichergestellt wird.

Ich bitte um Annahme des Antrages. Mir ist schon bewusst, dass es bisher nur in Griechenland und Spanien diese Versicherungen gibt. Aber ich habe von den Kärntnern gehört, dass die bemüht sind, eine EU-weite Versicherung zu finden.

Des Weiteren bringe ich noch einen Antrag ein: Beim Entschließungsantrag der SPÖ zu Tagesordnungspunkt 13 ersuche ich um getrennte Abstimmung, und zwar erstens I. mit Ausnahme des Punktes 14, zweitens I. Punkt 14 und drittens II. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.05 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Erich Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Pörtl (17.05 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte in einigen kompakten Blickwinkeln diese Frühjahrsagrardebatte – Kollege Gruber, fürchte dich nicht, wer mich kitzelt wird gekratzt, damit das klar ist – mit diesen elf Anträgen in den Raum stellen. Ich möchte sagen, es ist fast ein Spiegelbild der Bauern und der ökologisch Verantwortlichen, ob in der Industrie, in den Betrieben, in der Forschung, aber Gott sein Dank auch in der Politik – und ich hoffe, dass der Landesrat da symbolisch mit eingebunden ist –, diese Inhalte zu managen, zukunftsorientiert in die Hand zu nehmen, ist in Wahrheit ein neues Denken in dem Gesamtpaket einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung. Ich möchte sagen, dass diese Debattenbeiträge ein ganz solider Faktenfundus sind, natürlich mit gewaltigen Übertreibungen – möchte ich dazusagen. Ich möchte schon zum Ausdruck bringen, am liebsten würde ich informelle Unterausschüsse öfter organisieren, weil alles, was da an Zielsetzung da ist – Veterinärbericht, Grüner Bericht, Umweltbericht, Landesumweltprogramm –, sind in Wahrheit ganz klare Fakten und Grundlagen, wo all das beinhaltet ist, was großteils in Anträgen wieder neu in den Raum gestellt wird.

Ich möchte damit dazusagen – die Kollegin Lechner-Sonnek hat eine Expertise über Vertrauen und Qualität da runtergelegt –, ich bitte Sie, wenn Sie das alles als ein Werk des Landesrates Pörtl, zumindestens teilweise, annehmen, hätte ich angenommen, dass das Vertrauen in meinem Verhalten in dieser sehr kritischen Phase, wo auch aus meiner Sicht 99,9 Prozent der Bauern die Dinge in Ordnung machen und diese Handvoll in Wahrheit die Steiermark versauen, wollte ich keinen Zweifel, nachdem das Misstrauen sowieso ein hoch entwickeltes politisches Instrument ist, aufkommen lassen und klarstellen, dass wir dort nach strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Fragen in die Offensive gehen, weil wir – und das in diesem informellen Unterausschuss klar gestellt worden – mehrmals, über Anzeigen, über Staatsanwalt, über Gericht einen Anlauf genommen haben. Puff, sind wir abgestürzt. Ich will da jetzt nicht immer wieder die Vergangenheit ansprechen, nur – ich mache jetzt Sprünge – wenn gesagt wird, man müsste einen Ökocluster machen, wo man alle zusammennetzt, ich möchte Sie nur höflich bitten, in der Liebe zum Detail, das gilt genau für den letzten Debattenbeitrag, probieren Sie einmal einen Demeter-Biobauern mit einem ERNTE-Biobauern wechseln. Das müssen Sie einmal probieren. Da können Sie noch so viele Salto schlagen und den Geldberg gibt es gar nicht, der den anderen bewegt, weil das ist Überzeugung. Und das ist auch unser Modell in der dynamischen Agrar- und Umweltpolitik, dass die Kraft der Vielfalt, der Eigenständigkeit der Regionen im Grunde ein tolles Erfolgsrezept ist. Das ist auch der Grund, warum wir in diesem Öko-Netzwerk mit dieser strategischen Vielfalt arbeiten. Wir haben zum Beispiel im Bereich des Gewerbes keine Chance eine Offensive zu starten, allgemein für das Gewerbe, wenn ich nicht ein Kapitel für die Maler, für die Kfz-Unternehmer, für die Touristiker, für die Wirte und für die Bauwirtschaft ganz speziell abgestimmt entwickle. Dann ist der Eigennutz im Raum und dann ziehen die Dinge. Und das ist unsere Überlegung, wo wir im Grunde überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist.

Wenn also immer wieder andiskutiert worden ist, wie überzeugend die Landes-Landwirtschaftskammer ist – und mir gefällt das, dass meine Thesen da wieder einen Niederschlag finden, wie die Frau Abgeordnete Kaufmann gesagt hat das mit den Fröschen und dem Trockenlegen, sehr treffend. Ich würde nur wirklich bitten, die Vorlagen ein bisschen genauer zu lesen. In dieser Vorlage steht konkret „unter Berücksichtigung einer Stellungnahme“, und nicht die Kopie der Stellungnahme der Landeskammer. Auch die Position in einem demokratischen Wesen muss einen Hauptbetroffenen zulassen, wo wir mit Landtags- und Regierungsbeschluss die Übertragungsverordnung mit Bund und Land haben, wo wir die Beratung, die Bildung und die Förderung und Förderungshilfen ausgelagert haben – ganz eine moderne Geschichte.

Wir wissen das, dass das tolle Projekte sind, wo wir selbstverständlich nach den Prinzipien der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit diese Dinge umzusetzen haben. Das ist eine vernünftige Geschichte und sehr viele Beratungen in der Kammer von den selbst Betroffenen sind sehr schmerzlich, wenn sie über ihre eigenen Wege gerade durch, rechts oder links das zu verantworten haben. Verantwortlich in der Bauernvertretung zu sein ist in Wahrheit kein Honiglecken und ich würde Sie gerne einladen, wenn der Rechnungshof der Europäischen Union, der Rechnungshof des Bundes, der Rechnungshof des Landes kommt und die Fördervorgänge nachvollzieht, wenn wir nicht sehr genau und konsequent diese öffentlichen Gelder, die berechtigt zur Verfügung gestellt werden, auch ordentlich darstellen können. Das ist im Grunde ein modernes Unternehmen, das selbstverständlich auch diese so genannte Evaluierung im Grunde zulässt.

Ich möchte aber zu ein paar anderen Dingen sehr konkret Stellung nehmen. Es hat ja so den Anschein, dass die Biolandwirtschaft neu erfunden werden muss. Darf ich nur einmal in den Raum stellen, Österreich ist Bioland Nummer eins in Europa. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ja, du kannst es mir abstreiten, aber es ist so, ich weiß das besser. Ich weiß das und wenn ich es weiß, lass ich es mir nicht abstreiten. Fest steht, dass wir unsere Problemkonflikte haben in jenen Bereichen der biologischen Landwirtschaft, wo umfassende Handarbeit die Folge einer biologischen Landwirtschaft ist. Wir haben in Zukunft in nächster Zeit bereits ein Plus von 300 zusätzlichen Biobauern zu erwarten, aber großteils in den Grünlandgebieten, weil dort Biolandwirtschaft wesentlich leichter zu betreiben ist als in einer Gärtnerei oder zum Beispiel wie im Obstbau, wo sich leider nur eine Sorte durchgesetzt hat wegen dem Schorf. Ich kann den Schorf nicht abschaffen, wenn wir eine Resolution da verfassen, das nützt nichts. Es ist Faktum, nur die eine Sorte hat das geschafft.

Und was vor allem die Ausbildung betrifft. Wir haben nicht nur Alt-Grottenhof und jetzt werde ich lästig, weil der Kollege Gruber, wir verstehen uns gut, ich muss das jetzt herunterlesen: In Alt-Grottenhof 60 Bio-unterrichtsstunden, in Gleisdorf 40, im Grabnerhof 40, in Gröbming 60, in Grottenhof-Hardt 40, in Hafendorf 20, in Hatzendorf 40, in Kirchberg 40, in Kobenz 40, in Silberberg 40 und in Stainz 40. In allen Schulen unterrichten wir den Pflichtgegenstand biologische Landwirtschaft. Ich bitte um Verständnis, wir sind ja keine, müsste ich fast sagen, Masochisten, wenn der Markt vor uns liegt, ist es selbstverständlich, wie es der Peter Rieser angesprochen hat, dass wir unseren Partnern und Kunden an der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung da entgegenzugehen haben. Und ich glaube und davon bin ich persönlich überzeugt, dass wir zusätzliche Maßnahmen zu treffen haben. Wir werden eine Bio-Hotline entwickeln, um auch im Bereich des Internets diese Zugänge besser, was den Absatz betrifft, zu organisieren. Wir haben bereits ein Biomilchaufkommen in der Steiermark von 40 Millionen Litern. Ich möchte ganz ehrlich sagen, wir werden für das nächste Jahr eine zusätzliche Fläche von über 4000 Hektar in der Biolandwirtschaft haben. Wir haben 30 Prozent unserer Biorindfleischprodukte bereits im Export. England war der erste Exportabnehmer. Das heißt, aus dem Problem im Grunde eine Chance entwickeln. Nur 20 Prozent werden über die Direktvermarktung und regionale Vermarktung im Bereich des Bio-Bereiches vermittelt, alles andere geht in die Vertriebssysteme und daher ist also sehr klar, dass wir in diesen Erzeugergemeinschaften vor allem weiterhin die logistischen Voraussetzungen schaffen für solche weiteren Offensiven. Wir werden auch für die Großküchen eine Betreuungsstrategie zu entwickeln haben, um sozusagen am Markt beziehungsweise an der Chance zu bleiben. Das werden wir als eine Fördermaßnahme richtig entwickeln, weil wir da in dem Haus beschlossen haben, 25 Prozent werden vor allem in den Großküchen verwendet. Ich möchte also die Zielsetzungen klarstellen. Wir werden im Schweinebereich die biologische Haltungskapazität in der nächsten Zeit verdoppeln. Wir haben jährlich plus 150 Hektar Kürbisbau, durchgehend auf biologischer Ebene, derzeit an die 11.000 Hektar in der Steiermark und ich glaube, dass wir berechtigt in unseren Molkereistandorten, in einzelnen Standorten, mit Sammelunterstützung vor allem diese Abfuhr unterstützen, um die Voraussetzungen zu schaffen. Ich muss das deswegen so im Detail sagen, damit man nicht glaubt, wir haben nur eine allgemeine Erklärung, eine Zuneigung, sondern das sind ganz konkrete Fakten und wir wissen, dass wir im Bereich der Legehennenhaltung durchgehend derzeit – (Abg. Tasch „Psst!“ – Abg. Gennaro: „Ist ja euer Landesrat, was ist das für eine Aufmerksamkeit? Der plagt sich da schon eine halbe Stunde und ihr hört nicht zu!“) Gennaro, hau hinein, das lasse ich mir auch nicht gefallen. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Landesrat Pörtl. Herr Landesrat, bitte fortzusetzen!“)

Meine lieben Freunde, zum nächsten Kapitel. (Abg. Tasch: „Also Kurt, du bist in meinem Beliebtheitsgrad jetzt besonders gestiegen!“ – Abg. Kaufmann: „Höchste Zeit!“ – Abg. Gennaro: „Hoffentlich schadet mir das nicht!“) Herzlich bedanken möchte ich mich für die Beiträge, die im Bereich dieser gesamten Lebensmittelsicherheit gekommen sind. Wir haben mit dem Tierarzneimittelgesetz, Positivliste, Gesundheitsdienste und der Impfstoffregelung in Partnerschaft mit den Tierärzten in der Betreuung eine Grundlage, wo wir erstmals auch mit Strafbestimmungen die Möglichkeiten haben, durchgehend vom Ferkel, vom Kalb, vom Huhn bis zum Teller nachvollziehbare Grundlagen zu schaffen.

Ich glaube daher, dass wir im Bereich der Gesundheitsdienste zusätzlich auch noch in der Steiermark sieben solcher Kompetenzzentren im Veterinärbereich und wenn es geht in Partnerschaft mit der Lebensmitteluntersuchung entwickeln. Wir haben bereits versucht, in dieser Zeit die personellen und die räumlichen Voraussetzungen zu organisieren. Ich glaube, dass wir mit diesem Gesundheitsdienst nicht nur das Interesse der Konsumenten, sondern mit gesunden Tieren in erster Linie auch den Tierhaltern, sprich den Bauern, das ureigenste Bedürfnis in die Hand geben, mit gesunder Tierhaltung ein gesundes Lebensmittel für gesunde Menschen zu schaffen. Es ist die verworrene Rechtslage, wenn die restlichen Verordnungen kommen, sie sind derzeit gerade in Beratung – wurde bereits ausgeführt – selbstverständlich ist auch die Frage des Konsumentenschutzes inkludiert in einem solchen Modell, wo wir versuchen, eine solche Partnerschaft konkret umzusetzen.

Ich möchte mich abschließend sehr, sehr herzlich bedanken und möchte nur einen Gedankengang abschließend versuchen, weil ja die Diskussion sich entwickelt hat, wie schaut in Zukunft – wie in der Vorlage, ich müsste wieder eine Lesestunde machen, wo die Kollegin sich da mit aller Leidenschaft hineingesetzt hat, wir müssen spezieller, breiter, intensiver für den ländlichen Raum agieren. Wenn wir die Förderinstrumentarien von 5b angefangen bis zur ländlichen Entwicklung anschauen, so ist bereits das Fördermodell komplett. 30 solcher Maßnahmen alleine im ÖPUL-Bereich, ob das der Obstgarten, ob das Hecken sind, ob das die verschiedenen Kulturen sind, sind in einem Fördermodell. Daher, ich sage noch einmal, es wäre gar nicht uninteressant, diese Förderchancen, die derzeit dieses EU-Förderprogramm Bund-Land anbietet, einmal auch inhaltlich zu studieren, damit bewusst wird, mit welcher Konsequenz und Sachlichkeit wir in der Beratung, in der Entscheidung auf unseren Betrieben, vor allem diese Chancen einer ökologisch orientierten Landwirtschaft schaffen können.

Und weil immer wieder in Prozenten angesprochen wird: Das ist eine sehr gefährliche Geschichte, was ich jetzt mache. Es wird immer angesprochen, dass das meiste Geld eiskalt so quasi in die Landwirtschaftskammer fließt und da bleibt nur mehr die Brotrinde über. Für den gesamten Förderteil der Republik an die Steiermark gehen über vertragliche Absicherung und für das Management in Beratung und Förderungsberatung, für diesen Bereich gehen über unsere Förderungsinstitutionen, sprich AMA und Förderungsinstitutionen des Landes und der Landwirtschaftskammer insgesamt 4,3 Milliarden Schilling im Rahmen der ÖPUL-Maßnahmen, der Ausgleichszahlung, im Rahmen der verschiedenen Fördermaßnahmen. Das möchte ich nur sagen, weil eben wir über ein Drittel unserer Preise vor dem EU-Beitritt verloren haben und wissen, dass ein ganz gewaltiger Strukturwandel eingesetzt hat. Wir können es nur schaffen mit exzellent ausgebildeten Bäuerinnen und Bauern, mit einer ausgezeichneten Beratercrew und vor allem mit der Möglichkeit, zukunftsorientiert und konsumentenorientiert zu agieren.

Ich möchte mich abschließend bei den Debattenrednern sehr herzlich bedanken. Ich könnte noch einige solche Anläufe für einen Nachschlag oder für ein Zurechtrichten aussprechen. Ich möchte nur in der gesamten Schwerpunktthematik – und das ist mir, glaube ich, trotzdem in der Situation, in der ich war, erlaubt –, dass Gott sei Dank der Landtag in dieser sehr spannenden Frage, wo es um meine Person gegangen ist, eine sehr menschliche Haltung eingenommen hat, aber dass wir Gott sei Dank durch diese Krisensituation auch erstmals klare gesetzliche Grundlagen haben, um nicht noch einmal in ein solches Spannungsfeld hineinzutappen. Und alle, die glauben, sie können mit einer solchen Tragik tendieren oder irgendwelchen Linien gut tun – Sie wissen genau, was ich indirekt meine, wo ein Jahresbericht und dann ein Zweijahresbericht kommt – möchte ich schon auf das hinweisen, was die Kollegin Dietrich gesagt hat, wir haben über Monitoring nachgewiesen, am Produkt, das der Konsument auf den Teller kriegt, die steirischen Bevölkerung und jene, die steirische Produkte haben, dass wir Gott sei Dank keine Rückstände vorgefunden haben. Und das ist ein Faktum und ein entscheidender Bereich, auf das wir in der Zukunft in vermehrtem Ausmaß – ganz gleich ob Pflanzen oder ob es um Getränke oder ob es um Fleisch oder andere agrarische Produkte geht – achten müssen.

Zusätzlich steht fest, wenn wir diese Form der Landwirtschaft nicht machen, dann können wir uns die Landschaft, den Tourismus und so manche regionsdynamische Konzepte selbstverständlich abschminken. Das Gegenteil ist derzeit der Fall. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.23 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu einer Reihe von Abstimmungen.

Ich ersuche Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Wir kommen zum Abstimmungsvorgang der Tagesordnungspunkte 12 bis 22.

Zuerst stimmen wir ab über den Antrag der Berichterstatterin, Einl.-Zahl 343/1. Das ist der Tagesordnungspunkt 12.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Tiergesundheitsdienste. Wer diesem zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13.

Wenn Sie dem Bericht Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Jetzt kommen wir zur punktuellen Abstimmung, nämlich zu I. ohne 14. – Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Konsequenzen hinsichtlich der Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Jetzt kommen wir zu I. Punkt 14. – Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Konsequenzen hinsichtlich der Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast.

Wenn Sie diesem I. Punkt 14. die Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Diese Abstimmung hat nicht die erforderliche Mehrheit gebracht.

Wir kommen nun zu II. des Entschließungsantrages der SPÖ betreffend Konsequenzen hinsichtlich der Missstände in der Schweinezucht und Schweinemast.

Wenn Sie diesem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 14: Minderheitsbericht der SPÖ betreffend die Entwicklung eines Leitbildes „Biologische Landwirtschaft in der Steiermark“.

Wenn Sie diesem Minderheitsbericht Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nunmehr kommen wir zum Antrag der Berichterstatterin, Einl.-Zahl 340/1, Tagesordnungspunkt 14.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Schnittstelle für Biolebensmittellieferungen, zum Tagesordnungspunkt 14 gehörend.

Wenn Sie diesem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 15. Zuerst Minderheitsbericht der SPÖ betreffend Öko-Netzwerk Steiermark.

Wenn Sie dem Minderheitsbericht der SPÖ Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 350/1, Tagesordnungspunkt 15.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, somit sind wir bitte beim Tagesordnungspunkt 16. Ich ersuche Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Wir haben hier mehrere Abstimmungen zum Tagesordnungspunkt 16 vorzunehmen. Zuerst Minderheitsbericht der SPÖ betreffend höhere Strafen für Verstöße gegen Bestimmungen des Lebensmittel- sowie des Futtermittelgesetzes im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Bestandteilen.

Wenn Sie dem Minderheitsbericht der SPÖ Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 140/1. Das ist Tagesordnungspunkt 16.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die präventive Kontrolle von Saatgut auf Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen zum Tagesordnungspunkt 16 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 170/3, Tagesordnungspunkt 17 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 345/1, Tagesordnungspunkt 18 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Förderrichtlinien der Arbeitskraft am Bauernhof, Tagesordnungspunkt 18 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 346/1, Tagesordnungspunkt 19 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 281/2, Tagesordnungspunkt 20 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend die Änderung der Gewerbeordnung im Hinblick auf den Ausschank von Schnäpsen in Buschenschänken, zum Tagesordnungspunkt 20 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 560/1, Tagesordnungspunkt 21 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Dürreschäden in der Landwirtschaft zum Tagesordnungspunkt 21 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 579/2, Tagesordnungspunkt 22 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 17.32 Uhr.)